

36/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 29. Sitzung, 23.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
betreffend
Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister
29. Sitzung/ öffentlicher Teil
Mittwoch, 23. Mai 2007
Gesamtdauer der 29. Sitzung:
08:05 Uhr – 14:31 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 05 23

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

29. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 23. Mai 2007

Gesamtdauer der 29. Sitzung:
8.05 Uhr – 14.31 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister beginnen um 8.05 Uhr und finden bis 8.07 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung „nichtöffentlicher Teil“.**)

8.08

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 8.08 Uhr – zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Helmut Elsner** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Helmut Elsner** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Helmut Elsner** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und erkundigt sich danach, ob sich bezüglich der Personalien gegenüber der letzten Einvernahme etwas geändert habe. (Die **Auskunftsperson verneint dies.**)

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Der Obmann richtet nun auch an die Vertrauensperson die Frage, ob sich bezüglich der Personaldaten seit der letzten Sitzung etwas geändert habe. (Die **Vertrauensperson verneint dies.**)

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses neuerlich, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Schubert als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Der Obmann erinnert auch die **Vertrauensperson**, Herrn **Dr. Wolfgang Schubert**, an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter. Den Inhalt der **Belehrung** über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage habe Herr Dr. Schubert mithören können. Strafrechtliche Folgen könnte zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Aufgabe der Vertrauensperson sei die Beratung der Auskunftsperson. Sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Widrigfalls könne die Vertrauensperson vom Ausschuss ausgeschlossen werden.

Die Vertrauensperson könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde dann, wenn er es für erforderlich halte, den Ausschussvorsitzenden informieren.

Herr Elsner! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Ich nehme an, es ist unverändert gegenüber dem letzten Mal hinsichtlich allfälliger Gründe, die vorliegen können, eine Aussage zu verweigern. – Dies wird von der Auskunftsperson **bejaht**.

Bevor wir in die Befragung eingehen, verlese ich noch die beiden Schriftstücke seitens der BAWAG, firmenmäßig gefertigt, in denen dem Ausschuss mitgeteilt wird:

„Wir entbinden hiermit für deren Aussage im Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister die ehemaligen Vorstandsmitglieder bzw. Vorstandsvorsitzenden Helmut Elsner und Dkfm. Johann Zwettler von ihrer uns gegenüber bestehenden Verschwiegenheitspflicht, soweit dadurch kein Verstoß gegen das in § 38 BWG normierte Bankgeheimnis verbunden ist.“

Des Weiteren ist uns von Rechtsanwalt Mag. Florian Masser ein Schreiben zugegangen, in dem er uns mitteilt:

„Im Namen und Auftrag meiner Mandantschaft der Fa. Atomic für Sport GmbH wie auch der Eigentümer der Gesellschaft, der Geschwister Maria Theresia und Elisabeth Rohrmoser, entbinde ich Herrn Helmut Elsner von der Wahrung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses. Er ist somit ermächtigt in der gegenständlicher Causa vor dem Untersuchungsausschuss auszusagen.“

Wir nehmen die beiden Entbindungserklärungen so zur Kenntnis.

Ich erteile nun Herrn Kollegem Krainer als erstem Fragesteller das Wort. – Bitte. (*Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, zunächst darf ich Sie bitten, dass ich mir das anschauen kann, was Sie da haben?*) – Wir werden eine Kopie anfertigen, den Ausschussmitgliedern aushändigen und auch eine Kopie dem Rechtsvertreter des Herrn Elsner zur Verfügung stellen. (*Helmut Elsner: Ja, aber ich würde mir das gerne kurz ansehen, bitte!* – *Der Auskunftsperson wird eine Kopie der betreffenden Schreiben vorgelegt.*) – Das ist eine Kopie für den Herrn Elsner.. (*Helmut Elsner: Danke!*) Sehen Sie sich es kurz an, bitte.

Nur zur Erklärung: Der Konkurs ist rechtskräftig aufgehoben, die Atomic for Sport befindet sich in Liquidation und wird vertreten durch Mag. Masser. Daher sind das die unmittelbaren Rechtsnachfolger.

Herr Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Elsner, bereits in der letzten Sitzung haben wir über dieses „Meinl-Papier“ gesprochen, das beweist, dass Flöttl nach 1998 beziehungsweise nach 2000 noch größere Geschäfte mit der Meinl Bank durchgeführt hat. Sie haben dazu erklärt, dass Ihnen das nicht bekannt war.

Meine Frage: In welchem Umfang standen Sie nach 2000 überhaupt mit Herrn Flöttl in Kontakt?

Helmut Elsner: Nach 2000 hat es meiner Erinnerung nach keinen Kontakt mehr gegeben. Nach dem Verlust, der Ende 2000 eingetreten ist, war der Kontakt beendet, also da hat es keine Geschäftsverbindung mehr gegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie beziehungsweise die BAWAG versucht, Vermögenswerte von Flöttl zu erhalten, um diese eingetretenen Verluste zu kompensieren?

Helmut Elsner: Da entschlage ich mich der Aussage, weil das Gegenstand des Strafverfahrens gegen mich ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie beurteilen Sie die Rolle der Meinl Bank in dieser Causa?

Helmut Elsner: Kann ich überhaupt nicht beurteilen, habe ich keine Ahnung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt das, dass die BAWAG größere Obligos, die Flöttl bei der Meinl Bank hatte, abgedeckt hat?

Helmut Elsner: Alles, was in diesem Zusammenhang steht, ist Gegenstand des Strafverfahrens – und dazu kann ich keine Stellung nehmen, auch aufgrund des Bankgeheimnisses.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Davon sind Sie ja entbunden.

Helmut Elsner: Vom Bankgeheimnis bin ich **nicht** entbunden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind vom Geschäftsgeheimnis entbunden, und wenn die BAWAG selber Gelder wohin überweist, ist das kein Bankgeschäft im üblichen Sinn, sondern ein Zahlungsgeschäft, ein Eigengeschäft der Bank – und von dem sind Sie **entbunden**.

Helmut Elsner: Nein, bitte, Sie haben die Kopie vor sich, es steht da:

Wir entbinden Sie hiermit ... von Ihrer uns gegenüber bestehenden Verschwiegenheitspflicht, soweit dadurch kein Verstoß gegen das im § 38 BWG normierte Bankgeheimnis verbunden ist.

Das ist hier der Fall, und daher kann ich das nicht beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber Eigengeschäfte der Bank unterliegen **nicht** dem Bankgeheimnis. Das Bankgeheimnis betrifft Geschäfte, die die Bank mit Dritten macht.

Helmut Elsner: Das sind keine Eigengeschäfte, weil eine geschäftliche Verbindung zu Flöttl bestanden hat, und das unterliegt dem Bankgeheimnis. Abgesehen davon ist das Gegenstand des Strafverfahrens, und daher entschlage ich mich hier der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, dann werde ich einmal den Themenbereich, der vom Prozess berührt ist oder berührt sein könnte, zur Seite stellen.

Können Sie uns die Hintergründe für den P.S.K.-Kauf kurz schildern?

Helmut Elsner: Also was interessiert Sie da zum P.S.K.-Kauf konkret? Ich meine, ich kann Ihnen nicht eine ganze Geschichte erzählen von ein paar Jahren, aber vielleicht sagen Sie mir konkret, **was** Sie interessiert, und ich werde es beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Eckdaten würden mich interessieren: Wann haben Sie begonnen, sich dafür zu interessieren?, et cetera.

Helmut Elsner: Das Interesse an der P.S.K. – ich kann Ihnen das Jahr nicht mehr genau angeben – hat von dem Zeitpunkt an in der Bank bestanden, also nicht nur

meines, das ist ja nicht mein Interesse, das war Interesse des Unternehmens, auch des Aufsichtsrats, der Eigentümer, von dem Zeitpunkt an, als die Postsparkasse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, mit der Aussage, dass man eine spätere Privatisierung beantragt.

Wann das war, weiß ich nicht mehr, vermutlich 1997, 1996; das kann ich Ihnen nicht sagen, da müsste man nachschauen, aber von dem Zeitpunkt an jedenfalls. Das war ja nicht mein persönliches Handeln, nicht mein persönliches Interesse, sondern das war Interesse des Unternehmens, vor allem auch Interesse der beiden Eigentümer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das, was einfach auffällt, ist, dass der P.S.K.-Kauf zu einer Zeit kam, als die BAWAG nicht allzu gut dagestanden ist, zumindest wie man jetzt ex post erfährt, auf Grund der eingetretenen Verluste, die Sie selber vorher mit Ende 2000 datiert haben. Und das erweckt ein bisschen den Eindruck, dass der P.S.K.-Kauf der **BAWAG** geholfen hat, überhaupt noch weiter über die Runden zu kommen.

Helmut Elsner: Also zunächst einmal ist ja der Verkauf der P.S.K. bereits fixiert gewesen, bevor die Verluste Ende 1998 eingetreten sind. Außerdem ist es so, dass die Bank die Postsparkasse aus den eigenen Reserven, aus der eigenen Ertragskraft gekauft hat, es ist nicht ein Groschen von den Aktionären beigesteuert worden. Wir waren auch nicht an der Börse und konnten uns dort Geld holen. Und die eingetretenen Verluste konnten letzten Endes kompensiert werden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Durch den Kauf oder nach dem Kauf? Was heißt „letzten Endes“?

Helmut Elsner: Von der BAWAG! Das hat mit der Postsparkasse überhaupt nichts zu tun. Mit der Postsparkasse hat das gar nichts zu tun. Die Postsparkasse ist gekauft worden, und nach dem Erwerb und nach Einholen sämtlicher Genehmigungen, auch der EU-Genehmigungen wurden Synergien gesucht. Es war zunächst ein, glaube ich, so genannter **konzentrativer Zusammenschluss**, jedenfalls keine Fusion, zwei selbständige Bankhäuser haben weiter bestanden. Ich glaube, die Zentralabteilung Treasury und die Rechtsabteilung wurden gemeinsam geführt, soweit ich mich erinnere. Aber das will ich nicht unbedingt so festschreiben hier.

Aber es sind zwei getrennte Bankhäuser bestehen geblieben; beide mussten die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllen, was Eigenkapitalvorschriften betrifft; konnten sie auch. Und dann gab es natürlich später eine gemeinsame Konzernbilanz. Aber bis zu meinem Ausscheiden waren es immer noch zwei **getrennte Bankhäuser**. Von außen her wurde das natürlich als ein Gemeinsames betrachtet, aber nach dem Gesetz blieben es zwei getrennte Bankhäuser bis zum Schluss, die beide ihre Eigenkapitalvorschriften zu erfüllen hatten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In der Zwischenzeit sind sie ja fusioniert worden, aber das untersuchen wir mit anderen Auskunftspersonen. (**Helmut Elsner:** Bitte?) In der Zwischenzeit sind die beiden Banken ja fusioniert, und gibt es ja nicht zwei rechtlich unabhängige Banken.

Helmut Elsner: Was nach 2003 passiert ist, kenne ich aus der Zeitung. Ich habe da kaum Kontakt gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber das untersuchen wir ohnehin an einer anderen Stelle in diesem Ausschuss.

Ich habe eine Frage rund um diesen Kauf, diese, wie Sie selber gesagt haben, punktuelle Zusammenarbeit, dieses gemeinsamen Treasuries: Es gab eine Reihe von Maßnahmen der Bankenaufsicht, von Prüfungen vor Ort. Wir haben ja das letzte Mal

kurz über die OeNB-Prüfung 2001 gesprochen. Da haben Sie gesagt, Sie haben mehr oder weniger die OeNB-Prüfer empfangen, haben dafür gesorgt, dass ihnen ein Raum zugewiesen wurde, in dem sie arbeiten können, und haben mitgeteilt, man möge ihnen alle Unterlagen geben, die sie wollen. Und Sie hätten dann nie wieder etwas gehört, und irgendwann wäre dann der Prüfbericht gekommen, Sie sind aber nicht der Zuständige gewesen, sondern der für die **Bilanz zuständige Vorstand** hätte das bekommen, und irgendwann wäre dieser Bericht auch auf Ihrem Schreibtisch gelandet.

Ist Ihnen erinnerlich, ob Sie diesen OeNB-Prüfbericht vom Jahr 2001 – die Prüfung fand statt von Dezember 2000 bis Jänner 2001 – jemals gelesen haben?

Helmut Elsner: Gelesen werde ich den Bericht sicherlich haben. Ich meine, ich kann mich nicht mehr an Details erinnern, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Schriftstück dieser Bedeutung an mir ungelesen vorbei kommt. Also das, muss ich annehmen, habe ich gelesen, ich weiß aber nicht mehr, was drinnen steht, an das erinnere ich mich nicht mehr. Und zu den Verlusten und zu all diesen Dingen kann ich nichts sagen, weil das Gegenstand des Strafverfahrens ist. Aber gelesen habe ich den Bericht ganz sicherlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe ja nicht nach Verlusten gefragt, ich habe nur gefragt, ob Sie den Bericht gelesen haben.

Erinnern Sie sich an irgendetwas in diesem Bericht?

Helmut Elsner: Nein, ich erinnere mich an keine Details aus dem Bericht, aber ich schließe es aus, dass ich ihn nicht gelesen hätte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Erfahrungen haben Sie mit Prüfern von der Finanzmarktaufsicht beziehungsweise der OeNB gemacht?

Helmut Elsner: Welche Erfahrungen? Ich habe an sich gar keine Erfahrungen gemacht, ich war nicht zuständig. Ich habe die Herren begrüßt, sie waren sehr freundlich, ich habe sie verabschiedet, sie waren sehr freundlich – und dann hat es einen Bericht gegeben. Zu diesem Bericht hat die Bank Stellung genommen; an die Details erinnere ich mich nicht mehr. Aber ich persönlich war nie in der Finanzmarktaufsicht, ich hatte also ein spannungsfreies Verhältnis zur Finanzmarktaufsicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben sie ja nicht nur begrüßt und verabschiedet, sondern Sie haben ja zumindest, glaube ich, beim Managementgespräch im Jänner 2003 ...

Helmut Elsner: Ja, an das habe ich mich deshalb nicht erinnert, weil die Finanzmarktaufsicht für mich mit anderen Namen verbunden ist, als Sie mir dann gezeigt haben. Dass Professor Grünbichler dabei war, habe ich mich erinnert. Aber an die Details, die dort besprochen wurden, kann ich mich auch nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welchen Eindruck hatten Sie von den Vertretern der OeNB und FMA?

Helmut Elsner: Soweit ich mich erinnere, war das ein positiver Eindruck, sehr kompetent, fachkompetent. Grünbichler war, soweit ich mich erinnere, auch sehr kritisch in seinen Fragen. Aber ich weiß nichts mehr im Detail. Es war jedenfalls nicht etwas, was wir dann in der Bank nachteilig diskutiert hätten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen eine **Galonia Etablissement-Stiftung** bekannt?

Helmut Elsner: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Über diese Stiftung wurden mehrere Zahlungen abgewickelt, und diese Stiftung wurde auch zur Verschleierung der Karibik-Geschäfte benutzt. – Da ist Ihnen gar nicht bekannt, oder wollen Sie das nur nicht sagen?

Helmut Elsner: Das ist alles Gegenstand der Untersuchungen, der Anklage gegen mich, und daher entschlage ich mich hier der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wolfgang Flöttl hat am 14. September 2006 im „NEWS“ erklärt, dass Sie ihn genötigt hätten, eine Zahlung in der Höhe von zirka 72 000 € an Vranitzky zu leisten.

Helmut Elsner: Das ist absolut falsch! Ich habe zum ersten Mal aus der Zeitung erfahren, dass mit Vranitzky überhaupt eine Verbindung bestand; das ist, glaube ich, 2006 in der Zeitung gestanden. Zuvor habe ich es überhaupt nicht einmal gewusst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie können auch nicht nach 2000 mit dem Herrn Flöttl über das in irgendeiner Art und Weise telefoniert haben?

Helmut Elsner: Das kann ich mit Sicherheit ausschließen.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Elsner, sagt Ihnen der Name **Peter Wittmann** etwas?

Helmut Elsner: Sagt mir momentan nichts. – Wer ist das?

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Der Herr Abgeordnete Dr. Peter Wittmann von der SPÖ.

Helmut Elsner: Sagt mir nichts. (*Abg. Rädler: Staatssekretär außer Dienst Wittmann!*) – Ach so, ja, Staatssekretär Peter Wittmann. Sie müssen mir helfen, denn man erinnert sich nach einer Bypass-Operation schlecht. Den kenne ich, ja, an den erinnere ich mich.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Peter Wittmann behauptet in einer Zeitung vom heurigen Jahr, dass er mit Ihnen und mit Schlaff, Horngacher, Günther Weninger und so weiter im Jahre 1999 in Jericho bei der Casino-Eröffnung gewesen wäre. – Können Sie sich erinnern?

Helmut Elsner: Ja, natürlich, das stimmt, aber ob 1999, das weiß ich nicht, aber es stimmt, wir waren jedenfalls dort. (*Abg. Krainer: 1999 ist es zugesperrt worden, eröffnet worden ist es 1997!*)

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Ja, stimmt, 1997.

Helmut Elsner: 1997, bei der Eröffnung, war ich **nicht** dort.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Es war ein Festival im Casino in Jericho, eine gemeinsame Reise.

Helmut Elsner: Es war eine Reise, um das Casino zu besichtigen, genau.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Wittmann behauptet weiters – ich zitiere – zu Ihrer Person:

Ich war öfters mit ihm essen, ich habe ja auch oft etwas von ihm gebraucht, etwa Sponsoring für verschiedene Projekte und so weiter. – Zitatende.

Was waren das für Anlässe oder Projekte?

Helmut Elsner: Sie sprechen von Staatssekretär Dr. Peter Wittmann? (*Abg. Rädler: Ja!*) Welche Projekte das waren, weiß ich nicht, aber die Bank hat etliches gesponsert, das ist schon richtig, im medizinischen Bereich, im Kunstbereich. Im Detail erinnere ich

mich nicht, was er gebraucht hat, aber wenn er es sagt, dann soll er Ihnen sagen, was er gebraucht und ob er es bekommen hat. Ich weiß es nicht.

Und „öfter mit mir essen“ bezieht sich mit Sicherheit nicht auf Österreich. Das bezieht sich auf diese Reise nach Jericho, wo nicht nur er mit war, sondern andere Herren und Damen, glaube ich, der Gruppe auch, und das war nicht öfter, das war, glaube ich, **ein Mal**. Die anderen Essen hat nicht die Bank bezahlt. Da gibt es übrigens Rechnungen, die ohnehin aufliegen. Aber nach meiner Erinnerung war ich in Österreich oder sonst irgendwo im Ausland mit ihm überhaupt nie, und in Österreich war ich sicherlich mit Wittmann nie essen. (Abg. **Rädler**: Nie?) – Meiner Meinung nach nicht. Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Wittmann behauptet, dass er in Österreich öfter mit Ihnen essen war und gewisse Sponsoring-Projekte besprochen hat. – Welche Sponsoring-Projekte waren das?

Helmut Elsner: Ich weiß das nicht, was er besprochen hat. Das müssen Sie ihn fragen. Ich kann mich nicht erinnern. Und wenn er sagt, er war mehrmals mit mir essen, dann war das möglicherweise ein Buffet, bei dem er eingeladen war, nachdem er ja Staatssekretär war, bei Eröffnungen der Bank, bei Filialeröffnungen. Da habe ich keine Ahnung. Ein Essen in dem Sinn, dass wir zu zweit Geschäftessen veranstaltet hätten, an das erinnere ich mich nicht. Also ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Kollege Wittmann hat sich da meiner Meinung nach sehr weit hinausgelassen in diesem Interview. Er behauptet ...

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, darf ich nur kurz fragen: Haben Sie ihn gefragt, ob das Interview überhaupt stimmt? Ich habe viele Interviews gelesen, die gar nicht stattgefunden haben.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Nein, es geht ja nur darum, was der Herr Wittmann sagt. Ob das stimmt, das frage ich ja Sie.

Ich zitiere weiter:

Die Nähe zu Elsner zum damaligen Zeitpunkt sei aus vielen Gründen logisch gewesen, erklärt Wittmann. Elsner war eine große Nummer damals. Daher war ich öfters mit ihm essen. Ich habe ja oft von ihm etwas gebraucht. – Zitatende.

Was hat Wittmann von Ihnen gebraucht?

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht! – Und wissen Sie was: Fragen Sie ihn einmal, ob dieses Interview überhaupt gegeben wurde.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Das hat er sogar sehr gerne gegeben. Ohne Aufforderung hat er das gegeben.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, ich weiß nicht, ich frage Sie, ob Sie **ihn** gefragt haben, ob er dieses Interview wirklich so gegeben hat.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Ja, das hat er gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich diesen Disput ein bisschen relativieren: Die Fragen stellen die Abgeordneten – und Sie als Auskunftsperson beantworten diese nach bestem Wissen und Gewissen. (Abg. Mag. **Kogler**: Herr Vorsitzender! Vielleicht kann man einmal ganz genau die Vorhalte präzisieren: welches Interview, welche Zeitung, welches Datum? Das ist ja wichtig für das Protokoll!)

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Kollege Kogler, Sie haben das letzte Mal am 5. März schon gefragt, was das für ein Interview war. Sie haben sich das damals aufgeschrieben. Ich habe Ihnen sogar die Kopie der „NÖN“ gegeben! Sie sollten sich

also erinnern, und Sie haben die Unterlage bei sich. (*Abg. Mag. Kogler: Es geht um das Protokoll, Herr Kollege! So kann man ja nicht arbeiten!*)

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Wenn Sie Ihre Unterlagen nicht haben, dann interessiert mich das sehr wenig! Sie sollten selbst in Ihren Akten nachschauen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese künstliche Aufregung können wir wirklich zurückfahren, wenn man einfach das Medium und das Datum nennt und dann den Vorhalt macht. Das ist ja, glaube ich, kein Problem; wir brauchen es ja auch für das Protokoll.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Gut. Das Medium: „Niederösterreichische Nachrichten“, Ausgabe Wiener Neustadt, Nr. 10/2007. Ich kann gerne eine Kopie weitergeben; Herr Kogler hat diese Kopie.

Eine weitere Frage: Ich habe das auch schon den ehemaligen Innenminister Schlägl gefragt am 5. März. Da gibt es eine gemeinsame Firma Schlägl, Wittmann und Bogner, Bogner bekannt durch „Golden Time“, die heißt SBW. Die haben als Unternehmensziel, maroden Firmen, so ein Bericht im „FORMAT“, im Auftrag von Banken Hilfestellung zu leisten. Die Befragung von Schlägl hat damals ergeben, dass er sagt – und das ist im Protokoll dieses Ausschusses vom 5. März nachlesbar –, dass es auch mit der BAWAG diverse Geschäfte gegeben hat. – Erinnern Sie sich daran?

Helmut Elsner: Ich höre von dieser Firma hier jetzt mit Sicherheit zum ersten Mal. Mir ist das überhaupt nicht bekannt. Und wenn es Geschäfte gegeben hat, die in einem Ausmaß waren, die vielleicht am Vorstand vorbei geführt wurden, weiß ich es nicht. Also ich kenne das nicht.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Im Zuge dieser Befragung vom 5. März wurde Mag. Schlägl von der Abgeordneten Trunk gefragt, wie das Gespräch im Zuge des Atomic-Verfahrens gewesen sei, wo in der Öffentlichkeit behauptet wurde und auch in der „Presse“ darüber berichtet wurde, dass Schlägl Sie anlässlich dieser Vorsprache rausgeschmissen hätte. – Wie war dieses Gespräch?

Helmut Elsner: Nach meiner Erinnerung hat ein solches Gespräch überhaupt nie stattgefunden. Ich war mit Sicherheit nie bei Schlägl im Büro; das schließe ich aus. Es hat eine schriftliche Anfrage gegeben, die zum Unterschied dessen, was in der „Presse“ behauptet wurde, nicht beinhaltet hat, dass ich ihn ersucht habe, irgendein Verfahren einzustellen, sondern – ganz im Gegenteil! – ein Verfahren einzuleiten. Die Details müssten Sie den Briefen samt Beilage entnehmen können.

Über den Brief hinaus glaube ich gar nicht, dass ich weiter mit ihm gesprochen habe.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Der ehemalige Innenminister Schlägl bestätigt, dass es dieses Gespräch gegeben hat. Er hat laut Protokoll angegeben, dass er Sie zwar nicht hinausgeschmissen hat, aber sehr wohl, nachdem Sie ihm Vorhalte gemacht haben, dass seine Karriere und so weiter vielleicht beeinträchtigt werden könnte, dieses Gespräch mit Ihnen beendet hat. Es muss also dieses Gespräch gegeben haben.

Helmut Elsner: Ich erinnere mich an ein solches Gespräch mit absoluter Sicherheit nicht. Vielleicht verwechselt er mich; müssen Sie ihn noch einmal fragen. Ich weiß nichts davon.

Es gibt ein Schreiben, und wenn Sie das Schreiben lesen, dann werden Sie auch sehen, worum er ersucht wurde im Namen der Bank, nämlich um die **Einleitung** eines Verfahrens – und nicht um den Abschluss eines solchen. Da gibt es einen Vorwurf an einen Polizisten in Salzburg, dem die Staatsanwaltschaft 20 Verfehlungen vorwirft, und meine Frage an ihn war, wann er gegen den endlich einmal eine

Disziplinaruntersuchung einleitet. Das ist alles. Und diesbezüglich ein Gespräch führen, brauchte ich nicht, nachdem ich das Schlägl ja schon geschrieben habe.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Dann müsste man den Herrn Schlägl und auch den Herrn Wittmann noch einmal in diesem Ausschuss befragen, wenn Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, dass Sie mit Herrn Wittmann Gespräche geführt haben, er aber gegenüber der Öffentlichkeit behauptet, dass er das eine oder andere von Ihnen geschäftlich gebraucht hat ... (*Ruf bei der SPÖ: Er hat gesagt, er war nicht essen ...!*) – Ja, ob er jetzt essen war, wenn ihm der Herr Peter Wittmann gegenüber ... (*Zwischenruf des Abg. Krainer.*) – Nein, das ist nicht meine, das ist **seine**, Wittmanns Aussage. (*Abg. Krainer: Das ist ja irrelevant, was in einer Zeitung geschrieben steht! Entscheidend sind die Aussagen hier!*) – Herr Kollege, wenn Sie hier jetzt etwas an Aufgeregtheit zeigen, dann ist das, glaube ich, überhaupt nicht angebracht.

Herr Kollege Wittmann sollte sich überlegen, was er gegenüber „NÖN“ sagt. Er wurde nicht aufgefordert, sondern er hat selbst den „NÖN“ dieses Interview gegeben, weil er sich veranlasst fühlte, zu sagen, Elsner war eine große Nummer – und auch Wittmann sollte offensichtlich eine große Nummer sein. Daher hat er behauptet: Ich war öfters mit ihm essen, ich habe ja oft etwas von ihm gebraucht!

Mich interessiert – da Wittmann Bezirksparteiobmann der SPÖ in Wiener Neustadt ist –: Was hat er gebraucht? (*Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk.*) – Nein, er ist nicht Bürgermeister, er war es einmal – er wurde abgewählt!

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, ich habe Ihnen schon erklärt – und sage das noch einmal ganz ausdrücklich –: Ich erinnere mich nicht daran, dass er irgendetwas gebraucht hätte. Fragen Sie ihn, was er gebraucht hat! Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Okay. Wir werden das weiter verfolgen.

Helmut Elsner: Es war sicher nichts Bedeutendes. Vielleicht waren es Werbegeschenke für irgendeine Veranstaltung, ich weiß es nicht. An so etwas erinnere ich mich nicht mehr. (*Abg. Rädler: Was sind Werbegeschenke?*) Es kann ja sein, dass es ... (*Abg. Broukal: Das, was Sie von der Raiffeisenbank bekommen! ...!*)

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Kollege Broukal, Sie sind nicht am Wort! Das ist unqualifiziert. Herr Vorsitzender, bitte! (*Abg. Krainer: Wieso werden Sie jetzt nervös?*) Ich weiß wirklich nicht, was Werbegeschenke an Herrn Peter Wittmann sind.

Helmut Elsner: Wenn er einen Kugelschreiber mit der Aufschrift „BAWAG“ bekommt. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf (*das Glockenzeichen gebend*): Darf ich die Abgeordneten bitten, ihre Fragen zu formulieren und Zwischenrufe einfach unbeachtet lassen!

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Nein, Herr Vorsitzender! Ich habe Sie ersucht, dass Sie dafür sorgen, dass es keine Zwischenrufe gibt!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie wissen, dass im Parlament Zwischenrufe immer vorkommen. (*Abg. Rädler: Von wem? – Abg. Broukal: Von Ihnen zum Beispiel!*) Ich kann die Geschäftsordnung nicht ändern – und Zwischenrufe sieht die Geschäftsordnung ausdrücklich vor.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Aber kommen wir wieder auf den Boden der Tatsachen. Ich glaube, wir brauchen uns als Abgeordnete in diesem Haus und jetzt im Untersuchungsausschuss nicht anzuhören, dass es da etwaige Kugelschreiber gegeben hat.

Helmut Elsner: Ich habe Ihnen gesagt: Ich weiß es nicht. Und wenn Sie mich fragen, was Werbegeschenke sind, habe ich Ihnen geantwortet, was Werbegeschenke sind. Ich nehme an, Sie wissen es selbst auch. Ich weiß auch nicht, ob er welche bekommen hat. Aber ich kann nur sagen, ich erinnere mich nicht an Herrn Wittmann, in irgendeinem Zusammenhang an Herrn Dr. Wittmann als Bürgermeister in Wiener Neustadt oder was weiß ich als was, ihm in irgendeinem Zusammenhang Geschenke oder Werbegeschenke oder irgendetwas gegeben zu haben.

Ich persönlich habe überhaupt nichts gemacht – wenn, dann die Bank. Aber es ist mir auch nicht erinnerlich, dass die Bank etwas gemacht hat. Und es ist mir auch nicht erinnerlich, dass er mehrere Anfragen gestellt hat, wie es da steht. Ich kenne das nicht – und daher bezweifle ich die Echtheit des Interviews. Aber bitte, unter der Voraussetzung, dass er es gesagt hat, müssen Sie ihn fragen, was er und ob er etwas bekommen hat und wofür er es bekommen hat. Ich kann mich an nichts erinnern.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Wittmann spricht von verschiedenen Projekten. Also, Projekte sind keine Kugelschreiber. Ich nehme das einmal so zur Kenntnis. Sie sagen, Sie haben Herrn Wittmann **nicht** getroffen. Sie sagen, Sie waren **nicht** beim damaligen Herrn Innenminister Schlägl. Ich bitte, das im Protokoll so festzuhalten. – Danke.

Helmut Elsner: Moment! Zum Innenminister Schlägl muss ich auch noch sagen: Der Herr Ex-Minister behauptet auch, ich hätte ihn unter Druck gesetzt. Ich frage Sie: Welches Druckmittel hätte ich haben sollen? Ich habe kein Druckmittel innerhalb der SPÖ. Ich war Generaldirektor einer Bank. Wie soll ich ihn unter Druck setzen? Das allein müsste Ihnen ja schon zu denken geben, eine derart blödsinnige Aussage.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Elsner, das war keine Frage von mir, sondern es war eine Frage am 5. März von der Frau Abgeordneten Trunk, die genau und wortwörtlich den damaligen Herrn Innenminister befragt hat:

Haben Sie Herrn Elsner aus Ihrem Büro hinausgeschmissen? (*Abg. Mag. Trunk: Weil das in einer Zeitung gestanden ist! ...!*) – Danke, ich habe ja nichts anderes gesagt, keine Aufgeregtetheit! Ich habe Sie zitiert. Sie haben damals Schlägl befragt, und sonst nichts. (*Abg. Dr. Stummvoll: Beim roten Netzwerk werden Sie immer nervös!*) Sie hätten ja damals die Frage nicht stellen müssen. (*Abg. Krainer: Die Antwort könnten Sie auch zitieren!*) Tatsache war, die Frau Abgeordnete Trunk hat damals die Frage gestellt – das ist protokolliert –, am 5. März, ob Sie vom damaligen Herrn Innenminister Schlägl hinausgeschmissen wurden. (*Abg. Mag. Trunk: Was hat Schlägl gesagt?*) – Frau Kollegin, Sie sind nicht Auskunftsperson – noch nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist eine Frage gestellt worden an die Auskunftsperson des Inhalts, ob Herr Elsner von Herrn Schlägl in seiner damaligen Zeit als Innenminister aus dem Zimmer geschmissen wurde. Die kann man beantworten – ganz unaufgeregt. (*Abg. Rädler: So ist es!*)

Helmut Elsner: Das habe ich bereits beantwortet. Ich habe alles zu dem Thema gesagt, was ich zu sagen hatte. Wenn Sie im Protokoll nachlesen lassen, habe ich schon gesagt: Ich kann mich gar nicht erinnern, dass ich überhaupt jemals bei ihm gewesen bin.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Gut. Es hat nur diesen Brief gegeben, aber es hat kein Gespräch mit Schlägl gegeben. – Schlägl behauptet das anders.

Helmut Elsner: Meiner Erinnerung nach hat es kein Gespräch gegeben. Ich erinnere mich auch gar nicht, dass ich jemals bei ihm im Büro war.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich möchte nur präzisierend nachfragen: Herr Elsner, Sie sagen nicht, dass es kein Gespräch gegeben hat, Sie sagen nur, Sie können sich daran nicht erinnern?

Helmut Elsner: Das ist meiner Meinung nach ziemlich dasselbe.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Nein, das ist ein großer Unterschied.

Helmut Elsner: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich ein Gespräch führe, wenn ich schon einen Brief schreibe. Daher: Ich erinnere mich nicht daran und ich schließe es eher aus. Aber es gibt einen Brief, der alles beinhaltet. Und über den Brief hinaus hat es meiner Meinung nach nichts gegeben.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wieder präzisierende Nachfrage: Sie sagen, Sie schließen nicht aus, dass es Zuwendungen an den SPÖ-Bezirksparteiobmann gegeben hat, Sie können sich nur nicht erinnern, was es war. – Ist das richtig?

Helmut Elsner: Das ist nicht richtig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Was ist richtig? Sagen Sie, was richtig ist!

Helmut Elsner: Ich erinnere mich überhaupt nicht, dass von der SPÖ-Bezirksparteileitung an die Bank Anfragen um Geschenke gekommen wären. Das ist mir nicht erinnerlich, und das schließe ich aus. Wir haben keine Parteorganisationen unterstützt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das heißt, Sie schließen es aus?

Helmut Elsner: Ich schließe es aus. Nach meiner Meinung, also ich schließe es aus.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wir werden an anderer Stelle nachfragen.

Eine weitere Frage, weil wir heute noch den Ex-Bundeskanzler Dr. Vranitzky geladen haben. Sie wissen ja – das ist durch alle Medien gegangen –, Dr. Vranitzky hat von Wolfgang Flöttl umgerechnet 1 Million Schilling bekommen, angeblich für Beratung, was die Euro-Einführung betrifft. Sie hatten ja damals hervorragenden Kontakt mit Walter Flöttl und auch mit Wolfgang Flöttl.

Haben Sie einen Beitrag dazu geleistet, dass Herr Flöttl dem Herrn Ex-Bundeskanzler 1 Million Schilling für ein paar Telefonate überwiesen hat?

Helmut Elsner: Ich habe bereits beantwortet: Mit Sicherheit nicht. Ich wusste von der Sache überhaupt nichts. Ich habe das erfahren, ich weiß nicht, 2006 oder 2007 – ich weiß nicht, wann das zum ersten Mal in der Zeitung gestanden ist. Ich wusste überhaupt nicht, dass es eine Verbindung – so es sie überhaupt gegeben hat, wenn das stimmt – zwischen Vranitzky und Flöttl gegeben hat. Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aber Sie hatten doch jahrelang an sich guten Kontakt mit Wolfgang Flöttl?

Helmut Elsner: Ich habe Kontakt in geschäftlichen Dingen gehabt, aber deswegen hat er mir offenbar nicht alles erzählt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Nein, das ist schon klar. Aber können Sie sich vorstellen, dass einer, der damals von der BAWAG als unglaublich toller Investmentbanker geschätzt war, eine Beratung über die Euro-Einführung vom

Herrn Ex-Bundeskanzler Vranitzky braucht, die Wolfgang Flöttl 1 Million Schilling wert ist?

Helmut Elsner: Ich weiß das nicht. Ich kann mir gar nichts vorstellen. Ich kann nur etwas sagen: Die Euro-Einführung war ja um das Jahr 2000 und danach, und da war Flöttl in der Bank nicht mehr geschätzt. Das ist bitte einmal zu beachten. Geschätzt war er im Jahr 1994, 1998, aber dann nicht mehr. Das passt zeitlich nicht zusammen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wolfgang Flöttl war in der Bank zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geschätzt?

Helmut Elsner: Ich weiß nicht, wann das war. Wann war das überhaupt gegeben?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich präzisiere: Das heißt, dass ein von der BAWAG **nicht** mehr geschätzter Herr Flöttl dem Ex-Bundeskanzler 1 Million Schilling für die Euro-Einführungsberatung überweist. – Ist das richtig? Er war damals nicht mehr geschätzt und trotzdem hat ihn der Herr Ex-Bundeskanzler beraten und hat dafür 1 Million Schilling kassiert. – Ist das richtig? (*Abg. Broukal: Was ist die Frage?*) – Ob das richtig ist. (*Abg. Broukal: Ob Elsner weiß, dass das in der Zeitung gestanden ist?*) – Nein, ob es richtig ist, dass damals Herr Flöttl nicht mehr geschätzt war.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, das kann ich gerne beantworten: 2000 war Flöttl sicher nicht mehr geschätzt. (*Abg. Dr. Stummvoll: Das wollte ich hören! Danke!*) Also, in der Bank sicher nicht mehr geschätzt – ganz im Gegenteil.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielleicht kann man den Vermittlungsausschuss der großen Koalition einberufen, damit die Befragung hier ein bisschen effizienter geschieht. Nach dieser Performance hat man ja fast den Eindruck, Sie wollen Herrn Elsner als Vorsitzenden für diesen Vermittlungsausschuss gewinnen.

Herr Elsner, Sie haben heute kurz versucht, die Sache mit dem **Casino in Jericho** zu beantworten. Ich habe mich das letzte Mal ein bisschen auch durch Ihre Bemerkung irritieren lassen, die ganze Angelegenheit sei Gegenstand der Anklageschrift. Vielleicht sollten wir das einmal vorher gemeinsam klären.

In unserem elektronischen Suchsystem findet sich bei Casino, bei Jericho und bei dem mit involvierten Herrn Wallner kein Bezug zur Anklageschrift. – Können Sie – auch gemeinsam mit der Vertrauensperson, die ja Ihr Anwalt ist – mir da noch einmal helfen?

Helmut Elsner: Ich wende mich an meinen Anwalt, einen Moment, bitte. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*)

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Also, das betrifft die **CAP-Holding**, und das ist Gegenstand der Anklageschrift.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie trotzdem – was die Geschäftsstrategie der BAWAG damals, als diese Entscheidung gefallen ist, betrifft – im Allgemeinen skizzieren, was die Bank dazu bewogen hat, sich hier zunächst, in welcher Form auch immer, zu engagieren?

(*Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: Erstens unterliegt das dem Bankgeheimnis, daher kann ich dazu nichts sagen, und zweitens ist es Gegenstand der Anklageschrift. Da es hier auch eine Finanzierung gegeben hat, unterliegt es dem Bankgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was die Anklageschrift betrifft, ist das **eine** Sache – das würden wir natürlich respektieren –; inwieweit Beteiligungen, so sie

vorkommen, schon eine Frage des Bankgeheimnisses sind, das wird an sich hier im Ausschuss anders beurteilt: Wenn mit einem bestimmten Geschäftsvorgang Kreditfinanzierungen verbunden sind, ist das sicher eine Grenzfrage; aber ich will das nicht weiter strapazieren. Ich sage das auch nur für die Zukunft, damit sich hier im Ausschuss präjudizziell nichts einschleicht, was die diversen Entschlagungsgründe betrifft.

Ich versuche es aber schon noch einmal, ... (**Elsner:** *Darf ich nur kurz einmal ...?!*) – Die Frage im Allgemeinen gestellt: Es geht ja bei der BAWAG auch darum, dass sich einige oder vielleicht sogar viele im Nachhinein fragen, warum ein derart breit gestreutes Engagement der Bank erkennbar war, das man vielleicht gerade der BAWAG nicht – wie soll ich das formulieren? – zugetraut hätte oder jedenfalls nicht von ihr erwartet hätte.

Können Sie etwas sagen über die Diversifizierungsstrategie der BAWAG ab den Jahren 1994/1995?

(*Die Auskunftsperson bespricht sich ein weiteres Mal mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: Die Strategie war – wie bei anderen Banken auch –, auch Beteiligungen einzugehen, die hohe Renditen und ein überschaubares, beherrschbares Risiko beinhalten, und das war beim Casino in Jericho mit Sicherheit der Fall. Das war auch laut Aussage der Casinos Austria das überhaupt ertragreichste Casino der Welt – also nicht nur der näheren Umgebung, sondern der **Welt!**

Das kann ich Ihnen ohne weiteres sagen: Die Besichtigung dieses Casinos hat ein für mich, der ich kein Casino-Besucher bin, erstaunliches Ergebnis gebracht. Das Casino war von 7 bis 8 Uhr Früh für die Reinigung geschlossen und sonst bummvoll – das muss man sich einmal vorstellen! Und es ist im Nachhinein so gewesen, dass sich andere Banken dafür interessiert haben, sich an der Beteiligung, die die BAWAG hatte, auch zu beteiligen.

Das ist im Nachhinein passiert – inzwischen werden sie vielleicht froh sein, weil die Voraussetzungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, zum damaligen Zeitpunkt **nicht** vorhersehbar waren. Aber die Erträge, die die Bank da erwirtschaftet hat, waren nicht unbedeutlich.

Die Lage des Casinos in Jericho ist ja nicht weit weg von Jerusalem, und als wir dort hingefahren sind – das war so in den frühen Abendstunden –, war es so, dass sich eine Autokolonne Stoßstange an Stoßstange von Jerusalem Richtung Jericho bewegt hat. Ich habe so etwas überhaupt noch nie gesehen, das kann man sich nicht vorstellen! Ich habe mir dann gedacht, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die wollten alle in das Casino, oder was wollen Sie uns damit sagen?

Helmut Elsner: Die waren alle im Casino: Die haben, glaube ich, Tausende Leute pro Tag gehabt – Tausende pro Tag! Das haben ja auch die anderen mitreisenden Herren beobachtet.

Für mich, der ich nicht weiß, wie es sonst in einem Casino zugeht – ich kann nicht sagen, ich war noch nie in einem, ich bin kein Casino-Besucher –, ich habe so etwas noch nie gesehen: Es waren Menschentrauben, die sich anstellten, wie seinerzeit am „Goldenen Sonntag“ auf der Mariahilfer Straße – das ist unvorstellbar! –, um überhaupt hineinzukommen.

Übrigens ist dazu noch zu sagen, dass bis zuletzt trotz der ganzen Kampfhandlungen das Gebäude, wie ich gehört habe, unbeschädigt geblieben ist. Sollte dort je, was zu hoffen ist, wieder Ruhe einkehren, dann wird das durchgeputzt, und der Betrieb ist

innerhalb von, wie ich gehört habe – Herr Wallner wird es besser wissen –, vier, fünf Tagen wieder aufzunehmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe schon ein Bild davon, welches Bild Sie sich gemacht haben, aber vielleicht gehen wir weg von Ihren Casino-Gewohnheiten und von der Frage, ob das noch zum „Weltkulturerbe“ erklärt wird. (Zwischenruf.)

Wer war Ihr Gegenüber in dieser Angelegenheit? Das war schon Herr Wallner? – Sie haben die Casinos Austria angesprochen.

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: Mit wem die Gespräche stattgefunden haben, unterliegt dem Bankgeheimnis.

Ich will aber nur eines sagen – Sie können das auch aus dem Archiv ausheben –: Es hat auch ein Gespräch mit Arafat gegeben, der aus diesem Grund auf Staatsbesuch in Österreich war. Es gab einen Empfang im Bundeskanzleramt bei Bundeskanzler Vranitzky, es hat ein gemeinsames Abendessen mit Arafat im Imperial gegeben. Ich kann nur so viel dazu berichten und dass es auch ein im gemeinsamen Interesse der Palästinenser und der Israelis gelegenes Fremdenverkehrsprojekt war. – Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen, weil das dem Bankgeheimnis unterliegt. Es gibt aber Bilder und Aufnahmen mit Arafat, Vranitzky und mir mit seinen Mitarbeitern und anderen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, danke schön. – Die Involvierung des Herrn Arafat in dieser Sache ist uns bekannt.

Ich möchte nur der Sauberkeit halber auch festhalten: Nach meinem Verständnis unterliegt es noch **nicht** dem Bankgeheimnis, wenn ein Rechtskörper wie eine AG – die Casinos Austria – durch irgendjemanden repräsentiert ist und der dann Gespräche mit der Bank führt. Wenn man also nur erfahren will, wer das überhaupt war – nachdem im Übrigen ohnehin bekannt ist, dass es diese Geschäftsverbindungen gibt –, das scheint mir ein bisschen zu weit gehend. Aber ich will diesen Streit gar nicht mit Ihnen ausfechten, Herr Elsner, weil ich es Ihnen durchaus anrechne, dass Sie dann doch immer wieder Auskünfte geben. Ich sage das nur, damit sich hier im Haus nichts einschleicht, wo dann nächste Generationen von Abgeordneten sagen: Das haben wir damals auch schon so gemacht!, und die Befragungsrechte der Abgeordneten dann ständig in den Hintergrund gerückt werden.

Jetzt sind wir so weit gekommen, dass Herr Arafat involviert war. – Wie war die Rolle von Herrn **Schlaff** in dieser Angelegenheit?

Helmut Elsner: Da darf ich Ihnen noch einmal sagen, es hat auch eine Finanzierung gegeben. Es gibt Finanzierungen: Das unterliegt dem Bankgeheimnis, daher kann ich Ihnen auf Grund der Finanzierungen dazu nichts sagen; es war ja nicht nur die Beteiligung, die unabhängig von der Finanzierung war beziehungsweise die Finanzierung unabhängig von der Beteiligung. – Das ist ein Komplex, zu dem ich daher auf Grund des Bankgeheimnisses nichts sagen kann.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, wenn es um das konkrete Geschäft geht, aber ob jetzt Arafat in irgendeiner Art und Weise engagiert oder vermittelnd tätig war, unterliegt **nicht** dem Bankgeheimnis. Und die nächste Frage, die ich gestellt habe, lautet, ob auch Mag. Schlaff in irgendeiner Form – in **irgendeiner** Form! – bei der Anbahnung dieses Engagements beteiligt war.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, **alles** unterliegt dem Bankgeheimnis: Die Vorgespräche unterliegen dem Bankgeheimnis und auch die Gespräche, mit denen man die Finanzierung einleitet, unterliegen dem Bankgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie nichts über den Inhalt der Gespräche gefragt, sondern ob Mag. Schlaff in einer wie immer gearteten Weise involviert war.

Helmut Elsner: Auch dazu kann ich Ihnen nichts sagen. – Entschuldigen Sie, auch für die Besprechungen gilt: Mit wem sie stattgefunden haben und wer involviert war, das unterliegt dem **Bankgeheimnis**.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das werden wir dann bei Gelegenheit extra ausstreiten müssen, aber da steht vielleicht eine weitere Befragungsrounde zur Verfügung.

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: War noch eine Frage?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ich wollte nur an der Stelle die Thematik wechseln. Was die Geschäftsstrategie der BAWAG betrifft hinsichtlich anderer Beteiligungen, greife ich, weil jetzt schon der Name **Mag. Schlaff** gefallen ist, noch einmal die Fragestellung hinsichtlich des Engagements in der MobilTel Holding auf. Ich frage jetzt gar keine detaillierten Geschäftsdinge ab, sondern ich möchte nur wissen, welche Strategie da zu Grunde gelegen ist, dass sich die BAWAG darauf eingelassen hat. – Erste Frage.

Zweite Frage: Wenn sie das schon tut – dagegen ist ja vielleicht auch gar nichts einzuwenden –, warum hat sie das nicht in einer Art und Weise gemacht, dass am Schluss für die BAWAG selber eine wesentlich höhere Rendite – das ist vielleicht gar nicht der richtige Ausdruck – oder Gesamtrückfluss des Engagements hier drinnen gewesen wäre?

Aber zunächst: warum das Engagement? Und warum nicht in einer Art und Weise – eben zweitens –, dass für die BAWAG mehr herausgeschaut hätte?

Helmut Elsner: Herr Abgeordneter, auch das betrifft die Finanzierung. Es hat auch eine Finanzierung stattgefunden, auch das unterliegt dem **Bankgeheimnis**. – Und zur anderen Frage muss ich sagen: Es war für die BAWAG – aus Sicht der BAWAG – jedenfalls ertragreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Zweite habe ich akustisch nicht verstanden.

Helmut Elsner: Es war das Gesamtgeschäft für die Bank jedenfalls ertragreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Frage war aber, ob – jetzt auch für den mittleren Laien wie mich mit freiem Auge erkennbar – nicht **mehr drinnen gewesen wäre**, wenn Sie diese saloppe Formulierung akzeptieren.

Helmut Elsner: Also dazu kann ich Ihnen nur sagen, das, was erzielt werden sollte und was im Vorstand besprochen wurde, das man erzielen wird können, ist erzielt worden. Auf jeden Fall war es ertragreich; es war ein positives Geschäft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber die BAWAG ist nicht von sich aus auf die Idee gekommen ganz offensichtlich, sich unmittelbar zuvorderst zu engagieren. Wir haben ja das letzte Mal die Frage geklärt, dass Sie Herrn Chernoy gar nicht kennen. Das haben wir ja bei Protokoll. (**Helmut Elsner: Bitte?**) – Herrn Chernoy kennen Sie nicht, haben Sie das letzte Mal gesagt. (**Helmut Elsner: Wen?**) – Herrn Chernoy.

Helmut Elsner: Chernoy: Ich weiß, wer er ist, aber gesehen habe ich ihn nie persönlich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also ich setze voraus, dass es bei dieser Aussage bleibt: Den kannten Sie nicht. Jetzt muss das ja so gewesen sein, dass irgendwer mit diesen Ideen gekommen ist. Die Frage, die sich daran anknüpft, ist – die BAWAG war ja auch Konsortialführer in einem Kreditkonsortium oder jedenfalls am Konsortium beteiligt, hat einen Kredit gegeben, deshalb berufen Sie sich auch auf das Bankgeheimnis -: Sagen Sie, haben Sie ausreichend die Sicherungen geprüft für diesen Kredit? Wie haben Sie denn das gemacht?

Helmut Elsner: Das unterliegt dem **Bankgeheimnis**. Ich habe mich gerade diesbezüglich besprochen. – Ich könnte Ihnen das alles aufklären, aber das sollte der Staatsanwalt fragen, dann werde ich ihm das erklären. Aber es unterliegt dem Bankgeheimnis, und hier kann ich dazu nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Trotzdem, Sie wissen schon, dass das in ganz engem Zusammenhang auch damit steht, dass hier Vorschriften über die Einhaltung zur Bekämpfung der Geldwäsche zu berücksichtigen sind.

Können Sie Auskunft geben – jetzt ohne ständig das Bankgeheimnis strapazieren zu wollen, es müsste ja zu Ihrem Nutzen sein, denke ich, wenn Sie da etwas sagen –, ob Sie grundsätzlich diese Vorkehrungen getroffen haben und, in allgemeiner Beschreibung, welcher Art waren diese Vorkehrungen?

Helmut Elsner: Also selbstverständlich wurden ausreichende Vorkehrungen dafür getroffen, dass all diese Geldwäschebedingungen zu beachten sind. In der Bank hat es eine eigene Abteilung zur Überprüfung derartiger Dinge gegeben, und die hat das intensivst geprüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also diese Abteilung war bei Ihnen damit betraut, die Geldwäschebestimmungen zu überprüfen.

Helmut Elsner: Alle Geldwäscheangelegenheiten sind jedenfalls geprüft worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer ist denn in dieser Abteilung federführend? Können Sie das sagen?

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war es damals? Wissen Sie das noch?

Helmut Elsner: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Da müsste man nachlesen, möglicherweise zum Gesamtvorstand. Ich weiß es nicht; aber das kann man in der Bank erheben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wissen Sie, was mir schon ein bissel seltsam erscheint, Herr Elsner? Dass Sie sich jetzt, wenn Sie darüber nachdenken, ob Sie sich **erinnern**, auch schon mit Ihrem **Anwalt** beraten müssen. Also bei allem Respekt, aber: Entweder Sie erinnern sich oder Sie erinnern sich nicht. Es kann nicht sein, dass die Vertrauensperson – noch dazu Ihr Anwalt in allen Angelegenheiten – jetzt schon bei jeder Frage mehr oder weniger mitformuliert. Ich möchte das schon auch anmerken, um hier weitere Präjudizien hintanzuhalten. Aber wir lassen es einmal für diese Runde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die konkrete Frage ist noch unbeantwortet. Wer war der zuständige Abteilungsleiter in Geldwäscheangelegenheiten zu Ihrer Zeit als Generaldirektor oder am Ende Ihrer Generaldirektoren-Zeit? Können Sie sich daran erinnern?

Helmut Elsner: Der Abteilungsleiter, glaube ich, war damals noch ein gewisser Dr. Puffler, der danach die Rechtsabteilung ... – Ich kann mich nicht mehr erinnern.

Und wer vorstandsmäßig zuständig war, müsste man im Organigramm erheben. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, Sie haben gesagt, Sie kennen Herrn Chernoy nicht persönlich, aber Sie wissen, wer er ist. – Ist Herr Chernoy jene Person, bei der Sie versucht haben, über Herrn Horngacher Ermittlungen anstellen zu lassen?

Helmut Elsner: Dazu kann ich Ihnen auch keine Auskunft geben, weil ich der Presse entnommen habe, dass die Erhebungen gegen Horngacher auf mich ausgedehnt werden sollen. Und wenn das wieder ein Strafverfahren beinhaltet, dann muss ich mich auf das Aussageverweigerungsrecht beziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn es aber anders wäre, könnten Sie es dementieren?

Helmut Elsner: Dazu kann ich nichts sagen, auch wenn Sie hintenherum fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich schließe daraus, dass Sie dazu nichts sagen können, dass, wenn es anders wäre, Sie es auch locker dementieren könnten. Dann wäre ja kein Zusammenhang da.

Helmut Elsner: Also welche Schlüsse Sie ziehen, muss ich Ihnen überlassen. Ich sage dazu nichts, weil ich gehört habe, dass es eine Anklage gegen Horngacher geben soll und dass die Anklage möglicherweise auf mich ausgedehnt wird. Zumindest steht es so in der Zeitung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Antwort ist auch eine Antwort.

Herr Elsner, erinnern Sie sich an die anonyme Strafanzeige angeblich von Mitarbeitern in gehobener Position der BAWAG aus dem Jahre 1994 gegen den damaligen Generaldirektor Walter Flöttl, wo es dann auch hausintern einen sehr umfangreichen Mitarbeiterbrief gegeben hat wegen dieser Strafanzeige? Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Helmut Elsner: An die Strafanzeige erinnere ich mich. Und was hat es gegeben, sagen Sie?

Helmut Elsner: Es hat dann auch der Generaldirektor Flöttl offensichtlich im Namen des Vorstandes einen Mitarbeiterbrief im ganzen Haus ...

Helmut Elsner: An den erinnere ich mich nicht mehr, aber an eine Strafanzeige erinnere ich mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das glaube ich schon, dieser Mitarbeiterbrief ist ja auch nicht sehr vielsagend. – Das war nur sozusagen zur Erinnerungserleichterung.

Helmut Elsner: Ich kann mich nicht erinnern an den Mitarbeiterbrief.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber an die Strafanzeige erinnern Sie sich?

Helmut Elsner: Ja, an eine anonyme Strafanzeige gegen ihn erinnere ich mich, und ich erinnere mich daran, dass sie dann eingestellt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist wichtig, dass Sie sich auch daran erinnern, dass eingestellt wurde.

Helmut Elsner: Das erinnere ich mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun hat der damals ermittelnde Staatsanwalt Dr. Müller hier im Ausschuss ausgesagt, dass ganz offensichtlich Druck

auf ihn ausgeübt wurde und es nicht gewünscht war, dass er in dieser Sache, wo damals schon von den Karibik-Geschäften die Rede war, Ermittlungen anstellt. Dr. Müller hat namentlich den Sektionschef Dr. Mayerhofer aus dem Justizministerium genannt, der ihn dazu verhalten hat, das Verfahren einzustellen.

Meine Frage ist: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob damals, im Jahre 1994 oder 1995, als die Ermittlungen noch im Gange waren, beim Justizministerium interveniert wurde seitens der BAWAG, dieses Strafverfahren einzustellen?

Helmut Elsner: Ich habe darüber keine Wahrnehmungen. Ich kann es mir auch nicht vorstellen, ganz offen gesprochen. Und zur Strafanzeige darf ich Ihnen auch sagen, die habe ich auch aus meiner Sicht sehr kurios empfunden, denn die Erstvorwürfe waren, dass die Bank ein Geschäft gemacht hat, das zu riskant sei, weil man so hohe Zinsen lukriert hätte, und die Vorwürfe gegen Flöttl waren meiner Erinnerung nach die, dass er zu wenig verlangt hat. Also das war ja etwas dermaßen Widersprüchliches, sodass eigentlich nach meiner persönlichen Meinung – ohne dass ich das mit jemandem besprochen habe – die Angelegenheit nicht anders als durch eine **Einstellung** enden konnte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das deckt sich zwar nicht mit der Formulierung der Strafanzeige, aber auf das will ich jetzt gar nicht hinaus, sondern mir geht es eher darum, wie es möglich war, dass Herr Sektionschef Mayerhofer fast schon im Interesse der BAWAG Druck auf den Staatsanwalt ausüben konnte?

Helmut Elsner: Da habe ich keine Ahnung. Mit der Geschichte habe ich nichts zu tun. Ich weiß davon nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie Sektionschef Dr. Mayerhofer?

Helmut Elsner: Sagt mir nichts, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen nichts. – Ich halte Ihnen jetzt, nur einmal ...

Helmut Elsner: Ich kennen einen Herrn Dr. Mayerhofer – ich glaube, der hat Mayerhofer geheißen, ich bin auch nicht sicher –, der Prüfer der Notenbank war. Das ist aber ein anderer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist ein anderer Mayerhofer.

Helmut Elsner: Dann kenne ich ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wird auch in einem Urteil, das ergangen ist und rechtskräftig wurde gegen die Nationalbank, vom erkennenden Richter ausdrücklich betont, dass das zwei unterschiedliche Mayerhofer sind.

Helmut Elsner: Ich kenne das nicht, habe ich schon gesagt. (*Abg. Mag. Stadler: Ja, ja!*) – Aber jetzt muss ich bitten, darf ich Sie bitten...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie es nicht kennen, brauche ich nicht weiter zu fragen.

Nun komme ich zurück auf die von Kollegen Rädler relevierte Intervention Ihrerseits bei Innenminister Schlägl. Es gibt drei Briefe davon: Der erste Brief ist vom 27.2.1998, der zweite Brief ist von 10. März 1998, und der dritte Brief ist vom 7. Mai 1998. – Erinnern Sie sich an diese drei Briefe?

Helmut Elsner: Nein. An einen erinnere ich mich. Dass ich einen Brief geschrieben habe, erinnere ich mich, aber dass es drei waren...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege Ihnen alle drei Briefe vor. Sie können sie gerne einsehen. Bitte leiten Sie sie mir dann zurück, dann kann ich meine Fragen formulieren.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt, die diese gemeinsam mit ihrer Vertrauensperson liest.*)

Herr Elsner, Sie haben jetzt diese drei Briefe gesehen. Erinnern Sie sich an diese drei Briefe?

Helmut Elsner: Also an die drei Brief erinnere ich mich nicht. Ich habe sie gelesen, sie sind zweifelsohne von mir, aber was mir fehlt, sind die Beilagen, und die müsste man anschauen. Also ich würde Sie bitten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar. Die haben wir auch da, aber das ist zu umfangreich. Wenn Sie die auch noch studieren wollten, müssen wir die Einvernahme auf den Nachmittag vertagen.

Helmut Elsner: Das ist das Wesentliche, wir beziehen uns ja auf die Beilagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist schon richtig ...

Helmut Elsner: Also das Wesentliche, entschuldigen Sie vielmals, wenn Sie diesen Brief lesen, sehen Sie, dass da Beilagen sind, und der Grund dieser Intervention – das ist mir jetzt, nachdem ich es gelesen habe, wieder erinnerlich – war ja die Sorge, dass **Amer** den Industriestandort Österreich in Frage stellt, weil die ja gesagt haben, die Presseberichterstattung für ein börsennotiertes Unternehmen sind tödlich. Und nachdem auf den ersten Brief nicht geantwortet wurde ... – Das andere sind Urgenzen, aber wesentlich wären die Beilagen, und wenn Sie die Beilagen studieren, werden Sie ja sehen, worum es geht, also würde ich gerne die Beilagen sehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, wir wissen genau, worum es hier geht. Ich habe der Reihe nach Fragen: Ihr Motiv, dass Sie Sorge um die Industrie in Österreich hatten, geht zunächst einmal aus dem Brief nicht hervor.

Helmut Elsner: Aus dem ersten Brief, entschuldigen Sie, geht es hervor.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die erste Frage ist allgemeiner Natur: Haben Sie öfter Briefe an Minister geschrieben, um ihnen zu sagen, wie sie ihre Amtsgeschäfte machen sollen?

Helmut Elsner: Nein. Es hat ja auch kaum Verfehlungen gegeben, an die ich mich erinnere, von Beamten, die irgendeinem Ministerium unterstehen. Das war ein Sonderfall, der aus meiner Sicht – und nicht nur aus meiner persönlichen Sicht, sondern aus Sicht der Anwälte, des Vorstandes der Bank, des Aufsichtsrates – besonders eklatant war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, halten wir fest, dass das eine Verfehlung *Ihrer* Meinung nach war, denn es hat **keine Verfehlung** gegeben. Das **Disziplinarverfahren**, dass Sie gegen Herrn Mayer und die anderen Beamten angestrengt haben, wurde **eingestellt**, wie Sie wissen.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie vielmals, ich habe ausdrücklich gesagt, es ist nicht meine Meinung gewesen, es war die Meinung unserer Anwälte, es war die Meinung des Aufsichtsrates, war die Meinung des Vorstandes. Ich habe da keine persönlichen Meinungen zu haben gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben aber einen persönlichen Brief an den Minister geschrieben. (*Helmut Elsner: Bitte?*) – Sie haben einen persönlichen

Brief an den Minister geschrieben, und Sie haben heute von **Verfehlungen** gesprochen.

Helmut Elsner: Aber die Meinungen waren nicht meine persönliche Meinung und meine alleinige Entscheidung. Es ist ein Brief von mir als Vorstandsvorsitzender der Bank, der ich damals war, an den Minister; aber die Verfehlungen, da gibt es eine Liste, die müssen Sie haben ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die **behaupteten** Verfehlungen.

Helmut Elsner: Das hat die **Staatsanwaltschaft Salzburg** gesagt,

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir dabei, Herr Elsner: Das sind **behauptete Verfehlungen**. Wenn Sie Beschuldigter sind, werden Sie – und Ihr Anwalt noch viel mehr – auch großen Wert darauf legen, dass man dabei bleibt, dass es sich um **behauptete** Vorwürfe gegen Sie handelt und nicht um **festgestellte** Verfehlungen.

Helmut Elsner: Ja, ich habe ja nichts anderes gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir nur präzise. (*Helmut Elsner: Ja!*) – Jetzt noch einmal meine Frage, Sie haben also gesagt, Sie haben selten solche Briefe an Minister geschrieben, um ihnen zu sagen, wie sie ihre Amtsgeschäfte machen sollen.

Helmut Elsner: Also erstens einmal habe ich ihm nicht geschrieben, wie er seine Amtsgeschäfte machen soll, ich habe ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das steht aber drinnen.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, ich habe auf Verfehlungen hingewiesen, die ein seinem Ministerium unterstehender Beamter angeblich oder nach Behauptung der Staatsanwaltschaft durchgeführt hat. Auf das habe ich hingewiesen, und es ist mir nicht erinnerlich, dass ich sonst irgendwo noch einem Minister im Laufe meiner Laufbahn – und zwar der Gesamtaufbahn: sowohl als Vorstand als auch Generaldirektor – einen Brief zu schreiben hatte, um mich über Beamte zu beschweren. Also ich glaube kaum, dass es einen anderen Brief gibt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das haben Sie nur in der Sache Atomic und Richtung Minister Schlägl gemacht?

Helmut Elsner: Ich habe es dort gemacht, wo es **erforderlich** war, weil so, wie die Vorwürfe gelautet haben, gröblichste Verfehlungen eines Beamten vorgelegen sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen ein anderer ähnlicher Fall in Erinnerung? (*Helmut Elsner: Bitte?*) Ist Ihnen ein anderer ähnlicher Fall in Erinnerung, wo Sie auch an einen Minister herangetreten sind? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Das heißt also, das ist eine singuläre Vorgangsweise gewesen.

Sie sind also dreimal in dieser Sache gegen die ermittelnden Beamten des Landesgendarmeriekommandos Salzburg an den Minister Schlägl herangetreten, um ihn dazu zu bringen, dass er seine Beamten verhält, ihre Ermittlungstätigkeit einzustellen. – War das Ihr Anliegen? Das geht aus dem Brief hervor.

Helmut Elsner: Ja, das war sicherlich so. Das war ja nicht nur meine Ansicht, es war die Ansicht des Masseverwalters.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wessen auch immer.

Helmut Elsner: Es war auch die Ansicht von Rechtsvertretern. Ich kann das ja gar nicht. Ich bin nicht Jurist; ich kann das nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war die Ansicht jener, gegen die ermittelt wurde, und es ist daher verständlich, dass die wollen, dass nicht mehr ermittelt wird. Das ist doch so. Das liegt in der Natur der Sache.

Helmut Elsner: Gegen die BAWAG ist nicht ermittelt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, gegen die BAWAG als Bank nicht, aber gegen Vertreter der BAWAG, vor allem gegen den Masseverwalter und gegen ...

Helmut Elsner: Also nach meiner Erinnerung ist auch gegen mich nicht ermittelt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde zum Beispiel in einer Strafanzeige, wenn ich Ihnen die in Erinnerung rufen darf, die Behauptung aufgestellt, es hätte Geldflüsse nach Dublin gegeben, um die Karibik-Geschäfte des Herrn Flöttl zu finanzieren. Wenn Sie sich erinnern, das war einer der Vorwürfe, einer der Verdachtsmomente, die in der Anzeige waren.

Helmut Elsner: Da kann ich mich nicht erinnern, aber selbst wenn es der Fall gewesen wäre, kann es mich nicht betreffen, ich war damals nicht der Vorstandsvorsitzende.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihr Verlangen war klipp und klar, dass der Minister dafür sorgen soll, dass diese Ermittlungstätigkeit der Beamten beendet wird. Das war in Ihrem dritten Brief. Da sind Sie dann sehr deutlich geworden. 7. Mai 1998.

Später dann, und zwar relativ in zeitlichem Zusammenhang, kam eine Weisung der Staatsanwaltschaft Salzburg an das Landesgendarmeriekommando, die Ermittlungen so lange einzustellen, bis weitere Weisungen ergehen.

Haben Sie mit Organen der Staatsanwaltschaft oder mit Organen der Justiz Derartiges besprochen?

Helmut Elsner: Mit Sicherheit nicht. Mit Sicherheit nicht, und wenn, hätten Sie hier ein Schriftstück.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das muss ja nicht sein. Es kann ja auch mündlich interveniert werden. (**Helmut Elsner:** Bitte?) Das muss nicht sein, denn es kann ja auch mündlich interveniert werden.

Helmut Elsner: Ist nicht passiert, von keinem Menschen von dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von keinem Menschen. Sie können also dezidiert ausschließen, dass jemand aus der BAWAG interveniert hat bei der ...

Helmut Elsner: Bei der Staatsanwaltschaft Salzburg? Das schließe ich aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, bei Organen – ich habe nicht nur „Staatsanwaltschaft“ gesagt –, bei **Organen der Justizverwaltung?** Dazu gehört das Justizministerium, dazu gehört der gesamte staatsanwaltliche Apparat. Hat jemand dort interveniert aus der BAWAG, dass die Ermittlungen der Gendarmerie in Salzburg eingestellt werden sollen?

Helmut Elsner: Also ich sicherlich nicht, und daher kann ich mir auch nicht vorstellen, dass jemand anderer aus der BAWAG interveniert hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gehabt, dass noch jemand in der BAWAG sich mit dieser Sache beschäftigt hat – außer Ihnen?

Helmut Elsner: Mit der Sache Atomic insgesamt? Natürlich. Die Bank ist ja kein Ein-Mann-Betrieb.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich meine jetzt mit der Sache Ermittlungstätigkeit Landesgendarmeriekommando Salzburg.

Helmut Elsner: Glaube ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, damit haben nur Sie sich beschäftigt?

Helmut Elsner: Ja, ich habe das sicherlich mit der Rechtsabteilung besprochen. Ich weiß es nicht mehr. Der Brief ist von mir, aber dass ich darüber nachgedacht habe, was da zu tun ist, das ist sicherlich nicht der Fall. Ich werde mich mit der Rechtsabteilung besprochen haben, mit den Vorstandskollegen und mit Rechtsberatern. Das ist ganz sicher so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihrer Einschätzung nach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da wir ja die Leiterin der Rechtsabteilung hier hatten, die sich an derartige Dinge nicht erinnern konnte, weil die Rechtsabteilung in der Sache **Atomic** mit Ausnahme der Gläubigertagsatzungen und ähnliche administrative Gegebenheiten nichts zu tun hatte, sondern alles über andere Abteilungen abgewickelt wurde, würde mich das jetzt interessieren: Mit **wem** von der **Rechtsabteilung** haben Sie derartige Dinge besprochen?

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht mehr, aber wahrscheinlich mit den Leitern der Rechtsabteilung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben letztens auch gesagt hinsichtlich Vollmachtausstellung an Dr. Preslmayr, das hat die Rechtsabteilung gemacht. Und die Leiterin der Rechtsabteilung hat uns wiederum gesagt, sie waren überhaupt nicht befasst damit, sie haben das nicht gemacht, sondern das hat man über den **Vorstand** gemacht. Das ist ein Widerspruch, würde ich einmal meinen.

Daher meine Frage: Mit wem von der Rechtsabteilung konkret haben Sie derartige Dinge besprochen?

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich meine ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben ja vorher gesagt, Sie haben das mit der Rechtsabteilung besprochen.

Helmut Elsner: Ja, ich bespreche grundsätzlich rechtliche Dinge mit der Rechtsabteilung. Es kann nicht sein, dass ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Leiterin der Rechtsabteilung war hier und hat gesagt, grundsätzlich ist **nichts** mit ihr besprochen worden.

Helmut Elsner: Wenn sie das so aussagt, kann ich es nicht ändern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das dann falsch?

Helmut Elsner: Ich kann Ihre Aussage nicht ändern. Ich kann Ihnen nur sagen, nach meiner Erinnerung, und ich kann mir nicht vorstellen, dass ich irgendwelche rechtlichen Dinge **nicht** mit der Rechtsabteilung besprochen habe oder mit jemandem, dem die Rechtsabteilung unterstanden hat. Die hat ja, glaube ich ... – Weiß ich nicht mehr, keine Ahnung, wie wir das damals geändert haben. – Momenterle! Zur Zeit von Atomic war ich ja noch nicht Generaldirektor, und die Rechtsabteilung hat dem Dr. Partik unterstanden, Vorstandsdirektor Dr. Partik. Also da war es noch überhaupt nicht meine Angelegenheit, sich darum zu kümmern. Dass ich dann als Generaldirektor auf das Alte zurückgekommen bin und da einen Brief geschrieben habe, war, weil ich Vorstandsvorsitzender war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, im Jahre 1998 waren Sie Generaldirektor.

Helmut Elsner: Ja, da war ich Generaldirektor.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also zu der Zeit, als diese Briefe geschrieben wurden.

Helmut Elsner: Ja schon, aber die Sache Atomic, wo also alle Dinge mit Atomic besprochen und die Anwälte bestellt wurden, seinerzeit, als das passiert ist – das war ja, glaube ich, im Jahr 1994 –, da war ich nicht Generaldirektor, ich war als Vorstand für Atomic zuständig, nicht aber für die Rechtsabteilung. Die Rechtsabteilung ist dem Kollegen Dr. Partik unterstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun haben wir also geklärt, dass Sie vom Herrn Minister Schlägl haben wollten, dass er diese Ermittlungen einstellt. Sie beziehen sich darauf, dass die Tätigkeit der Organe der Exekutive in Salzburg illegal sei. – Das ist objektiv falsch. Sie wissen, dass nach den sicherheitspolizeilichen Bestimmungen die Organe der Sicherheitsexekutive sehr wohl strafbaren Sachverhalten nachzugehen haben.

Helmut Elsner: Noch einmal. Ich habe die Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie beziehen sich in Ihren Briefen an den Minister ... – Deswegen hat er im Übrigen auch diesen Briefen, diesen Anliegen nicht entsprochen, weil die Tätigkeit der Inspektoren **nicht illegal** war, sondern die haben die Aufgabe, vermuteten strafbaren Sachverhalten nachzugehen, und zwar ex offo. Dazu sind sie da, dazu sind sie bestellt.

Helmut Elsner: Also die Informationen, die wir hatten, waren, dass es **illegal** war. Das habe ich ihm geschrieben. Wir haben ja auch auf den Brief nie eine Antwort bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen schon.

Helmut Elsner: Na ja, er hätte ja auch schreiben können, es ist nicht so. Dann wäre die Geschichte erledigt gewesen. Das hat er ja nicht gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister Schlägl hat gesagt, dass er im Rahmen eines Gespräches – bei einem Abendessen, glaube ich, wenn ich das richtig in Erinnerung habe – Ihnen klargelegt hat, dass er das **nicht machen wird**.

Helmut Elsner: Also das ist mit Sicherheit falsch. Ich war mit dem Minister nie Abendessen. Also ganz sicher nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: Ich glaube, mich erinnern zu können, dass er bei einem Abendessen ... – Aber es spielt auch keine Rolle, ob Sie dabei gegessen haben, aber Schlägl sagt ...

Helmut Elsner: Nach meiner Erinnerung habe ich mit ihm auch nicht gesprochen. Denn wenn er mir mitgeteilt hätte, es ist so und so, und da ist nichts daran, dann hätten wir es beendet. Es ist ja nur die Urgenz erfolgt, weil offenbar **keine Antwort** gekommen ist und weil ich informiert wurde, dass weiterhin fälschlicherweise und mit falschen Unterlagen ermittelt wird. – Das ist alles. Mehr ist dazu nicht zu sagen. (*Abg. Mag. Stadler: Tatsache bleibt ...*) Und die Gründe, warum das so ist, da würde ich Sie bitten, die **Beilagen** vorzulegen. Diese liegen nicht dabei; aber das ergibt sich sicher aus der Beilage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die kennen wir. Wir haben einen Staatsanwalt hier gehabt, der gesagt hat, hätte man damals weiter ermittelt, hätte man

unter Umständen schon früher draufkommen können, dass da in der BAWAG etwas schief läuft, dass eine ***Bank in der Bank*** vorhanden ist.

Der Umstand, dass Sie versucht haben, die Ermittlungen abzudrehen, das ist ja der interessante Aspekt. Meiner Ansicht nach, wenn Sie es wirklich mit der Rechtsabteilung beraten haben, mussten die Ihnen gesagt haben: Bitte, Herr Generaldirektor, das gehört zur Aufgabe der Sicherheitsexekutive, bei vermuteten strafbaren Handlungen weiter zu ermitteln! Sie können doch nicht der Exekutive sagen, sie darf nicht ermitteln, wenn sie zu ermitteln hat, wenn sie hinreichende Gründe dafür hat.

Helmut Elsner: Aus der Beilage ist doch ersichtlich, dass es eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft gegen den Mayer gegeben hat. Und da wird die Begründung drinnen sein. – Was Sie mir hier unterstellen wollen, ist falsch! Ich habe nichts anderes gemacht, als darauf hinzuweisen, dass da angeblich Erhebungen angestellt werden, die ***nicht*** in Ordnung sind – und das war alles. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Elsner, ich ...*) Ich sage Ihnen etwas: Ich kann dazu nichts mehr sagen. Mehr weiß ich nicht. Und ich möchte jetzt unterbrechen, weil mir nicht gut ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wird der Vorsitzende entscheiden, ob er unterbricht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir sind ohnehin über die 5 Minuten drüber und haben vorhin schon gesagt, dass es nach diesem Block eine Pause gibt, weil schon vorher angefragt worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur eine letzte Klarstellung, Herr Elsner: Der Umstand, dass Sie eine Strafanzeige eingebracht haben, beweist noch nicht, dass die Tätigkeit der Exekutivorgane illegal ist. Sie ahnen gar nicht, wie viele Strafanzeigen in diesem Land gegen Richter eingebracht werden. Deswegen sind die Richter nicht samt und sonders Straftäter. Das heißt, da überschätzen Sie Ihre Rolle maßlos. Wenn Sie eine Strafanzeige gegen Gendarmeriebeamte einbringen, heißt das noch nicht, dass deswegen, weil Sie die Strafanzeige einbringen, die illegal tätig sind. – Die in Salzburg sind nicht illegal tätig gewesen, das hat auch das Disziplinarverfahren dann ergeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ***unterbricht*** die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 9.31 Uhr ***unterbrochen*** und um 9.46 Uhr ***wieder aufgenommen.***)

9.46

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 9.46 Uhr die unterbrochene Sitzung ***wieder auf*** und erteilt als nächstem Fragesteller Abg. Bucher das Wort.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Elsner, ich möchte mit Ihnen jetzt ins Jahr 2000 zurückgehen, und zwar zu einem Aktenvermerk des Vorstandskollegen Büttner, der nach einer Vorstandssitzung im Oktober 2000 zu Protokoll gegeben hat, das er dann auch bei einem Notar hinterlegt hat, dass es in dieser Sitzung einige unterschiedliche Auffassungen gegeben hat, was die Bilanzierung des Jahres 2000 anlangt. Herr Büttner gibt an – das hat er auch in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss bekräftigt –, dass Sie in dieser Sitzung im Oktober gesagt

hätten, Sie werden, was die Prüfung der Notenbank betrifft, bei Frau Tumpel-Gugerell intervenieren, um diesen Prüfungsbericht entsprechend ausfallen zu lassen. – Ist diese Wahrnehmung des Herrn Büttner so richtig gewesen?

Helmut Elsner: Das ist absolut unrichtig! Absolut! Ich habe mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell diesbezüglich **nicht** gesprochen, habe es auch nicht vor – und würde es auch nicht tun. Ich würde nie versuchen, jemanden in eine Richtung zu lenken, die **nicht stimmt**, oder jemanden zu einer falschen Handlung ... – Das würde ich grundsätzlich **nicht machen**. Das schließe ich aus. Das stimmt daher sicherlich **nicht!**

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das Verwunderliche dabei ist, dass sich, auch nachdem dieser Aktenvermerk beim Notar hinterlegt wurde, genau diese Sätze im **Prüfungsbericht** wiedergefunden haben. Das heißt also, man müsste eigentlich den Wahrnehmungen des Herrn Büttner Glauben schenken können. (*Helmut Elsner: Welche Sätze, bitte?*) – Es sind Zitate drinnen wie beispielsweise, dass Sie die Prüfungen der Nationalbank, dass eben die Geschäfte mit Flöttl blitzartig eingestellt werden, dass diese auch im Prüfungsbericht so zitiert werden, und einige andere Festlegungen des Herrn Büttner, die darauf schließen lassen, dass dieses Gespräch genau so stattgefunden hat.

(*Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Kann man das schriftlich vorlegen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das schriftlich vorlegbar, was jetzt zitiert wurde?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wir haben einen Auszug aus dem Protokoll, was die Einvernahme des Herrn Büttner anlangt, da ist das auch angeführt. (Abg. Mag. **Stadler:** Zur Geschäftsordnung!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Dr. Traumüller hat uns eine Beilage vorgelegt, die hat er hier verteilt. Ich glaube, es war Dr. Traumüller. Die ist vorlegbar, ich habe sie hier, und ich kann sie vorlegen, wenn das gewünscht wird.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Auskunftsperson wird ein Gedächtnisprotokoll vom 5. Oktober 2000 vorgelegt – und diesbezüglich die Seite 2. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Abg. Mag. Stadler: Die händischen Anmerkungen, Herr Elsner, sind nicht von Herrn Büttner!*)

Ich darf an dieser Stelle Kollegen Bucher ersuchen, noch einmal seine Frage und seinen Vorhalt zu formulieren, damit wir dem auf den Grund gehen können, ob wir noch weitere Unterlagen vorlegen müssen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Die Generalfrage lautet, ob Sie, Herr Elsner, jemals bei Frau Tumpel-Gugerell interveniert haben.

Herr Büttner hat zu Protokoll gegeben und das auch schriftlich in einem Aktenvermerk vorgelegt, wo wörtlich steht:

Er, Elsner, werde Tumpel noch voll informieren, damit sie die Prüfung entsprechend steuern könne. – Das war das wörtliche Zitat.

Ist das richtig oder nicht? Das ist ja ganz einfach.

Helmut Elsner: Ich habe **nicht** interveniert! Und ich habe es auch nicht vorgehabt – und würde es nicht machen. Das habe ich schon beantwortet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und Sie haben in dieser Vorstandsbesprechung auch nicht angeführt, dass Sie (*Helmut Elsner: Nein!*) in irgendeiner Weise die Prüfungshandlungen (*Helmut Elsner: Natürlich nicht!*) oder das Ergebnis beeinflussen?

Helmut Elsner: Es war ja gar keine Veranlassung! Außerdem kann ich mir gar nicht vorstellen, dass Frau Tumpel-Gugerell das überhaupt **könnte**, wenn da Prüfer kommen, zu sagen: Lasst das aus! – Das ist wirklich totaler Unfug!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Büttner hat als Folge dieser Unterredung auch angegeben, dass er in Ungnade gefallen wäre, dass es bis hin zu Gehaltskürzungen et cetera Gespräche gegeben hat und er sich von Ihnen als Generaldirektor in seiner Funktion als Vorstandsmitglied ausgegrenzt gefüllt hat.

Helmut Elsner: Zunächst einmal ist das eine Aktennote vom Oktober 2000, wie ich sehe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, das habe ich ja gesagt.

Helmut Elsner: Alle Aktennoten, alle Vorstandprotokolle bis auf das erste 1998 hat Herr Büttner mit unterschrieben. (*Abg. Bucher: Genau!*) – Und Herr Büttner hat auch noch, glaube ich, 1999 ein weiteres Vorstandprotokoll unterschrieben, in dem wir ausdrücklich festgehalten hatten, dass die Entscheidung von 1998 die richtige war.

Das heißt, er hat seiner ersten Aussage, wonach er dort nicht mitgestimmt hat – was stimmt, das ist auch festgehalten –, widersprochen. (*Abg. Bucher: Ja, aber ich spreche jetzt ...!*) Dass wir uns nicht gefreut haben, dass die einzige Abstimmung während der gesamten Laufzeit **nicht einstimmig** erfolgt ist, ist keine Frage, aber: Gehaltskürzungen kann ich nicht vornehmen! Die Gehälter des Vorstandes beschließt der **Aufsichtsrat**.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer von den Vorstandsmitgliedern hat der Bilanz 2000 letztendlich zugestimmt? (*Helmut Elsner: Wie bitte?*) – Wer von den Vorstandsmitgliedern hat der Bilanz 2000 zugestimmt? Büttner spricht von der ...

Helmut Elsner: Der Bilanz 2000 haben **alle** zugestimmt. Das ist ja auch unterschrieben. Sie brauchen sich nur die Bilanz im Original anzuschauen. Es haben **alle** zugestimmt; das trägt ja auch seine Unterschrift.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber im Vorfeld hat es Gespräche gegeben.

Helmut Elsner: Im Vorfeld hat es Gespräche gegeben. Ja, das wird schon so sein.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und Vorbehalte auch des Herrn Büttner und des Herrn Schwarzecker und des Herrn Kreuch. Das bestätigen Sie ja auch.

Helmut Elsner: Wissen Sie, in jeder Vorstandssitzung gibt es Diskussionen und Vorbehalte – und dann gibt es ein Ergebnis. Das Ergebnis war aber ein **einstimmiges!** Das sehen Sie auch an der testierten Bilanz. Denn hätten wir keine einstimmige Bilanz unterschrieben, täte es keine testierte Bilanz geben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sanktionen für den Herrn Büttner – daraus resultierend – schließen Sie aus, hat es nie gegeben? (*Helmut Elsner: Was bitte?*) – Sanktionen.

Helmut Elsner: Natürlich nicht! Ich kann überhaupt keine Sanktionen machen, wenn dann der Aufsichtsrat ... – Das müssen Sie den Aufsichtsrat ... – „Sanktionen“ ist ja grotesk!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Kennen Sie den Herrn Peter Mayerhofer?

Helmut Elsner: Die Festsetzung des Bilanzgeldes macht der **Aufsichtsrat** – und nicht der Vorstand. Da kann nicht der Vorstand sagen: Ich will so viel haben, und das nehme ich mir! Oder ein Griff in die Kasse oder so. – Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber Sie hätten auf den Aufsichtsrat eingewirkt, war die Aussage des Herrn Büttner.

Helmut Elsner: Überhaupt nicht, in keiner Weise! Das ist Sache des Aufsichtsrates. Da würde er sich auch nicht einwirken lassen. Habe ich nicht gemacht, hätte ich nicht vor – und warum sollte ich?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das sind ja nur Aussagen von Auskunftspersonen, die wir überprüfen.

Helmut Elsner: Ich sage auch aus als Auskunftsperson.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist richtig. Da sind wir auch sehr dankbar, wenn Sie bereit sind, Licht ins Dunkel zu bringen. Überhaupt keine Frage. (*Helmut Elsner: Bitte?*) – Wir sind ja auch dankbar, wenn Sie bereit sind, Licht ins Dunkel zu bringen. (*Helmut Elsner: Ja, gut!*) – Ich möchte zu Herrn Peter Mayerhofer ... (Abg. Mag. Stadler – in Richtung eines Mitarbeiters des BZÖ –: Können Sie mir das wieder holen, bitte! – Der Mitarbeiter des BZÖ bringt Abg. Mag. Stadler das genannte Schriftstück wieder zurück.)

Herr Peter Mayerhofer hat einen sehr kritischen Prüfbericht erstellt, den er 2001 auch Ihnen vorgelegt hat. Sie haben ja heute gesagt, das müsste über Ihren Schreibtisch gegangen sein, aber Sie können sich inhaltlich nicht mehr sehr daran erinnern. Aber an den Herrn Peter Mayerhofer müssten Sie sich schon erinnern können, den der hat ja dann nach seiner Tätigkeit in der Österreichischen Nationalbank auch eine Konsulententätigkeit in der **BAWAG** verrichtet.

Wie kam es eigentlich dazu? Es ist natürlich ein etwas ungewöhnlicher Vorgang, wenn man dem Prüfer hinterher ein Angebot macht. – Was waren Ihre Beweggründe dazu?

Helmut Elsner: Erstens kam das Anbot nicht von mir. Ich erinnere mich auch gar nicht, dass er Konsulent in der BAWAG war. Weiß ich nicht, kann sein. Wenn Sie sagen es ist so, wird es schon so sein. Ich wusste es nicht. Bestellt habe sicher nicht ihn – ganz sicher nicht.

Und die ganze Geschichte mit der Prüfung sind Bilanzdinge, die natürlich die **Bilanzabteilung** zu beantworten hatte. Dass das über meinen Schreibtisch läuft, weil ich mir das auch durchlese und weil wir dann im Aufsichtsrat über die Prüfung berichten und weil man ja zu erwidern hat auf eine Prüfung und weil es einen Erwiderungsbrief auf die Prüfung gibt, ist ja wohl selbstverständlich, nur: Ich erinnere mich nicht mehr an den Inhalt. Das habe ich Ihnen ja gesagt.

Im Übrigen darf ich zum Erinnerungsvermögen grundsätzlich etwas festhalten. Sie können jeden praktischen Arzt befragen, brauchen gar keinen Kardiologen zu fragen, es gibt noch einen anderen Herzpatienten, mit dem ich jetzt beisammen bin: Nach jeder Herzoperation, wo man sechseinhalb Stunden an die Herz-Lungen-Maschine angeschlossen war, leidet das Erinnerungsvermögen. Und das ist zwar nicht nur in solchen Dingen, die mich jetzt meine Vergangenheit als Beruf betreffen, das sind auch ganz simple private Dinge, an die man sich nicht mehr erinnert. Das geht aber jedem so, nicht nur mir! Und das wird Ihnen jeder praktische Arzt bestätigen. Herr Hofrat Dr. Schopper ist übrigens da; Sie können ihn dazu befragen. Das ist leider so. Es tut mir leid, aber es ist so.

Abgesehen davon, dass das schon lange her war, kommt es auch vor, dass ich mir aus der jüngsten Vergangenheit nicht erinnern kann. Da grübelt man, kann nicht schlafen, ich denke mir: Was ist denn das? Harmlose Dinge, die das Privatleben betreffen. Das ist so. Das ist ein Faktum. – Das wollte ich Ihnen also nur einmal noch ausdrücklich sagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das nehmen wir auch zur Kenntnis.

Helmut Elsner: Betrifft nicht nur mich!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das nehmen wir auch zur Kenntnis (*Helmut Elsner: Aber der Herr Hofrat Schopper würde auch Auskunft geben!*) – wie im Übrigen auch einige Erinnerungsschübe, die uns verwundern, wo Sie sich über viele Details sehr genau erinnern können. Gibt es auch.

Helmut Elsner: Woran ich mich erinnere und worüber ich aussagen kann auf Grund Bankgeheimnis und so weiter, werde ich es auch gerne machen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gut. Dann will ich gar nicht so weit zurückgehen, vielleicht bis zu einer Ihrer letzten Amtshandlungen im Jahr 2003, März 2003. Da haben Sie dem Herrn Ex-Kollegen Gerharder 600 000 € an Kredit erlassen, den er bei der BAWAG aufgenommen hatte.

Wie kam es zu dieser Bankhandlung, die Sie noch als Generaldirektor gesetzt haben?

Helmut Elsner: Da muss ich Ihnen sagen, dass ich aus einer Einvernahme durch Beamte des Bundeskriminalamtes erst jüngsten Datums, nämlich am 18. Mai 2007 erfahren habe, dass gegen mich im Zusammenhang mit der Abschreibung des Kredites an Dr. Gerharder strafgerichtliche Vorerhebungen stattfinden oder laufen. Daher muss ich mich hier entschlagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Dann habe ich noch eine Frage zum Herrn Flöttl betreffend die Bilder, die wir auch einige Male diskutiert haben. Sie haben ja noch die KPMG, den Herrn Dr. Reiter beauftragt, ein Bewertungsgutachten zu erstellen, der nach diesem Auftrag nach Zürich gereist ist, um die Werthaltigkeit der insgesamt 24 Bilder zu erstellen.

Das KPMG-Gutachten liegt uns jetzt in der Höhe nicht vor oder ist mir nicht erinnerlich; Sie haben auf alle Fälle in der Bilanz ein Vermögen von 250 Millionen ausgewiesen.

Haben Sie sich auch danach einmal – das betrifft in erster Linie die Bilanz 2000 – von der Werthaltigkeit dieser Bilder überzeugt, sie persönlich einmal auch angesehen und sich erkundigt, ob die Werthaltigkeit auch gegeben ist?

Helmut Elsner: All diese Fragen hängen mit der Anklage gegen mich zusammen, und daher kann ich das nicht beantworten. Ich will es nicht beantworten.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Mit Herrn Dr. Reiter verbindet Sie auch eine persönliche Beziehung, eine freundschaftliche Beziehung, weil auch in Ihren persönlichen Angelegenheiten ...

Helmut Elsner: Ich habe keine freundschaftliche Beziehung mit Herrn Dr. Reiter! Keine freundschaftliche Beziehung.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Er war Stiftungsvorstand.

Helmut Elsner: Deswegen hat man doch keine „freundschaftliche Beziehung“. Das ist ja nicht automatisch eine freundschaftliche Beziehung. (*Abg. Bucher: Ein Vertrauensverhältnis?*) – Ein Vertrauensverhältnis sicherlich.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das kann man so beschreiben.

Helmut Elsner: Das kann man so beschreiben. Mit einer Persönlichkeit, die man ersucht, Stiftungsvorstand zu werden, hat man sicher ein Vertrauensverhältnis, sonst würde man es nicht machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist schon das letzte Mal im Ausschuss gesagt worden, dass es diesen Ausspruch von Ihnen gäbe, dass die BAWAG auch eine politischen Funktion hat. Sie haben beim letzten Mal im Ausschuss, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, die politische Funktion lag darin, gute Zinsen zu zahlen und Kredite für kleine Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. – Stimmt das?

Helmut Elsner: Nein, ich habe gesagt, die politische Funktion war es, für die Bevölkerung günstige Spareinlagen-Konditionen bereitzustellen, die letzten Endes am Markt auch andere zu beachten haben, wenn sie ein Geschäft machen wollten, und günstige Kredite bereitzustellen, sodass die Spanne speziell in der BAWAG eindeutig wesentlich niedriger war als in anderen Häusern. Das ist aber nachvollziehbar und öffentlich bekannt – und ist auch in der Nationalbank bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist aber in der Zwischenzeit auch öffentlich bekannt geworden, dass es vielleicht auch andere politische Funktionen in dieser Bank gegeben haben könnte. Es hat ja nach dem Jahr 2000, wenn ich mich richtig entsinne, Israel den Botschafter aus Wien abgezogen und dann ein paar Jahre später wieder entsandt ...

Helmut Elsner: Entschuldigung, ich verstehe nicht ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Israel hat den Botschafter aus Wien abgezogen nach der Regierungsbildung im Jahr 2000 und hat dann einige Jahre später den Botschafter wieder entsandt. Da hat es einige Besuche von Freunden und Bekannten von Ihnen in Israel gegeben, die Gespräche mit Sharon geführt haben, und es sind auch Gelder über die BAWAG an die Familie Sharon geflossen.

Ist Ihnen dazu irgend etwas bekannt?

Helmut Elsner: Ich muss ganz offen sagen, es ist mir nichts diesbezüglich bekannt – abgesehen davon, dass, wenn mir etwas bekannt wäre, das dem Bankgeheimnis unterliegt, aber es ist mir nichts bekannt. Das kann ich Ihnen sagen. Und dass Sie jetzt annehmen, dass die BAWAG politischen Einfluss auf israelisch-österreichische Beziehungen nehmen kann, das ist sehr weit hergeholt. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe jetzt nicht vom politischen Einfluss gesprochen, sondern einfach eine politische Funktion ...

Helmut Elsner: Die Bank hat andere politische Funktionen auch gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was mittlerweile zumindest in der öffentlichen Darstellung relativ klar ist, ist, dass es da Zahlungen an die Familie Sharon in einem zeitlichen Naheverhältnis zur Wiederentsendung des Botschafters gegeben hat und dass diese Zahlungen über die **BAWAG** gelaufen sind.

Es hat Peter Nakowitz, der damals als Ihre **rechte Hand** bezeichnet wurde, dazu auch öffentlich Stellung genommen, dass am 15. Jänner 2002 1,5 Millionen US-Dollar über die BAWAG über Umwege dann an den Sohn von Sharon überwiesen wurden.

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: Die BAWAG selbst hat mit Sicherheit nichts bezahlt. Das ist einmal ganz sicher. Ich glaube auch gar nicht, dass das der Vorwurf irgendwo sein kann. Und

ob Kunden etwas durchgeführt haben oder nicht, unterliegt dem Bankgeheimnis – und dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie Kontakte in dieser Frage mit der österreichischen Bundesregierung?

Helmut Elsner: Die hatte ich nicht, und die Bank sicherlich auch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie in dieser Frage Kontakt mit Taus oder Schlaff?

Helmut Elsner: In der Frage mit Israel und Botschafter mit Sicherheit auch nicht. Also keinerlei diesbezügliche Kontakte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie hatten zumindest geschäftliche Beziehungen sowohl mit Taus als auch mit Schlaff, die mit Israel zu tun hatten: Casino Jericho et cetera.

Helmut Elsner: Ja, aber deswegen hat man noch lange nicht **politische Kontakte** im Zusammenhang damit. Ich hatte sie nicht, und es ist auszuschließen. Der Schluss, dass, wenn man jemanden kennt auch gleich ... – Das stimmt nicht, das ist grotesk!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht nicht darum, dass man jemanden kennt, sondern da sind die Verbindungen schon ein bisschen dichter als nur eine Bekanntschaft, sondern die Verbindungen sind geschäftliche Beziehungen in der Region und dass Gelder über BAWAG-Konten in diese Richtung geflossen sind. Das ist ja nicht eine zufällige Bekanntschaft, wo man dann irgendetwas unterstellt.

Es gab ein Rechtshilfeansuchen der israelischen Regierung im Zusammenhang mit diesen Überweisungen. – Ist Ihnen das bekannt? (**Helmut Elsner: Nein!**) – Gar nicht bekannt, dass da ein Rechtsansuchen war?

Helmut Elsner: Nein. Bei mir ist kein Ansuchen derartiger Art gelandet. Ich weiß davon nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das Rechtshilfeansuchen landet ja auch nie bei Ihnen, sondern das landet bei den zuständigen Behörden der Republik Österreich, und die ermitteln dann oder ermitteln nicht.

Helmut Elsner: Ich kenne es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Darf ich Sie darüber informieren: Es gab ein Rechtshilfeansuchen der israelischen Regierung, das allerdings Jahre lang nicht wirklich bearbeitet wurde, obwohl damals bereits die israelische Justiz diese Zahlungsflüsse relativ konkret dargelegt hat.

Gab es Kontakte von Ihnen mit Schüssel oder Ferrero-Waldner?

Helmut Elsner: Ganz sicher nicht. Keinerlei Kontakte, nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In dieser Frage meinen Sie (**Helmut Elsner: In diesem Zusammenhang!**), nur in diesem Zusammenhang. Das schließen Sie jetzt wohl nur in diesem Zusammenhang aus, denn es gibt ja Fotos von Ihnen.

Helmut Elsner: Nein, keinerlei Kontakte in diesem Zusammenhang.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zur Frage „Jericho“?

Helmut Elsner: Politische Kontakte zur Frage „Jericho“ auch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Elsner, ich will keine Detailfragen stellen, weil ich akzeptiere, Sie können sich an viele Details nicht erinnern,

was ich verstehe, und wo Sie richtigerweise sagen, das bestätigen auch die Ärzte. Aber wir wollen hier ohnehin im Untersuchungsausschuss nicht und können nicht den BAWAG-Prozess vorwegnehmen. Aber natürlich ist für den Untersuchungsausschuss die Frage der **politischen Verantwortung** für gewisse Vorfälle eine zentrale Frage. Daher einige Fragen in diesem Zusammenhang.

Der frühere Bundeskanzler Dr. Vranitzky, der heute auch noch vor den Untersuchungsausschuss hier geladen ist, war ja vorher ein Banker. Und ich weiß aus seiner Zeit als Bundeskanzler, dass sich Vranitzky immer sehr für Bankangelegenheiten interessiert hat – bis hin zur Tatsache, dass er eine treibende Kraft seinerzeit beim Verkauf der CA und der Länderbank war.

Ich nehme an, nachdem die BAWAG ja eine „rote Bank“ – so im Volksmund – immer war ... (*Zwischenbemerkung der Auskunftsperson.*) – Ich rede von der BAWAG vor dem Kauf der P.S.K.

Wie war eigentlich Ihr Verhältnis zu Bundeskanzler Vranitzky? Haben Sie ihn regelmäßig informiert, haben Sie sich regelmäßig mit ihm getroffen, wie war das eigentlich?

Helmut Elsner: Das Bankgeheimnis gilt gegenüber dem Bundeskanzler auch. Ich habe ihn überhaupt kaum getroffen; ich habe keinen persönlichen Kontakt zu ihm gehabt. Ich kann mich erinnern, dass im Bundeskanzleramt, wie schon erwähnt, mit Arafat diese Geschichte war, ansonsten war ich ... – Jedenfalls keine besonderen Kontakte. (*Abg. Dr. Stummvoll: Keine besonderen Kontakte!*) – Kein Verhältnis, keine Informationen – über die BAWAG schon gar nicht, die BAWAG ist keine politische Bank. Die BAWAG hat dem überparteilichen Gewerkschaftsbund mehrheitlich gehört, und zu der Zeit, was immer vergessen wird, war nahezu zur Hälfte Eigentümer die **Bayerische Landesbank** – und das ist zweifelsohne **keine** rote Bank.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Elsner, wir wissen, wie die Gremien der BAWAG zusammengesetzt waren, wir wissen, wer damals Aufsichtsratspräsident war und, und, und. Es hat ja nicht zufällig im Volksmund so geheißen: die rote BAWAG. Das war doch kein Zufall.

Meine Frage in dem Zusammenhang – Sie sind im Vorjahr aus der SPÖ ausgetreten –: Was war dafür eigentlich ausschlaggebend?

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, ich bin aus der SPÖ ausgetreten, weil eine unglaubliche Hetzkampagne gegen mich war und weil ich mit dieser Gesinnungsgemeinschaft nichts mehr zu tun haben wollte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Heute entnehme ich einer APA-Aussendung, dass unser Ausschussvorsitzender bei einem Gespräch gestern mit der Frau Justizministerin von dieser gebeten wurde, man möge Sie, Herr Elsner, heute im Untersuchungsausschuss schonen. – Wie verstehen Sie das?

Helmut Elsner: Überhaupt nicht, aber wahrscheinlich hängt das mit meiner Krankheit zusammen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, das ist so nicht gesagt worden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aber in der APA-Aussendung steht es so. Vielleicht können Sie es erklären, Herr Vorsitzender.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es steht in einer APA-Aussendung, aber wenn Sie mich fragen, die Frau Justizministerin hat mich nur gebeten – und das ist überhaupt kein Problem, dem bin ich gerne nachgekommen –, dass man die Journalisten in Wirklichkeit etwas zurückdrängt, um die Anhörungsperson in diesem Fall zu schonen,

weil die Auskunftsperson Elsner kaum in der Lage war, in den Saal zu kommen. – Ich habe daraufhin gesagt, ich habe sozusagen nur Sitzungsgewalt, was die **Leitung** der **Sitzung** betrifft – und nicht, was draußen am Gang oder auf der Straße passiert; da kann ich nichts machen. Aber es ist so gefallen – und nichts anderes habe ich auch gesagt und weitergegeben. Keine Schonung im Ausschuss oder Privileg hier bei der Anhörung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nur die APA-Aussendung gelesen und wollte das nur aufgeklärt haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe keine APA-Aussendung gemacht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Elsner, noch eine Frage. Sie sagen also, mit Bundeskanzler Vranitzky hat es Ihrerseits kaum Kontakte gegeben. Es war die meiste Zeit, die überwiegende Zeit, wo Sie Generaldirektor waren, die Bankenaufsicht noch im Finanzministerium angesiedelt, weil es erst seit 1. April 2002 die FMA gibt. – Hat es da Gespräche mit den jeweiligen Finanzministern gegeben, so von 1995 bis 2000?

Helmut Elsner: In welchem Zusammenhang?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Mit der Bankenaufsicht. (*Helmut Elsner: Nein!*) – Wer waren Ihre Kontaktleute im Finanzministerium, wenn es um die BAWAG gegangen ist?

Helmut Elsner: Um die BAWAG ist es da aktiv von mir aus überhaupt nie gegangen, und wenn ein Finanzminister – ich kann mich aber nicht erinnern – etwas wollte, dann wird er mich wahrscheinlich gebeten haben. Ich kann mich aber an so etwas nicht erinnern. Ich kann mich nur erinnern an ein gemeinsames Gespräch im Finanzministerium, und zwar sowohl bei Finanzminister Edlinger als auch später bei Minister Grasser, als es um das Bankgeheimnis gegangen ist und ich als Präsident des Bankenverbandes die Bankengruppe vertreten habe. Das hat aber mit der BAWAG im Speziellen überhaupt nichts zu tun. – Aus BAWAG-Gründen war ich bei keinem Finanzminister.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie wurden 1995, glaube ich, BAWAG-Generaldirektor.

Helmut Elsner: Ich glaube, ab Mai 1995.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Es gab von 1995 bis 2000, wo die Bankenaufsicht im Finanzministerium war, keine BAWAG-Prüfung.

Helmut Elsner: Auf das hat die Bank mit Sicherheit keinen Einfluss genommen; ich nicht. Ich habe keine solchen Gespräche geführt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das war Zufall?

Helmut Elsner: Was das immer war, müssen Sie dort erfragen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): War Zufall, nehmen wir zur Kenntnis.

Helmut Elsner: Zufall? – Ich sage nicht, was das war. Ich weiß es auch gar nicht. Ich weiß nicht einmal, ob es eine Prüfung gegeben hat oder nicht.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Elsner, bekannterweise wurde von einem SPÖ-Abgeordneten der Zusammenhang hergestellt über die **politische Funktion** der BAWAG. Was bedeutet das: die politische Funktion? Sie haben das erklärt mit günstigeren Zinsen für die Arbeitnehmer, was immer auch. – Was versteht man unter **politischer Funktion** in diesem Zusammenhang?

Helmut Elsner: Unter politischer Funktion habe ich verstanden, dass der ÖGB, der ja die arbeitende Bevölkerung in diesem Lande vertritt und Haupteigentümer der Bank war, sich natürlich gewünscht und vorgestellt hat, dass die Konditionen für die arbeitende Bevölkerung gestaltet werden. Das heißt, dass man am obersten Ende der Spareinlagenverzinsung da ist und am untersten Ende von Mengenkrediten, Wohnbaukrediten, Kleinkrediten und so weiter, also Konsumfinanzierungskrediten. Das ist die politische Funktion, also eine **politisch-wirtschaftliche Funktion**. Keine andere.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sie sagen gleichzeitig: der überparteiliche ÖGB. Hat das nur für ÖGB-Mitglieder gegolten, oder müssen wir in parteipolitische Funktion trennen?

Helmut Elsner: Nein, überhaupt nicht. Auch die christliche Gewerkschaft war daran interessiert, dass sich die BAWAG so verhält.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Also es hat keine Sonderkonditionen für ÖGB-Mitglieder gegeben?

Helmut Elsner: Nein. Für ÖGB-Mitglieder? – Damals gab es 1,5 oder 2 Millionen ÖGB-Mitglieder; die waren doch nicht alle BAWAG-Kunden. Für die arbeitende Bevölkerung in diesem Land geschah es. Das hat halt mit der ÖGB-Politik zu tun. Und die Bank hat diesbezüglich versucht, da dem Hauptaktionär entgegenzukommen.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Zwei Fragen noch. Ex-Innenminister Schlägl hat hier bei der Befragung im Ausschuss gesagt, hat im Zusammenhang mit Ihnen von **Schwachsinn** gesprochen, nämlich zu den drei Briefen, und wortwörtlich – es ist auch nachlesbar – gesagt, dass Sie die **Einstellung des Verfahrens** verlangt haben. – Stimmt das?

Helmut Elsner: Sie haben die Briefe jetzt gesehen. Sie müssen die Beilagen anschauen! – Mir ist es nicht um eine Einstellung gegangen, sondern mir ist es um die Aufnahme von Strafverfolgung oder Ermittlungen gegen diesen angeblicherweise **fälschlich ermittelnden Beamten** gegangen. Und wenn er uns geantwortet hätte – das ist aber offenbar nie der Fall gewesen –, da ist nichts Strafrechtliches dran, da gibt es nichts, wäre die Sache erledigt gewesen.

Der erste Brief sagt schon genau aus, worum ersucht wurde, und der zweite oder dritte Brief waren mehr oder weniger Urgenzen, zumal auch der Masseverwalter dann und die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben hat. Auf das haben wir hingewiesen – und auf nichts anderes. Ich würde also bitten – ich habe sie jetzt noch nicht gesehen –, sich die Beilagen anzusehen. Daraus wird alles ersichtlich sein.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sie haben auf alle drei Briefe keine Antwort vom Herrn Innenminister Schlägl bekommen?

Helmut Elsner: Also meiner Meinung nach nicht. Telefoniert haben wir sicher nicht, und schriftlich scheint auch nichts gekommen zu sein. Vielleicht nach dem dritten Brief, das weiß ich nicht, aber bis zum dritten Brief sicher nicht, sonst wäre dieser ja nicht mehr verfasst worden.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Dann ist das in diesem Gespräch – wobei darüber diskutiert wird, wer wen hinausgeschmissen hat – abgehandelt worden?

Helmut Elsner: Da hat niemand wen hinausgeschmissen. Also mich niemand, weil ich gar nicht dort war. Das habe ich schon gesagt.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Gut, dann hat Herr Ex-Innenminister Schlägl die Unwahrheit gesagt.

Helmut Elsner: Da müssen Sie ihn noch einmal fragen. Vielleicht hat er mich mit jemandem verwechselt. Das habe ich schon vorher gesagt.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Eine Frage noch. Sie sind in Wiener Neustadt in die Handelsakademie gegangen? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Laut Medienberichten schon. – Sie waren in Wiener Neustadt beruflich für die BAWAG tätig? (*Helmut Elsner: Ist auch falsch!*) – Sie haben keinen Bezug zu Wiener Neustadt?

Helmut Elsner: Ich bin in Wiener Neustadt geboren. Seit dem dritten Lebensjahr lebe ich in Graz und später in Wien.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sie kennen den Ex-Vorstand Schwarzecker, ein Wiener Neustädter?

Helmut Elsner: Dass der Wiener Neustädter ist, ist mir nicht erinnerlich, aber den Schwarzecker kenne ich natürlich.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Aufsichtsratspräsident Weninger aus Wiener Neustadt kennen Sie auch? (*Helmut Elsner: Ja, natürlich!*) – Und Peter Wittmann aus Wiener Neustadt auch? (*Helmut Elsner: Bitte?*) – Peter Wittmann aus Wiener Neustadt auch?

Helmut Elsner: Habe ich schon gesagt. Aber was hat das mit Wiener Neustadt zu tun?

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Es verwundert mich nur dieses „Kleeblatt“ aus Wiener Neustadt – und in diesem Zusammenhang all die Aussagen von Kollegem Wittmann dazu.

Noch einmal ergänzend die Frage: Sie haben den Kollegen Wittmann nicht getroffen, waren nicht mit ihm essen, es hat keine Zusammenkünfte gegeben?

Helmut Elsner: Also in meiner Erinnerung war ich mit ihm sicherlich – das habe ich schon gesagt – in Wien nicht essen. Ich erinnere mich daran, dass er bei einem Essen in Israel auf einer Reise nach Jericho dabei war. Also das war in Jerusalem. Aber ansonst war nichts. Dass er eingeladen war bei Eröffnungen der BAWAG-Foundation, dass er dort vielleicht bei Buffets war, dass er vielleicht bei anderen Veranstaltungen der BAWAG, bei Konzertveranstaltungen und solchen Dingen eingeladen war, schließe ich nicht aus. Dort hat es dann auch ein Essen nachher gegeben, und da wird er schon gewesen sein. Das weiß ich nicht. Aber so, wie Sie hier den Eindruck haben, dass wir Termine ausgemacht haben, wir gehen zusammen essen, das hat **nicht stattgefunden**.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): So wurde es auch von Wittmann dargestellt, dass er sich mehrmals mit Ihnen getroffen hat zum Mittagessen und gewisse Sponsoring für Projekte ... (*Abg. Krainer: Nein, das stimmt doch nicht! Keine falschen Vorhaltungen!*) – Lassen Sie mich ausreden, Herr Kollege! Sie haben Fragen über die politische Funktion gestellt; ich stelle nur Fragen zum Sachverhalt!

Wittmann hat das dargestellt und auch gegenüber der Presse behauptet, er war mehrmals mit Ihnen Mittagessen und es ist um Sponsoring für verschiedene Projekte gegangen. Da müssen wir aber den Kollegen Wittmann befragen. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ÖVP jetzt zu Ende? Nach dem Exkurs über die „überparteiliche“ „NÖN“ und über die „überparteiliche BAWAG“ kommen wir ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich habe nur eine kurze Frage. Im Zusammenhang mit der **Causa Atomic** liegt uns in den Unterlagen ein Schreiben der Euro Rail Invest Newmont House Dublin vor. Ich hätte Ihnen das gerne vorgelegt und

die Frage gestellt, ob Sie die Unterschriften erkennen und ob Ihnen die Personen bekannt sind.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Helmut Elsner: Diesen Brief kenne ich nicht. Die linke Unterschrift, glaube ich, ist die von einem Exkollegen von mir, Dkfm. Zwettler. Da müssen Sie ihn fragen, ob er es ist. Ich weiß es nicht, aber es könnte sein. – Die rechte Unterschrift kenne ich nicht. Wenn er allerdings sagt, er ist es nicht, dann ist er es nicht. Aber mir kommt es so vor, es ist die von Zwettler. Aber sicher bin ich nicht. – Die rechte kenne ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon ÖVP: Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nachdem immer deutlicher wird, dass das „Epizentrum“ des BAWAG-Erdbebens offensichtlich in einem noch zu findenden Beisel in Wiener Neustadt anzutreffen ist, kommen wir nun zu den Bilanzen. (*Zwischenrufe.*)

Herr Elsner! Im Jahre 2000 wurde das Casino Jericho geschlossen, eben auf Grund der Umstände, die Sie ja schon erwähnt haben. Im Jahre 2001 hat es seltsamerweise eine Aufwertung der Position in der BAWAG-Bilanz, nämlich dieser Beteiligung von 5 Millionen auf 120 Millionen, gegeben. – Ist Ihnen das bekannt?

Helmut Elsner: Das alles ist Gegenstand des Strafverfahrens, und dazu kann ich nicht Stellung beziehen; da will ich nicht Stellung nehmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Bankgeheimnis kann hier ja nicht ins Treffen geführt werden ...

Helmut Elsner: Nein, aber das Strafverfahren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, ich weiß schon. Sie wollen mit der Berufung, dass das von strafrechtlicher Verfolgung bereits bedroht ist, keine Aussage machen. Gut, das akzeptiere ich. Es hätte ja sein können, dass Sie etwas anderes sagen.

Allerdings die CAP als solche finden wir bis jetzt in der Anklageschrift nicht, aber vielleicht können wir uns da ja außerhalb verständigen, auch mit dem Herrn Anwalt. Ich will da jetzt nicht weiter darauf herumreiten, wenn das so ist Ihrer Aussage nach. Jedenfalls könnte es ja von strafrechtlicher Verfolgung bedroht sein, auch wenn es **nicht** in der Anklageschrift ist. Deshalb ist das zu akzeptieren.

Eine andere Frage: Letzthin hat sich, vor einer Woche exakt, Kollege Krainer gefragt, was es mit einem Kuvert auf sich hätte, das **Dr. Taus** an Sie in Südfrankreich übergeben hätte. Sie haben gesagt, Sie haben gar nichts bekommen, also gar nichts, wortwörtlich, von Dr. Taus im Sinne einer solchen Übergabe.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass uns allen Bilder in verschiedenen Zeitungen erinnerlich sind, wo Dr. Taus mit einem durchaus als Kuvert identifizierbaren Papierstück abgelichtet wird. Das muss jetzt so nicht zutreffen, darauf will ich mich gar nicht beziehen, ich will Ihnen auch kein Foto vorhalten. Aber was ich Ihnen schon vorhalten will, ist, dass Dr. Taus in vielen Medien letztlich zitiert wurde, es habe sich bei dieser Übergabe, die er dann nicht bestreitet, um eine **Landkarte** gehandelt. Ich frage Sie also ... (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) – Na, Moment, die Frage kommt ja erst!

Dr. Taus hat sich in den Medien geäußert, er habe Ihnen eine Landkarte übergeben. Ist das, Herr Elsner, zutreffend, dass Ihnen Dr. Taus eine **Landkarte** übergeben hat? (*Abg. Amon: Zeigen Sie uns das Medium, wo das steht, die Ausgabe, genau! – Abg. Krainer – in Richtung ÖVP –: Was seid ihr so nervös?*) Ja, da haben Sie völlig recht.

Da haben Sie völlig recht. (*Weitere Zwischenrufe.*) – Kann ich vielleicht weitersprechen?

Wir haben hier ausnahmsweise nicht das Neunkirchner Bezirksjournal, sondern wir haben die Ausgabe des „profil“ vom 25.9.2006, Seite 48, und da wird das wiedergegeben. (Abg. **Amon**: *Zitieren Sie es bitte, seien Sie so lieb, Kollege Kogler!*) Moment, wir werden das gleich auf dem Schirm haben. Wir können es gerade nicht ausdrucken, das ist nicht immer so einfach hier.

So, ich zitiere aus dem „profil“ vom 25.9.2006:

„Jüngst veröffentlichte Fotos zeigen ihn“, nämlich Taus, Dr. Taus, „mit einem Umschlag in der Hand. Dabei habe es sich, so Taus, lediglich um eine ‚Landkarte‘ gehandelt.“ (Abg. **Amon**: *Von Übergabe keine Rede!*) – Moment: Der ganze Artikel geht darum, dass Dr. Taus in dieser Sache mit diesem Kuvert eben abgelichtet wurde, und das war ein Thema.

Die Frage ist ja einfach: Hat Ihnen Herr Dr. Taus eine Landkarte übergeben: ja oder nein?

Helmut Elsner: Also darf ich Ihnen noch konkreter antworten? (Abg. Mag. **Kogler**: Ja sicherlich!) – Erstens: Herr Dr. Taus hat mir nichts übergeben, und zwar überhaupt nichts. Und zweitens: Er ist bei mir auch nicht fotografiert worden. Wenn er also irgendwo fotografiert wird mit einem Kuvert in der Hand, dann frage ich mich, was das soll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie völlig recht. Deshalb habe ich Ihnen das ausdrücklich nicht vorgehalten.

Helmut Elsner: In diesem Zusammenhang: Ich frage mich, wie „profil“ wissen will, was Dr. Taus bei mir in der Hand gehabt hat. Ich erinnere mich überhaupt nicht, dass er irgendetwas in der Hand gehabt hat. Er war auf dem Rückweg eines Besuches eines österreichischen Ex-Diplomaten, bei dem sich seine Frau aufgehalten hat, zum Flughafen Nizza, und da liegen wir am Weg ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben Sie ausgeführt das letzte Mal; das haben wir schon alles im Protokoll.

Helmut Elsner: Ich habe nichts bekommen, Dr. Taus hat mir nichts übergeben, er hätte mir auch nichts übergeben sollen oder können, ich hätte auch nichts gebraucht. Es war ein freundschaftlicher Besuch, um zu schauen, wie es mir geht. Und das war es.

Noch einmal: Dr. Taus ist bei mir auch nicht abgelichtet worden. Wo immer man ihn mit einem Kuvert in der Hand fotografiert, ist mir völlig wurscht – und geht mich auch nichts an.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau deshalb haben wir Ihnen das **nicht** vorgehalten. Es waren nur die Umstände, die die Medien dazu veranlasst haben, Dr. Taus auch dazu zu befragen. Und dann hat Dr. Taus eben davon gesprochen, dass es sich um eine **Landkarte** gehandelt habe.

Sie haben zu Protokoll gegeben, es ist Ihnen überhaupt nichts übergeben worden – und deshalb auch keine Landkarte. Jetzt haben wir das alles bei Protokoll. Und so soll es ja auch gelöst werden, wenn solche Fragen anstehen.

Bei diesem Managementgespräch 2003 – noch einmal, Sie erinnern sich ja, dass Herr Professor Grünbichler dabei war –: Hat dort die Vertretung der FMA, nicht nur Professor Grünbichler, es könnten ja auch andere gewesen sein, oder auch die Vertreter der Notenbank darauf hingewiesen, nachgefragt oder auch danach gedrängt,

zu erfahren, wie der Zustand der **internen Revision** in der BAWAG war? Können Sie sich daran erinnern?

Helmut Elsner: Ich kann mich an das gesamte Gespräch nicht erinnern. Ich weiß, dass es stattgefunden hat. Ich weiß aber nicht mehr im Einzelnen, welche Personen dabei waren; da wird es ein Protokoll geben, das müssen wir jetzt im Detail ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, das wissen wir ja, aber ...

Helmut Elsner: Ich kann mich auch nicht erinnern, dass zum Beispiel Frau Mag. Tumpel dort war. Ich erinnere mich **nicht**.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie auf Grund meines Vorhalts, dass dort die interne Revision eine Rolle gespielt haben könnte, eine Erinnerung entwickeln.

Helmut Elsner: Nein, kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Auch nicht zur Frage, ob Klumpenrisiken bei den diversen Engagements in der Karibik vorgelegen hätten? (**Helmut Elsner: Nein!**) – Können Sie sich auch nicht erinnern. Gut.

Eine vorläufig letzte Frage, die in diesem Ausschuss, wohlgemerkt, dem Banken-Untersuchungsausschuss, auch schon eine Rolle gespielt hat: Im Jahre 2003 war die P.S.K. 100 Prozent-Tochter der BAWAG. Im Jahre 2003 ist ein sehr großes Kreditengagement der P.S.K. gegenüber der Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH zunächst angebahnt und dann abgewickelt worden.

Es hat der damalige Vorstand der P.S.K., Stephan Koren, zu Protokoll gegeben, dass er, Koren, davon ausgegangen sei, dass es sich bei diesem Kredit um ein Engagement der Republik, also um eine Kreditvergabe an die Republik Österreich gehandelt hätte – und nicht an die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH.

Haben Sie damals, haben Sie jemals mit Koren darüber gesprochen, dass diese Geschäftsanbahnung anstünde?

Helmut Elsner: Wann war das, bitte, im Jahr 2003? Wann?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Anbahnung erfolgte im Frühjahr; ab Februar, März hat es diese Bemühungen gegeben.

Helmut Elsner: Ich kann Ihnen gleich antworten: Ich kenne das nicht, von mir hat es auch keine Bemühungen gegeben. Ich bin am 24. März 2003 in Pension gegangen, und ich vermute, dass alles danach passiert ist. Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben auch nie mit jemandem darüber gesprochen und haben auch keine Wahrnehmungen dazu?

Helmut Elsner: Nein, nein, nein. – Ich darf nur kurz korrigieren: Ich bin am **24. April 2003** in Pension gegangen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Elsner, da Sie Ihre Rolle immer als unbedeutend in der Angelegenheit **Atomic** darstellen, zumindest in der Zeit, in der Sie nicht Vorstandsdirektor waren: Es gibt ein Schreiben vom 12.9.1994 – Helmut Elsner, Vorstandsmitglied, an Preslmayr & Partner – betreffend das Kredit-Engagement mit der Salzburger Sparkasse, welches als Beilage zum Konkursantrag als Bescheinigungsmittel für die Gläubigermehrheit diente. – Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück überreicht.)

Helmut Elsner: Ich brauche gar nicht hinzuschauen – erinnern kann ich mich nicht, aber ich werde es jetzt einmal lesen.

(*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Ja, das ist meine Unterschrift, und es ist ein Brief von mir. Erinnern kann ich mich an den Brief nicht, aber er ist echt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich lese diesen kurzen Brief vor:

„Sehr geehrte Herren Doktores!

Wie besprochen bestätige ich Ihnen ausdrücklich Nachstehendes:

Herr KR Alois Rohrmoser hat in den Verhandlungen in unserem Haus in den letzten Wochen und Monaten im Beisein seines Anwaltes Dr. Bertram Maschke und unseres Anwaltes Dr. Stephan Frotz sowie in Anwesenheit weiterer Mitarbeiter unseres Hauses erklärt, der Salzburger Sparkasse einen Betrag von S 30 Mio. aufrecht zu schulden, die Salzburger Sparkasse habe den Betrag bereits fällig gestellt.

Eine heute von mir durchgeführte telefonische Anfrage auf Vorstandsebene bei der Salzburger Sparkasse hat ergeben, daß das Obligo des Herrn KR Alois Rohrmoser unverändert aushaftet.

Ich empfehle mich

mit freundlichen Grüßen

Elsner“

Warum hat nicht Flöttl, der federführend war, dieses Gespräch geführt?

Helmut Elsner: Also im Vorstand war ich für Salzburg zuständig, zumindest zum damaligen Zeitpunkt; vor mir war es Kollege Beck. Zur Geschichte Rohrmoser muss ich überhaupt sagen, dass die Geschäftsverbindung schon lange, lange Jahre, bevor ich überhaupt nach Wien gekommen bin, bestanden hat. Ich weiß nicht mehr, wann die Vorstandszuständigkeit im Vorstand von Flöttl geändert wurde, aber ich war dann auf einmal für Salzburg zuständig und habe sozusagen den Fall Rohrmoser geerbt. Als Vorstandsmitglied habe ich mich natürlich sachlich darum zu kümmern gehabt, aber Beschlüsse insgesamt, die zu Rechtshandlungen führten, wären **ohne** Rücksprache mit Flöttl sicher **nicht** möglich gewesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, zur Bescheinigung der Gläubigermehrheit dienten insgesamt drei Unterlagen: diese eine Unterlage hier von Ihnen sowie die beiden Schreiben der Dubliner Limited-Firmen vom 12. September, alle unterschrieben offensichtlich von Zwettler. Das heißt, Elsner bestätigt, zwei Mal bestätigt Zwettler – und schon ist eine Gläubigermehrheit da. Für das Protokoll sage ich dazu: Es wurde vom Konkursrichter letzte Woche ausgeführt, dass das gar nicht stimmt, dass 30 Millionen aushaftend waren zu diesem Zeitpunkt, sondern lediglich **15 Millionen**; hat der Konkursrichter zu Protokoll gegeben.

Jetzt interessiert mich eines – weil ja alle immer so darauf erpicht sind, das Bankgeheimnis einzuhalten –: Sie rufen bei einer anderen Bank einfach an und fragen, ob Rohrmoser dort Schulden hat? Und die geben Ihnen Auskunft? Und Sie bestätigen das dann für die Gläubigermehrheit? – Und dann stellt sich heraus, dass es nicht 30 Millionen, sondern 15 Millionen waren, der Sachverhalt also gar nicht stimmt.

Helmut Elsner: Erstens kann ich Ihnen dazu nichts sagen. (**Obmann Dr. Graf:** Sie bestätigen das!) Wenn sich der andere Kollege auf das Bankgeheimnis beruft, dann ist das seine Sache – wenn er sich nicht darauf beruft, dann ist das auch seine Sache. Ich

kann nur sagen: Wenn da drinstehst, dass das so ist, dann habe ich die Auskunft so bekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind ein langjähriger Banker, Generaldirektor kleineren Lichtes, wie wir die letzten Tage ja mitbekommen ... (**Helmut Elsner:** Bitte, was bin ich?) Kleineren Lichtes, also unbedeutender Rolle, sage ich jetzt einmal. Mir kommt das so vor, als ob Sie sich in einer unbedeutenden Rolle darstellen. (**Helmut Elsner:** Entschuldigen Sie vielmals, aber diese Formulierung lasse ich mir nicht bieten, Herr Abgeordneter!) Sie müssen mir zugestehen, dass ich meine Wertungen so vornehme, wie ich das will – und nicht so, wie Sie das wollen.

Ich frage noch einmal nach, Ihre Expertise: Würden Sie diese Auskunft des Kollegen der Salzburger Sparkasse, die er Ihnen gegenüber gegeben hat, als **Bruch des Bankgeheimnisses** sehen?

Helmut Elsner: Ich kann mich nicht mehr erinnern, möglicherweise gab es ein Konsortium mit der Salzburger Sparkasse, dann wäre es kein Bruch. Aber ich weiß das nicht mehr, ich habe keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, wenn es ein Konsortium gegeben hätte, dann wäre es kein Bruch; wenn es keines gegeben hätte, dann wäre das ein Bruch des Bankgeheimnisses?

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht. Ich will das nicht werten. Da müssen Sie Anwälte fragen; ich bin kein Jurist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie berufen sich hier ständig auf das Bankgeheimnis. – Wenn Sie nicht wissen, was das Bankgeheimnis ist, können Sie sich auch nicht auf das Bankgeheimnis berufen!

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie vielmals, aber wenn ich befragt werden würde über die Konto-Situation eines Kunden, auch noch von einer anderen Bank, würde ich keine Auskunft geben. Ganz sicher nicht! Wenn der Kollege von der Salzburger Sparkasse das gemacht hat, dann ... – Aber ich kann mich nicht an die Umstände erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hätte er Ihnen die Auskunft **nicht** gegeben, hätten Sie die Gläubigermehrheit nicht bescheinigen können.

Helmut Elsner: Ja, kann schon sein. Das weiß ich alles nicht, das müssen Sie die Anwälte fragen. Ich kann zu der ganzen Geschichte nichts sagen. Das ist so lange her – keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Anwälte empfehlen Sie mir, dazu zu befragen?

Helmut Elsner: Zum Beispiel die damaligen Anwälte von Herrn Rohrmoser, seinen langjährigen Anwalt Dr. Liebscher – den Bruder von Gouverneur Liebscher –, den er dann plötzlich verabschiedet hat. Vielleicht befragen Sie ihn einmal zu der ganzen Causa, da wird Ihnen dann einiges erhellt werden, was Sie so brennend interessiert; auch Vorgangsweisen, die da gewählt worden sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist geplant, dass wir Herrn Dr. Liebscher vielleicht noch befragen, aber jetzt befragen wir einmal **Sie** zu dieser Causa. – Somit ist dieser Punkt hinsichtlich dieses Schreibens für mich abgehakt, und ich muss sagen, es ist meiner Auffassung nach schon erhellend, dass man so leichtfertig mit dem Bankgeheimnis umgeht – von anderen Banken, sage ich dazu.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, Herr Dr. Gehmacher hat Ihnen beziehungsweise Ihrem Anwalt am 15.9.1994 die Firma **Atomic for Sport**, die Sie vorher unbedingt unter Ihre Kontrolle bringen wollten, um **1 Schilling** angeboten. –

Warum haben Sie dieses Angebot auf einmal nicht mehr angenommen? (*Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, noch einmal! Was hat mir wer angeboten?*) Herr Dr. Maschke, Anwalt von Rohrmoser, wenn Sie sich erinnern.

Helmut Elsner: Ich erinnere mich an Dr. Liebscher; an Dr. Maschke kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß nur, dass Herr Rohrmoser den Anwalt plötzlich gewechselt hat, **ganz plötzlich**. Ich habe mit Dr. Liebscher verhandelt.

Was hat Herr Maschke uns angeboten?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Maschke hat Ihrem Anwalt Dr. Gehmacher das Angebot gestellt, die BAWAG kann Atomic for Sport um 1 Schilling haben: Der Konkurs bringt nichts, der Konkurs vernichtet nur Vermögen – das hat übrigens auch Frau Dr. Kraft hier im Ausschuss ausgesagt, wieso man den Konkurs unbedingt angestrebt hat –, übernehmen Sie doch das Unternehmen, bei dem Sie praktisch der Alleinfinanzier sind, um **1 Schilling!** – Warum haben Sie dieses Angebot nicht angenommen?

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht. Ich erinnere mich weder an den Brief noch an das Anbot. Ich kann Ihnen das nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen den Brief vorlege, würden Sie sich dann erinnern? (*Helmut Elsner: Das weiß ich nicht! Sie müssen ihn mir zeigen, dann werden wir schauen!*) – Ja, bitte, Sie können ihn gerne lesen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Helmut Elsner: Ich kenne dieses Schreiben nicht. Ich glaube auch nicht, dass ich es damals gesehen habe, es ist mit unbekannt. Und alle Zusammenhänge und Gründe kann ich Ihnen auch nicht erklären, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Müssen wir davon ausgehen, dass Ihnen Ihr eigener Anwalt ein derart weitreichendes Angebot **nicht** auf den Tisch gelegt hat? – Da werden wir Dr. Gehmacher noch einmal fragen müssen.

Helmut Elsner: Das ganze ist 13 Jahre her. Was soll ich Ihnen dazu sagen? – Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber es ist ja nicht denkbar, das ist ja nicht irgendein „Tschecherl“ gewesen, das war ja das größte ... (*Helmut Elsner: Was Sie sich denken, Herr Stadler, darf ich Ihnen überlassen!*) – Herr Elsner, darf ich meine Fragen zu Ende formulieren? (*Helmut Elsner: Bitte!*) – Das ist ja nicht irgendein „Tschecherl“ gewesen, sondern das war ja eines der größten Schiunternehmen der Welt, eines der größten Unternehmen dieses Landes, einer der größten Kunden, den Sie in diesem Land hatten, und Herr Dr. Gehmacher bekommt das Angebot des Anwaltes von Herrn Kommerzialrat Rohrmoser, Sie mögen dieses Unternehmen nicht in Konkurs schicken, sondern stattdessen um einen **symbolischen Kaufpreis** von **1 Schilling** übernehmen. Und Sie sagen – das kann durchaus sein, dass Sie sich nicht daran erinnern –, dieses Angebot ist Ihnen gar nicht vorgelegt worden, Sie haben es nie gesehen?

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht, ich kann es Ihnen nicht sagen. Es ist 13 Jahre her, ich kann mich nicht erinnern, aber Sie können Dr. Gehmacher fragen – der hat diese Unterlage bekommen –, was er damit gemacht hat. Ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen auch nicht sagen, ich kann Ihnen die Begründung nicht sagen, ich kann Ihnen nicht sagen, warum, wieso und weshalb. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Man braucht nicht in die Tiefen der Neurologie einzusteigen, um zu sagen, dass man sich erinnert, wenn man ein

Schriftstück vorgelegt bekommt. Ich habe Ihnen dieses Schriftstück vorgelegt, und jetzt frage ich Sie: Erinnern Sie sich daran, dieses Schriftstück jemals gesehen zu haben?

Helmut Elsner: Nein, ich erinnere mich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist nach Ihren Erfahrungen davon auszugehen, dass Herr Dr. Gehmacher Ihnen so ein Schriftstück vorgelegt hätte?

Helmut Elsner: Vielleicht hat er es dem Generaldirektor vorgelegt; ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht. Aber fragen Sie Dr. Gehmacher, es ist ja an ihn übermittelt worden!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das werden wir müssen! Da Sie (*Helmut Elsner: Ich weiß es nicht!*) derart gravierende Erinnerungslücken haben, werden wir das müssen, denn es ist ja nicht unerheblich, ob ein Anwalt so ein nicht vernachlässigbares Angebot seinem Klienten vorlegt oder nicht.

Helmut Elsner: Noch einmal: Fragen Sie Dr. Gehmacher! Ich erinnere mich nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Das werden wir eventuell noch tun!*) – Dann werden Sie ja sehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bringe Ihnen gegenüber meinen anderen Vorhalt vor und zitiere wieder aus dem „profil“ vom 25. September 2006, aus einem – das sage ich gleich dazu, das habe ich mittlerweile herausbekommen – **autorisierten** Interview des Herrn Wolfgang Flöttl jr., Sohn Ihres früheren Chefs, der Folgendes auszugsweise im „profil“ gesagt hat:

„Flöttl: Bis Ende 2000 hat die Bawag mein Unternehmen, die Ross Capital, dominiert. Danach ging es vor allem darum, dass ich meine Kunstsammlung verkaufe, um die Verluste der Bawag auszugleichen. Die Gemälde wurden in Zürich gelagert. Sobald ein Bild verkauft worden war, habe ich die Bawag verständigt.

profil: Sie haben nach eigenen Angaben 240 Millionen Dollar aus den Gemäldeverkäufen an die Bawag überwiesen. Die Bank will aber nur 193 Millionen erhalten haben. Wurde der Rest unterschlagen?

Flöttl: Es ist unverständlich. Die Kunstwerke wurden um ungefähr 200 Millionen Euro angeschafft und um etwa 240 Millionen verkauft. Ich habe der Staatsanwaltschaft einen sehr dicken Ordner übergeben, in dem penibel jeder Erlös aus den Verkäufen dokumentiert ist. 90 Prozent der Verkäufe wurden über Sotheby's abgewickelt. Die Erlöse haben wir der Bawag selbst oder auf Anweisung der Bawag anderen Institutionen, Firmen oder Personen überwiesen. Für diese Anweisungen liegen Faxe des Bawag-Vorstands vor. Ich kann jeden Verkauf und jede Überweisung dokumentieren.

profil: Dass die Bawag Sie aufforderte, das Geld nicht direkt auf ein bankeigenes Konto, sondern an Stiftungen zu überweisen, hat Sie nicht irritiert?

Flöttl: Es hat mich gewundert, und ich habe es nicht verstanden, weil ich zuvor von Stiftungen der Bawag nichts gewusst hatte.

profil: Aber Sie haben nicht nachgefragt.

Flöttl: Doch. Ich habe mich erkundigt, ob die Stiftungen der Bawag gehören. Es war eine lange Liste von Stiftungen. Tauchte ein neuer Stiftungsname auf, habe ich mich erneut erkundigt.

profil: Und im Zuge Ihrer Erkundigungen wurde Ihnen einmal angedeutet, dass es eine Verbindung zwischen der Bawag, den Stiftungen und der SPÖ gäbe?

Flöttl: Ich erhielt im Jahr 2005 per Fax eine Anweisung, einen bestimmten Betrag von den Bermudas nach Zypern zu überweisen. Doch mir war klar, dass es dabei

Probleme mit den zypriotischen Behörden geben könnte. Überdies war mir die Stiftung nicht bekannt. Ich habe dem Bawag-Vorstand erklärt, ich könnte das Geld nicht überweisen. Daraufhin wurde mir von einem Vorstandsmitglied mitgeteilt, dass die Bank eine politische Funktion habe, es langjährige Vereinbarungen gebe und dass ich das Geld gefälligst dorthin schicken soll. Am nächsten Tag habe ich ein Fax erhalten, auf dem die Währung geändert worden und statt Zypern Wien als Adresse angegeben war. Daraufhin habe ich das Geld überwiesen. Ich kann allerdings nur wiedergeben, was Bawag-Manager mir gegenüber erklärt haben. Darauf muss sich jeder selber einen Reim machen. Ich selbst habe nie behauptet, dass ich irgendetwas von Parteienfinanzierung weiß.“ – Zitatende.

Beginnen wir beim letzten Teil dieses Interviews: Waren Sie das Vorstandsmitglied, das Herrn Flöttl mitgeteilt hat, dass die Bank eine politische Funktion habe? (***Helmut Elsner: Was?***) – Ob Sie das von Flöttl zitierte Vorstandsmitglied waren, der Herrn Flöttl gesagt hat, er solle nicht lange nachfragen, sondern die Bank habe eine politische Funktion. – Waren Sie das?

Helmut Elsner: Ich war es sicher nicht, aber ich sage Ihnen grundsätzlich Folgendes: Bis zum Jahr 2003 – April –, als ich in Pension gegangen bin, ist diese gesamte Causa Gegenstand der Anklage gegen mich. Daher entschlage ich mich hier der Aussage. Was nach mir passiert ist, und was im Jahr 2005 passiert ist – was Sie zitieren –, das hat mit mir überhaupt nichts zu tun. Da war ich gar nicht mehr Generaldirektor der Bank.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Generaldirektor, es gibt ***keine generelle Entschlagung***. Sie können das gern mit dem Herrn Verfahrensanwalt durchdiskutieren: Sie werden jedes Mal erst in Bezug auf meine konkrete Frage untersuchen müssen, ob Sie eine Entschlagungsmöglichkeit haben oder nicht. Das wird Ihnen Ihr Anwalt gerne bestätigen. (***Helmut Elsner: Ja, auf die Frage, die Sie gestellt haben!***) – Ich frage Sie ja nur, ob Sie ihm die Auskunft gegeben haben, dass die Bank eine politische ... – Ob ***Sie*** das waren, weil er sagt hier „Vorstandsmitglied“, er sagt nicht, welches. (***Helmut Elsner: Das war ja 2005, was Sie zitieren, oder nicht?***) Dieses Interview hat er im Jahre 2006 gegeben, aber der Vorgang ist ein anderer. Der Vorgang, den er berichtet... (***Helmut Elsner: ... den er hier beschreibt, war 2005, oder?***) – Ja. (***Helmut Elsner: Da war ich längst in Pension!***) Da waren Sie in Pension, das ist richtig.

Können Sie sich vorstellen, wer dieses Vorstandsmitglied gewesen sein könnte?

Helmut Elsner: Nein, kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Vorstellung davon, was das für langjährige Beziehungen Ihrer Bank nach Zypern waren? (***Helmut Elsner: Nein!***) – Gab es langjährige Beziehungen nach Zypern?

Helmut Elsner: Nein, nach meinem Wissen nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass es eine lange Liste von Stiftungen Ihrer Bank in Liechtenstein gab?

Helmut Elsner: Dass wir Stiftungen in Liechtenstein hatten – und zwar schon, was weiß ich ,1978, als ich nach Wien gekommen bin –, ist mir bekannt. Aber eine lange Liste und was und Details, das ist mir nicht bekannt, dafür war ich nicht zuständig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Flöttl sagt in seinem Interview, dass es in Liechtenstein – über Anweisung der BAWAG – Überweisungen an Institutionen, Firmen und Personen gab. – Haben Sie eine Vorstellung davon, welche Personen das waren?

Helmut Elsner: Nein. – Da entschlage ich mich jetzt, weil das ist ja Gegenstand der Untersuchung. Aber ich habe keine Vorstellung. Im Übrigen entschlage ich mich der weiteren Aussage in diesem Zusammenhang, weil das Gegenstand des Strafverfahrens gegen mich ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stadler, wir haben mit dem Arzt besprochen, dass wir die Anhörung heute jedenfalls zwischen 10.30 und 11 Uhr beenden. Ich schlage daher vor, wir unterbrechen jetzt die Anhörung von Herrn Elsner. – Ich danke für Ihr Erscheinen. Sie werden sicher für einen der nächsten Sitzungstage wieder eine entsprechende Ladung zur Fortsetzung der Anhörung erhalten.

Damit Herr Elsner in Ruhe das Lokal verlassen kann und damit man auch Herrn Zwettler verständigen kann, dass er demnächst dran kommt, unterbreche ich die Sitzung bis 11 Uhr.

(Die Auskunftsperson Helmut Elsner verlässt Sitzungssaal.)
10.49

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sitzung ist **unterbrochen**.
10.50

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.50 Uhr **unterbrochen** und um 11.03 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

11.03

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 11.03 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson Herrn Dkfm. Johann Zwettler** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson **Dkfm. Johann Zwettler** wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson **Dr. Gerald Toifl** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Dkfm. Johann Zwettler** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dkfm. Johann Zwettler: Dkfm. Johann Zwettler; geboren 27. September 1941; wohnhaft in 1210 Wien; Beruf: Pensionist.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf**, ob die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, **verneint** diese.

Der Obmann weist darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und, dass das auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 BWG unterliegen – soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Der Obmann ersucht nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten.

Vertrauensperson Dr. Gerald Toifl: Dr. Gerald Toifl; wohnhaft in 1030 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Toifl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Der Obmann erinnert auch die Vertrauensperson an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte und verweist bezüglich des Inhalts auf die Belehrung der Auskunftsperson. Strafrechtliche Folgen könne zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Die Aufgabe der Vertrauensperson sei die Beratung der Auskunftsperson. Sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, widrigenfalls sie ausgeschlossen werden könne. Hingegen könne sie auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Bei vermeintlicher Verletzung der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde erforderlichenfalls den Obmann informieren.

Der Obmann weist weiters darauf hin, dass auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Auf die Frage, ob einer dieser Gründe bei der Auskunftsperson vorliege, verweist diese auf die anhängigen gerichtlichen Verfahren, die noch nicht eingeleitet worden seien.

Der Obmann wertet dies als generellen Hinweis auf einen Entschlagungsgrund, macht jedoch darauf aufmerksam, dass dieser im Hinblick auf die jeweilige konkrete Frage beurteilt werden müsse und es aus diesem Grunde kein generelles Entschlagungsrecht gebe.

Von der Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, möchte die Auskunftsperson Gebrauch machen.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich wollte insbesondere meine Person betreffend – und es geht ja hier um sehr persönliche Dinge – einige Informationen liefern. Ich habe mich Ihnen bereits eingangs auf Wunsch des Herrn Vorsitzenden vorgestellt. Ich möchte auch alle Damen und Herren des Ausschusses herzlichst begrüßen.

Ich habe die Hochschule für Welthandel besucht und bin 1964 in ein Industrieunternehmen eingetreten, wo ich einige Jahre tätig war. Ich bin dann im August 1966 in die BAWAG eingetreten und war dort über mehrere Jahre im Bereich der Kreditrevision tätig und habe in dieser Funktion in etwa 200, 250 Unternehmen – Kreditwerber des Hauses – überprüft. Das Unternehmen hatte damals eine Größenordnung von etwa 1 Milliarde €. Ich war darüber hinaus Mitwirkender bei der Betreuung und Sanierung von Krisenfällen in kleineren und mittleren Unternehmungen.

Der nächste Schritt, der sich ergeben hat, war – wie gesagt, damals war das Unternehmen bei etwa 1 Milliarde € und etwas darüber – der Aufbau des Beteiligungsbereiches. Hier war primär eine der ersten Aufgaben die Gesamtorganisation, die damals in der Form nicht gegeben war, und die Bündelung von bestehenden Beteiligungen. Dafür waren organisatorische Maßnahmen zu setzen. Der nächste Schritt, der ganz entscheidend war und der uns natürlich auch entscheidend geprägt hat, war der Ausbau des Unternehmens der BAWAG in die Richtung Allfinanz.

In den siebziger Jahren gab es all diese Bereiche nicht. Da war ich als Leiter der Beteiligungsverwaltung im Range eines Prokuristen maßgeblich mitbeteiligt: Leasing-Bereich, Kapitalanlagegesellschaft, Lebensversicherung, Immobilienbereich, Bausparkasse und letztlich, als eines der jüngsten Kinder, elektronisches Banking, easybank. Sie sehen also, es wurde hier von der Stunde null ... – Letztlich war ich auch 39 Jahre in diesem Unternehmen tätig, eben von 1966 bis 2005.

Eine weitere Sache war die, dass wir verschiedene Nischenbanken akquiriert haben, um neben dem reinen Privatkundengeschäft auch diesen Bereich abzudecken.

Es war im Laufe der Zeit notwendig, in Richtung Osten zu gehen. Unser Unternehmen hat, unter Mitwirkung der Beteiligungsverwaltung, Banken in der Slowakei, in

Tschechien und in Slowenien errichtet. Man ist weiters den Schritt in Richtung Malta gegangen, sprich in den Bereich Maghreb und in den arabischen Bereich, um sich auch international zu verbreitern.

Was natürlich der größte Schritt in der Geschichte der BAWAG war, war im Jahr 2000 der Erwerb der Österreichischen Postsparkasse. Damit hat sich die Unternehmensgröße verdoppelt, und unser Unternehmen ist in einigen Bereichen, insbesondere im Privatkundengeschäft, Marktführer geworden.

Besonders erwähnen muss ich, glaube ich, bei 39 Jahren der Zugehörigkeit, dass die Bank für Arbeit und Wirtschaft über 20 Jahre keine Kapitalerhöhung von irgendeinem Aktionär bekommen hat, das heißt, seit 1986 und knapp davor. Das wurde uns in verschiedenen Roadshows, die wir gemacht haben, bestätigt: Wir sind wahrscheinlich die einzige Bank in Westeuropa, die bei mittlerweile 58 Milliarden Bilanzsumme 20 Jahre keinen Euro bekommen hat und das Instrument der Selbstfinanzierung durchführen musste. Darum habe ich auch diese Dinge betont, die im Unternehmen geschaffen wurden.

Nach 29 Jahren wurde ich – ich möchte das hier so bezeichnen – wegen meiner in vielen Kreisen bekannten Arbeitsfreudigkeit, das wurde mir dann auch bestätigt, in den Vorstand berufen: vom Prokuristen weg als Vorstandsmitglied. Ich bin im Mai 1995 Vorstandsmitglied geworden, Generaldirektor war Herr Elsner. Ich möchte auch an dieser Stelle festhalten, dass ich **niemals Stellvertreter** des Generaldirektors oder Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden war. Wir hatten – wie Ihnen mittlerweile, glaube ich, auch bekannt ist – ein Weisungsrecht in unseren Dienstverträgen, als wir eingetreten sind, und waren, wie auch die anderen Vorstandskollegen, sehr stark Arbeitsempfänger.

Der Geist der Tätigkeit – das sollte man auch erwähnen – war ein sehr umfangreicher und nicht immer sehr homogener. Aber ich habe versucht, Ihnen den Grund meiner Berufung in den Vorstand darzulegen. Es hat einerseits die internen Bereiche umfasst – Bilanzen, Controlling, Beteiligungen, Steuern, Rechtsabteilung und Teile des Treasurys –, darüber hinaus Zuständigkeit für Filialen in Niederösterreich und Oberösterreich, und darüber hinaus, den Sozialversicherungsbereich und den Bereich öffentliche Hand kontaktmäßig abzudecken. Also eine durchaus umfangreiche Angelegenheit!

Im Mai 2003 wurde ich Generaldirektor der BAWAG, mit dem größten Tochterunternehmen P.S.K. Es war damals die Tätigkeit im Wesentlichen auch sehr arbeitsintensiv eingesetzt: Personal, Controlling, Beteiligung, Betriebsratsbetreuung und die Top-500-Unternehmungen.

Ich möchte zum Abschluss darauf hinweisen – und ich glaube, nach 39 Jahren in diesem Haus war ich der Längstdienende, als ich Ende 2005 ausgeschieden bin –, dass die BAWAG von der Zeit meines Eintritts bis 2003 sehr patriarchalisch und autoritär geführt wurde. Ich habe von meinem Wesen und meiner Herkunft her in all den Jahren – als Prokurist oder Vorstand natürlich mit einem gewissen besseren Stellenwert – immer versucht, eine Mediatorenfunktion zu haben. Denn in einem Unternehmen, das letztlich von 800 oder 900 Mitarbeitern auf 6 500 gewachsen ist, gibt es immer wieder Konfliktstoffe, und ich habe in den verschiedenen Dingen versucht, mich einzubringen.

Die wesentlichen Aufgaben im Haus infolge eines extremsten Kostenmanagements, bei dem man immer den Volumina des Geschäfts nachgehinkt ist, haben dazu geführt, dass die wesentlichen Mitarbeiter mit vielen, vielen Funktionen betraut wurden, mit Arbeit überhäuft waren und zum Teil wirklich an die extremsten Grenzen – ich kann das auch von mir sagen – gegangen sind. Das hat aber sehr wohl einen Grund: Wenn

man nicht von der grünen Wiese kommt, sondern in den sechziger Jahren eine kleine Bank war und dann diesen Stellenwert bekommen hat, hat man das Wohl des Unternehmens gesehen, und man hat sich wirklich hineingekniet, unabhängig von irgendwelchen Vorschriften und Pflichten, die man als Mitarbeiter oder als Vorstandsmitglied hat. Man hat sich im Zuge der Entwicklung ganz einfach als Teil dieser Großfamilie gesehen, und so habe auch ich mich in all den 39 Jahren gesehen.

Damit möchte ich meine Einleitungsinformation an Sie, sehr geehrte Damen und Herren, beenden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erteilt als erster Fragestellerin Abg. Trunk das Wort.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, Sie haben Ihre Tätigkeit in der BAWAG 2005 beendet. Dennoch frage ich Sie auf Grund der, denke ich, doch sehr hohen Aktualität der Vorfälle: Ist Ihnen der Sukkus des OeNB-Zwischenberichts vom Mai 2006 bekannt geworden?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Ich darf Ihnen sagen, ich habe am 31. 12. 2006 mit meinen rein privaten Sachen die Bank verlassen und habe seither keinerlei Kontakte, keine Unterlagen, überhaupt nichts.

Ich berichtigte: Am 31. Dezember **2005** habe ich die Bank verlassen. Daher habe ich von 2006 keine Kenntnis. Ich weiß auch nicht, welche Prüfungen durchgeführt wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, das ist ein Irrtum. In der Frage geht es um den OeNB-Bericht des Jahres 2000/2001. Oder?

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Nein! Es geht um den Zwischenbericht vom Mai 2006. (*Obmann Dr. Graf: Ach so!*) Denn darin gibt es ja sehr massive Schlussfolgerungen. Das ist Ihnen nicht bekannt?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ohne oberflächlich zu sein, aber um trotzdem kurz zum Kern zu kommen: Dieser OeNB-Bericht führt sehr, sehr deutlich vor und kritisiert die Tatsache, dass es einem so – unter Anführungszeichen – „erfolgreichen“ Portfolio-Manager wie Herrn Flöttl junior eigentlich nicht passieren kann, dass er sämtliche Aufträge letztlich zu BAWAG-Verlusten führt. In diesem OeNB-Bericht wird sehr klar dargelegt, dass es da zu einem massiven Verdacht von Malversationen gekommen ist.

Daher frage ich Sie aus diesem Sukkus und aus dieser OeNB-Einschätzung heraus, ob Ihnen die Tatsache bekannt ist, dass Flöttl junior auch nach 1998 und nach dem Jahr 2000 über **größere** Vermögenswerte verfügt hat und dass er im Zeitraum 1998 bis 2006 sehr wohl – und zwar gute – Geschäfte mit der Meini-Bank gemacht hat. Es fällt dies ja auch in Ihre Zeit. – Ist Ihnen diese Tatsache bekannt?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, absolut nicht. Dass er Vermögen hat oder dass er Geschäfte mit irgendwelchen Drittbanken macht, ist mir absolut nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Im Rückblick betrachtet – Sie werden ja auch die öffentliche Darstellung betreffend die BAWAG-Geschichte verfolgen, nehme ich einmal an, denn, wie Sie richtig gesagt haben, nach 39 Jahren in der BAWAG tritt man nicht zurück und sagt, das interessiert mich nicht mehr –, also jetzt im Blick zurück, und auch nicht wissend, was Flöttl junior neben der BAWAG an anderen Geschäften betrieben hat: Würden Sie sagen, dass Flöttl junior die BAWAG im Wesentlichen betrogen hat? (*Dkfm. Zwettler: Entschuldigung: Die BAWAG ...?*) Betrogen?

Dkfm. Johann Zwettler: Wie Sie sagen: Es gibt in Pressemeldungen Hinweise in Richtung Malversation, auf Grund irgendwelcher Unterlagen, die eben der Presse zugänglich waren.

Ich kann dazu überhaupt nichts sagen, weil Herr Flöttl in all den Jahren den unmittelbaren Kontakt mit Herrn Elsner hatte, nicht mit uns. Aber all diese Dinge, die man hier vermutet ... – Ja, Sie sagen richtig, 39 Jahre prägen, und das würde mich auch interessieren. Aber ich weiß es leider nicht.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Das heißt, Sie können sich keinen Schluss vorstellen, also BAWAG-Engagement und Meinl-Engagement von Flöttl?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, Schlüsse, wenn Behörden untersucht und bisher nichts gefunden haben ... – Ich meine, Gedanken macht man sich auf alle Fälle, in jede Richtung, von A bis Z und von Z bis A. Aber ich habe keine konkreten Hinweise, ob so etwas erfolgt ist.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Sie haben gesagt, die Kontakte verliefen von Flöttl hin zu Elsner. Aber, ganz ehrlich, ich kann mir kaum vorstellen, dass der vormalige Vorstand und der Generaldirektor ... – Sie sagen selbst, Sie haben eine Mediatorenfunktion und nicht die autoritäre Funktion wahrgenommen. Sind Sie Herrn Flöttl überhaupt nie begegnet? Hatten Sie keinen geschäftlichen, persönlichen oder sonstigen Kontakt?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, sicher, Herr Flöttl hat mit seinem Vater da schon die Geschäfte gemacht. Er war natürlich im Haus bekannt, er war allen Mitarbeitern in irgendeiner Form bekannt.

Aber ich habe betont, dass die unmittelbare Ansprechperson des Herrn Dr. Wolfgang Flöttl bei uns im Haus der Herr Generaldirektor in Ruhe Elsner war. Und seit Mai 2003, als Herr Elsner in Pension gegangen ist, habe ich überhaupt keinen Kontakt mehr zu Herrn Flöttl. Ich habe den Kontakt abgelehnt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Aber ich hoffe schon, dass sie als damals zuständiger Generaldirektor massive Versuche unternommen haben, von Flöttl junior irgendwelche Zahlungen, die der BAWAG zustehen, zu erhalten.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja. Ja, damit war im Vorstand Mag. Nakowitz betraut.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Aber ich denke – wie Sie gesagt haben, war ja Ihr Führungsstil ein kooperativer –, Sie werden da involviert gewesen sein. (**Dkfm. Zwettler:** Ja, aber ...) Das heißt, man spricht ja darüber und sagt, was unternommen wird. (**Dkfm. Zwettler:** Richtig! Ist auch geschehen!)

Was war Ihre Wahrnehmung? Was hat also die BAWAG getan, um zu Recht zu ihrem Geld zu kommen?

Dkfm. Johann Zwettler: Man hat versucht, die Sicherheiten, die im Jahr 1998 übergeben wurden, zu Geld zu machen. Das hat Mag. Nakowitz im Sinne des Gesamt-Vorstandes betrieben.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Und war das zu Ihrer Zufriedenheit?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, zur Zufriedenheit ... – Er hat sich sehr bemüht. Mehr kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ist in diesem gesamten Verlauf Ihnen oder Vorständen, die Ihnen zugeordnet, also nicht unterstellt waren, nie die Idee gekommen, dass Herr Flöttl junior irgendwie Kickbacks gebildet haben könnte?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, ich habe Ihnen gesagt, ich habe absolut nichts Konkretes gesehen. Aber ich habe Ihnen auch gesagt, man macht sich Gedanken: von A bis Z und von Z bis A.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Gedanken, die Sie sich gemacht haben, wollen wir gerne hören. Ich glaube, das ist ja das Thema, oder?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber ich habe es bewusst getrennt, weil ich der Dame keine Fakten auf den Tisch legen kann. Ich kann ja nicht irgendetwas sagen – das und das war eine Vermutung, das und das, das und das! –, sondern ich habe logischerweise gesagt, wenn Sie erwähnt haben, dass hier Verluste stattgefunden haben, dass dann Sicherheiten in einer Phase gegeben wurden, dass man sich – und das ist, glaube ich, immer sehr wesentlich – ex post und ex ante, und das ist immerhin ex post, seine Gedanken von A bis Z macht.

Wenn man keine Fakten hiefür hat, dann sind Gedanken frei. Aber ich glaube, ich habe Ihnen auch einmal eine grundsätzliche Antwort gegeben.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Aber ich denke, für uns wären diese Gedanken schon sehr hilfreich.

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, ausschließen kann man überhaupt nichts! Ich komme aus der Revision. Ich habe auf der „Welthandel“ Revisions- und Treuhandelswesen studiert, habe 250 Revisionen gemacht, und dadurch wird man geprägt. Ich habe mich in so einer Revisionstätigkeit zum Schluss selbst ununterbrochen hinterfragt – so etwas prägt ja –, und logischerweise macht man sich dann Gedanken.

Es gibt hier auch – ich habe es erwähnt – in der Presse verschiedene Hinweise. Die müssen von irgendwo ... Es wird ja nicht nur so gewesen sein. Aber Gedanken macht man sich sehr wohl darüber, ob da nicht auch etwas anderes denkbar wäre.

Da bin ich Revisor, das betone ich bewusst: 250 Revisionen in verschiedenen Firmen, da lernt man viele, viele Typen kennen. Zum Schluss misstraut man sogar sich selbst – wenn Sie das über fast ein Jahrzehnt machen.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, Sie kennen den OeNB-Bericht 2001?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, ich habe ihn nicht mehr.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Wie ist dieser in der BAWAG intern behandelt worden?

Dkfm. Johann Zwettler: Der ist an den Generaldirektor gegangen. Ich kann mich eigentlich nur ... – Ich habe natürlich davon gelesen. Ich kann Ihnen aber über Details nichts sagen.

Ich weiß aber insofern noch konkret einen Punkt: Es wurde damals kritisiert, dass es neben einer Kreditrevision und einer Innenrevision eine Bankrevision gibt; ich glaube, das war 2001. Die Leiterin dieser Bankrevision war schon vor mir in der BAWAG tätig geworden. Dieser Bereich musste ganz einfach wegrationalisiert werden, und da habe ich die nicht sehr freundliche Aufgabe bekommen, einer 35 Jahre lang tätigen Mitarbeiterin zu erklären, dass hier gewünscht wird, dass dieser Bereich nicht als Dritt-Revisionsbereich vorliegt.

Daran kann ich mich erinnern, wobei ich insofern auch um Verständnis bitten würde: Ich glaube, dieser Bericht ist 2001 erstellt worden; das war eine Prüfung 2000/2001. Wir haben zu diesem Zeitpunkt 1,4 Milliarden ... – Wir haben die größte Investition unserer Geschichte gehabt, die P.S.K., wir haben mit 1. Dezember 2000 die P.S.K.

übernommen. Wir wussten, dass wir – und das haben wir zugesagt – die P.S.K. nicht sofort verschmelzen, dass wir aber Unternehmensbereiche wie Rechnungswesen, Treasury und so weiter straffen. Daher hatten wir damals, das können Sie sich vorstellen ... – Auf Grund der Kostensituation war die Bank bis 2001 oder bis 2000 völlig Berater-avers, da hat kein Berater die Schwelle überschreiten können. Wir hatten damals die Goldman Sachs für den Kauf als Berater, die Boston Consult, und es hat eine Migration in den beiden Häusern gegeben – die waren ungefähr gleich groß: 2 200 Mitarbeiter links BAWAG, rechts P.S.K. –, und da wurden etwa 1 000 Leuten die Arbeitsplätze verändert. Und in diesem Zeitpunkt – das muss in etwa, glaube ich, im ersten Halbjahr 2001 gewesen sein – ist dieser Bericht, zu dem Sie jetzt gefragt haben. Ich kann Ihnen dazu wirklich nur sagen: Ja, ich weiß, es gibt ihn, es waren einige Kritikpunkte da und dort, und – das habe ich mir gemerkt – wir haben dann die Bankrevision aufgelöst, und die Dame ist in den vorzeitigen Ruhestand gegangen.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Sie haben die P.S.K. schon angesprochen. Was waren die Hintergründe zum Kauf der P.S.K.?

Dkfm. Johann Zwettler: Es war uns klar, wie gesagt, dass wir unsere Unternehmensgröße ... – Die Banken sind gewaltig gewachsen, es war uns aber immer bewusst, wo wir herkommen, und wir haben auch gewusst, dass wir keine Kapitalerhöhung bekommen, uns – gerade auf dem Sektor, wo wir einen exzellenten Ruf haben, des Retail-Geschäfts – zu verstärken.

Es war uns klar, dass eine Filialpolitik über die Expansion der Filialen – wir hatten etwa 160 BAWAG-Filialen – ökonomisch wenig Sinn macht. Wir haben, wenn wir eine Filiale eröffnet haben, in der Regel eine andere geschlossen und wollten das Netz der Postämter hier entsprechend nützen. Und es ist uns dann innerhalb von kurzer Zeit gelungen – „kurze Zeit“ ist immer relativ zu sehen, innerhalb von zwei Jahren danach –, die Marktführerschaft im Spareinlagenbereich zu haben, wir waren damit die größte Sparbank Österreichs. Und die P.S.K. hatte außerdem ein exzellentes Treasury, weil ihre Kreditvergabерichtlinien sehr eingeengt waren. Und die BAWAG stand nach 25 Jahren vor der Entscheidung, eine neue EDV zu errichten oder andere Lösungen zu finden – und die P.S.K. stand grundsätzlich auch vor einer Entscheidung, im EDV- und IT-Bereich etwas zu tun. Und das ist dann auch geschehen.

Wir haben gesagt, diese Kostenverteilung und der Umstand, dass wir 1 800 Outlets mit einem Schlag haben, mit einheitlichem EDV-System, mit einheitlichen Produkten, das rechtfertigt den Kaufpreis in einer Größenordnung von 1,3, glaube ich, 1,4 Milliarden €. Und außerdem gab es in Österreich eigentlich kein anderes Kreditinstitut, wo bekannt war, dass hier ein Verkauf stattfinden würde. Die Republik hat ja mitgeteilt, dass sie da nicht ewig die Anteile halten will.

Wir waren keine Gigantomanen – denn das sagen ja die anderen –, denn wir waren uns immer bewusst, dass wir sehr, sehr eng mit unserem Portemonnaie umgehen müssen, und wir hatten hier auch entsprechende interne Zahlen, wo wir angenommen haben, welchen Return of Investment gibt es bei der P.S.K..

Das hat sich rückblickend als richtig erwiesen. Es waren verschiedene Unternehmenskulturen – keine Frage –, aber es hat sich die Investition als richtig erwiesen in der Vorwärtsstrategie des Unternehmens und immer mit entsprechendem Wissen, wie groß ein Brötchen ist, das wir backen können.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Sie haben in Ihrer Zeit sichtlich mehrfach viele Kontakte mit der Bankenaufsicht gehabt. – Können Sie uns Ihre Erfahrungen mit FMA und OeNB schildern?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, meine Kontakte waren insofern, als es periodisch Managementgespräche gegeben hat. Das war, sage ich jetzt, ursprünglich, da war die FMA eben noch nicht, da war die Aufsicht im Ministerium und die Notenbank die prüfende Stelle. Ich meine, Kontakte da oder dort über Spezialdinge hat es natürlich gegeben mit dem Gouverneur Liebscher. Und ich bin dann ja in späterer Folge erst Generalrat der Notenbank geworden – das hat aber jetzt mit der Bankenaufsicht nichts zu tun –, es wurden damals die Sitzungen genau ... – Ich war bis Mai 2006 Mitglied also des Generalrates. Ich habe vereinzelte Gespräche geführt mit einzelnen Vertretern der Geschäftsführung der FMA. Das waren allgemeine Gespräche. Das war, kann ich mich erinnern, der Herr Dr. Traumüller. Da haben wir uns getroffen und haben einmal so zwei, drei Stunden geplaudert, wie er gekommen ist, um sich vorzustellen – er war ja vorher beim Minister Grasser, glaube ich, Personal- oder Kabinettschef.

Es hat Schlussbesprechungen gegeben, wobei es bei der letzten Schlussbesprechung – das muss bereits 2003 im Sommer gewesen sein, da war Herr Elsner schon in Pension – darum gegangen ist – das war insofern eine sehr umfangreiche Sache; das müsste Sommer 2003 gewesen sein, genau kann ich es Ihnen nicht sagen –: Inwieweit sind Maßnahmen gesetzt worden, um BAWAG und P.S.K. zu harmonisieren? – Wir haben hier ja in verschiedenen Bereichen – ich habe es schon erwähnt –, im Rechnungswesen, wir haben ja verschiedene IT-Systeme gehabt, und all das wurde damals überprüft: Inwieweit sind die Daten, die hier mit „Zwischenrücken“ ... – Ich möchte sagen, die EDV-Lösung war dann, glaube ich, 2006, hat vier Jahre gedauert und war das größte EDV-Projekt, bitte – das darf man auch nicht vergessen! –, in der EU mit einer Größenordnung von zirka, würde ich sagen, 150, 160 Millionen €.

Das wurde damals überprüft. Auch: Wie ist der Bereich der Innenrevision jetzt aufgestellt? Wie funktionieren die? Es waren ja immer zwei Unternehmen – das darf man nicht übersehen – mit verschiedenen EDV-Systemen! Wie erfolgt hier der Datentransfer? – Das hat sich eine Vor-Ort-Prüfung hier angeschaut – ich weiß es nicht mehr genau: ein, zwei Monate. Das war eine Mischung aus FMA und Notenbank.

Wir haben selbst gewusst, dass, wenn wir die EDV nicht hinkriegen, das Ganze nicht hundertprozentig ist – und keine EDV ist hundertprozentig! Aber soweit ich mich erinnern kann, war bei diesen Schlussbesprechungen dann der Tenor keinerlei negativer – wobei logischerweise die Aufgabe einer Prüfung ja nicht ist, festzustellen, wie super etwas ist, sondern: Wo habt ihr wirklich etwas zu verbessern? Was stört uns? – Und zu diesem Behufe gibt es ja dann auch die Möglichkeit der Stellungnahme.

Abgeordneter Inq. Erwin Kaipel (SPÖ): Wie war Ihr Verhältnis zu Herrn Elsner?

Dkfm. Johann Zwettler: Mein Verhältnis? – Herr Elsner kommt aus Graz und ist ja schon viel – also, nicht viel, aber, ich glaube, um zehn Jahre früher eingetreten in die BAWAG als Mitarbeiter. Er ist dann, glaube ich, blitzartig Filialdirektor geworden und war dann 1978 in etwa – es war 1977, 1978 – Vorstand für Großkunden. – Das war ein sehr korrektes Verhältnis. Die Umstände, die Nutzung der Freizeit zwischen Herrn Elsner und mir waren um 180 Grad oder 360 Grad verschieden – aber das ist mir auch nicht zugestanden als Mitarbeiter und dann als normales Vorstandsmitglied –, wir hatten völlig andere Interessen.

Ich möchte vielleicht noch einmal sagen: Ich kann mich nicht selbst beurteilen, meinen Stil, aber den werden viele kennen. Und unter Flöttl war das eine hundertprozentige Diktatur im Haus, und damit hat er aber die Ergebnisse im Haus gepeitscht, dass Leute – ich habe es bewusst erwähnt – wirklich statt 100 Prozent 150 gearbeitet haben! – Nicht, um es schön zu sagen, aber in den letzten Jahren war – aber ich war selbst dafür verantwortlich, es zu tun – sechseinhalb Tage in der Woche zu arbeiten,

normal in diesem Haus. Und jeder, der Herrn Elsner kennt, der ihm da nachgefolgt ist, weiß auch, dass er sehr selbstbewusst ist und in Sekunden Aufträge umgesetzt haben möchte. – Und, wie gesagt, das andere steht mir absolut nicht zu. In verschiedenen Lebensbereichen waren wir zu 100 Prozent nicht kongruent.

Abgeordneter Inq. Erwin Kaipel (SPÖ): Es war kein freundschaftliches Verhältnis?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, „freundschaftlich“: Er war der **Chef**. Und ich bin – diesen Ruf habe ich, glaube ich, auch – ein umgänglicher Mensch. Ich war mir eigentlich nie bewusst, irgendwo wirkliche Feinde zu haben.

Elsner hat um die P.S.K. gekämpft, er hat gesagt, das ist jetzt ein Kampf, den müssen wir gewinnen, wir brauchen eine Verbreiterung der Basis. – Er hat mich auch manchmal angeschnauzt, aber das tut jeder Chef gegenüber einem Mitarbeiter – und als Vorstand ist man auch ein Mitarbeiter. Und ich habe eben versucht, da er ein extrem zielorientierter und zeitorientierter Mensch war, der in Minuten schnelle Dinge wollte, hier als Mediator mitzuwirken und zu sagen: Schau, ...!

Ich möchte vielleicht auch sagen, weil Sie sagen „freundschaftlich“: Im Mai 2000, am 1. Mai, glaube ich, bin ich Vorstand geworden. Und das hat er mir vorher schon gesagt: Sie, die Leute sagen da, Sie sind recht tüchtig – obwohl er mich natürlich gekannt hat, aber ich bin halt nicht so aufgefallen –, und ich mache einen Vorschlag: Wenn uns der Aufsichtsrat morgen oder in einer Woche bestellt, dann biete ich das Du-Wort an und ihr könnt das auch machen! – Und bis dahin waren wir per Sie. Ich habe eine Mindestanzahl von Leuten im Haus gehabt, einige, wenn Sie so wollen „Mitstreiter“ – das kann ich bei 39 Jahren durchaus sagen –, aber ich habe mich halt immer bemüht, und das entspricht meinem Wesen und meiner Herkunft, mit allen auszukommen.

Und, „freundschaftlich“: Wenn Sie jetzt sagen, dass ich am Freitagnachmittag mit ihm irgendwo hingefahren wäre oder dass wir Freizeit verbracht hätten: nein. – Aber ich habe es akzeptiert, das ist halt so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dkfm. Zwettler, darf ich Sie bitten, dass Sie die Antworten etwas kürzer fassen und vielleicht konkreter sind. Es ist uns schon klar, wenn Sie sagen, sechseinhalb Arbeitstage in der Woche waren normal und die haben Sie gemacht, dass Sie dann nicht viel Freizeit mit Herrn Elsner verbringen können. Das liegt ja logisch auf der Hand. (**Dkfm. Zwettler:** ... Freundschaft!) Ja, aber das kann man alles ein bisschen präziser sagen. Und uns interessiert nicht primär, glaube ich, das reine freundschaftliche Verhältnis ...

Dkfm. Johann Zwettler: Also: Ich war kein Haberer vom Herrn Elsner – wenn Sie das auf Wienerisch als Antwort wollen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Das haben wir dann auch im Protokoll.

Die Frage geht schon auch in die Richtung, denn das interessiert uns: Sie waren ja eine geraume Zeit Vorstandskollege. (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) Wie hat da die Zusammenarbeit funktioniert: mit Ihnen, im gesamten Gremium, gegenüber dem Aufsichtsrat, wie überhaupt? Das interessiert uns, und da ein bisschen konkreter zu werden! Und. keine G'schichtln, sondern Facts, wenn es geht, bitte!

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber nur, das muss man schon erlauben, wenn das Wort „Freundschaft“ fällt, dann ist das **ein** ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn mich einer fragt, ob ich mit jemandem befreundet bin, kann ich das in ein oder zwei Sätzen erklären.

Dkfm. Johann Zwettler: Gut. Jeder ist dazu nicht in der Lage.

Das Verhältnis im Vorstand war insofern: Jeder Vorstand und Bankvorstand, wenn Sie sich die Leute anschauen, ist nicht zu hundert Prozent homogen, es gibt eben verschiedene Spezialisten. Und das Verhältnis war grundsätzlich gut – wobei meine Mediatorenfunktion notwendig war, um diese Güte auch zu erhalten, denn ansonsten hätte es zwischen einzelnen Vorstandskollegen und dem Vorsitzenden öfter Brösel gegeben.

Es wurde zielorientiert gearbeitet, aber der Vorstandsvorsitzende war nicht mit allem zufrieden, was wir da gemacht haben, weil er mit Ungeduld und so weiter ... Ich habe immer versucht, das auszugleichen, und da er sehr wohl wusste, dass abzuarbeiten ist, hat er das auch akzeptiert. Er hat einzelnen Vorstandskollegen gewisse Fähigkeiten abgesprochen, er hat ihnen wieder gewisse Fähigkeiten zugeordnet. Also, es ist wie in jedem Vorstand: Ein IT-Mann muss nicht unbedingt ein exzenter Kommerzkundenbetreuer sein.

So gesehen war es nicht einfach und, wenn man immerhin den Zeitraum von 1995 bis 2003 nimmt, hat es einer Menge Arbeit bedurft, um das darzustellen. Aber der Vorstand hat irgendwie funktioniert – er hätte sicher besser funktionieren können.

Das Zweite war Ihre Frage: Aufsichtsrat, oder ... – Ich weiß nicht, war das von Ihnen, Herr Vorsitzender, oder ...?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Verhältnis: Es gibt ja eine Gesamtverantwortung des Vorstandes für das gesamte Tun und Handeln. Es wird so dargestellt ... – und daher präzisiere ich das jetzt ein bisschen; ich will zwar nicht der SPÖ jetzt ihre Redezeit wegnehmen (*Abg. Kainer: Es geht eh auf Kosten der FPÖ! Ist kein Problem!*); ich habe das ohnedies gestoppt. Aber es geht uns schon darum: Wie sind die Entscheidungen gefällt worden? Wie war der Informationsfluss? – Wir haben immer den Eindruck, einer lädt auf den anderen ab und sagt: **Der** war es!, alle anderen auf den Elsner. – Elsner wiederum kommt hierher und sagt: Da war ich noch nicht Vorstandsvorsitzender!, oder wenn er Vorstandsvorsitzender war, dann sagt er, er hat keine Ahnung, wie das gelaufen ist, das hat alles die Rechtsabteilung gemacht, das hat diese Abteilung gemacht und diese Abteilung gemacht. – Und jeder ist ein „kleines Licht“.

Also diese Bank hat – das ist mein derzeitiger Eindruck aufgrund der Schilderungen; und denen glaube ich aber nicht, sage ich dazu – einen Haufen Vorstandsdirektoren und einen Generaldirektor, und am Ende würde man glauben, das waren alles ganz kleine, unbedeutende Lichter. Man hat zwar in der halben Republik irrsinnige Einflussmöglichkeiten, aber die hat man alle nicht wahrgenommen, und das war alles nur ein Teilerfolg. Und keiner **war** irgendetwas. Keiner ist verantwortlich für eine Entscheidung – meistens war es dann irgendeine Beteiligungsmanagerin oder so, die dann aber auch nichts davon weiß. Jeder hat Angst. Der Herr Elsner sagt, er hat ein tolles Verhältnis mit allen Vorstandsmitgliedern gehabt, es war alles immer einstimmig und es war alles ausdiskutiert und so weiter, ...

Dkfm. Johann Zwettler: Was richtig ist, dass es einstimmig war – mit Ausnahme **eines** Beschlusses.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja (*Dkfm. Zwettler: Das ist richtig!*), und da wollen wir wissen: Wie ist der Informationsfluss zu den ganzen Dingen gelaufen?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, das ist schon ein Punkt – weil Sie sagen, Herr Vorsitzender, **der** hat nichts gewusst, **der** war es nicht und so weiter –: Das ist sicherlich der Fluss, Teil auch der gerichtlichen Verfahren, und da möchte ich schon bitten, eine gewisse Rücksicht zu nehmen. Aber es waren die Beschlüsse im Vorstand einstimmig, mit Ausnahme eines Beschlusses im Jahr 1998 im Oktober. Es haben 14-

tägig Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Unterlagen wurden über die zuständigen Fachvorstände eingereicht an das Generalsekretariat, dort wurden sie dann zusammengefasst und waren die Basis der Unterlage. Und es hat der Vorstand – sonst hätte er immerhin all diese Dinge in den letzten Jahrzehnten nicht umsetzen können – sehr wohl vernünftig gearbeitet.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Es wird sicher noch weitere Hinterfragungen geben. – Dazu eine letzte Frage meinerseits: Warum wurden die Karibik-Geschäfte 1995 wieder aufgenommen? Und war das für alle so selbstverständlich und eine gute Sache, oder hat es da auch irgendwelche Bedenken gegen diese Geschäfte gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Schauen Sie, im Jahr 1994 hat es diesen Pressewirbel gegeben, und es wurden die sogenannten Karibik-Geschäfte – was überprüft wurde – mehrfach – was ich zu wissen glaube – mit keinem Verlust, sondern mit einem Gewinn abgeschlossen.

Die Ära Flöttl war geprägt von einem, wie ich glaube, würdigen Bilanzbild 1994. Das wurde dann auch entsprechend präsentiert. Und Herr Elsner musste dann zur Jahresmitte 1995 zur Kenntnis nehmen, dass die Vorschaurechnungen, die es ja quartalsweise gab – also zirka drei, ein Budget und revolvierende Vorschaurechnungen –, **unter** dem Ergebnis 1994 liegen. Und er hat gesagt: Da gibt es nicht Vater und Sohn! Die Geschäfte haben nach Überprüfung durch die Notenbank Gewinne gebracht, und ich werde die Geschäfte beginnen! – Das war seine Entscheidung.

Wobei eine Vielzahl von Geschäften, zum Beispiel, ich habe es erwähnt – und ich glaube, das muss man schon sagen: Die ganze Bundesfinanzierung hat in den letzten 12 Monaten, wo wir bei den Krediten federführend waren für die Republik, hat der Herr Flöttl sich ganz einfach auf seinen Abschied vorbereitet. Und Herr Elsner hat dann nichts gemacht in der Richtung. Es hat also eine Vielzahl gegeben.

Aber Elsner hat gesagt, wir machen das, und ist damit sofort auch, glaube ich, an die Öffentlichkeit gegangen, in Interviews im Fernsehen und in „Ö1“. Das ist mir in Erinnerung.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Das heißt, das Thema wurde nicht diskutiert, das wurde einfach so befohlen?

Dkfm. Johann Zwettler: Er hat gesagt: Wir machen das! – Es wurde kritisiert: Vater – Sohn, Sohn – Vater. Die Geschäfte wurden erwiesenermaßen von der Notenbank geprüft und als in Ordnung befunden, hier Gewinne gehabt zu haben. Und diese Gewinne wollte er haben.

Das war natürlich nicht das einzige Segment. Wir haben dann mit Bundesfinanzierung und, und, und begonnen. Wer Elsners Naturell kennt, weiß, dass er nicht mit einer Bilanz, die dann, glaube ich – aber ich kann mich nicht mehr erinnern – trotzdem nicht das Betriebsergebnis aufgewiesen hat, das es 1994 gab, wer ihn kennt, weiß, dass er nicht zurückstecken will.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel: Trotzdem waren alle einverstanden; niemand hat Bedenken geäußert?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Es war ein einstimmiger Vorstandsbeschluss, initiiert vom Herrn Vorsitzenden, diese Geschäfte zu machen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP): Herr Dkfm. Zwettler, Sie haben bei Ihrer Vorstellungsrunde gesagt, dass Sie mit August 1966 in die BAWAG eingetreten sind, dort für Kreditwesen zuständig waren, und ein großer Bereich oder Hauptbereich

oblag Ihnen in der Betreuung von Krisenfällen – so habe ich mir das auch notiert. (*Dkfm. Zwettler: Unter anderem! Also, primär waren es Kreditfälle!*) Unter anderem. Das heißt aber auch ganz klar, dass Ihnen natürlich der Konkurs der Firma Atomic for Sport ein Begriff ist und Sie damit auch befasst waren. (*Dkfm. Zwettler: Nein, ...!*)

Ganz konkret, der Konkursantrag gegen Atomic for Sport: Da sind natürlich Forderungen gegen Kommerzrat Rohrmoser eingebracht worden – das liegt auch hier in Kopie bei –, von den beiden irischen BAWAG-Karibik-Firmen EURO RAIL und EURO TRANS Forderungen von insgesamt 100 Millionen Schilling, die, wie sich dann herausgestellt hat, weder gegen die Firma Atomic noch gegen Herrn Rohrmoser bestanden haben, sondern in Wahrheit gegen Koflach. Diese Forderungen sind dann weder im AfS-Konkurs noch im Privatkonkurs der Familie Rohrmoser angemeldet worden. Das heißt, diese Bescheinigungen, diese Fälligstellungen, waren also gefälscht.

Meine konkreten Fragen: Was wissen Sie dazu? Wer hat diese falschen Bescheinigungen, diese Fälligstellungen unterschrieben? – Ich darf Ihnen hier auch eine Kopie geben und Sie bitten, festzustellen, wessen Unterschrift diese Bescheinigungen tragen?

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für das Protokoll: Der Auskunftsperson werden die Schreiben vom 12.9.1994 vorgelegt.

Die erste Frage ist: Wer hat unterschrieben?

Dkfm. Johann Zwettler: Eine Unterschrift ist von mir und eine ist von Herrn Dkfm. Wagner.

Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP): Das heißt, wenn das Ihre Unterschrift ist, dann waren Sie natürlich sehr wohl auch damit befasst. Das heißt, dass diese Fälligstellung, die – wie sich herausgestellt hat – eine Fälschung ist, eigentlich, würde ich sagen, sehr zu hinterfragen ist.

Dkfm. Johann Zwettler: Da möchte ich schon dazusagen: Ich habe in meiner Einführung gesagt, ich habe 250 Revisionsfälle gehabt und war auch – und das hat sich bezogen auf die Revisionszeit und danach, vor der Beteiligungszeit – für Krisenfälle und Sanierungen zuständig. Für den Bereich Atomic war ich absolut nicht zuständig. Atomic ist im Bereich der Kreditrevision und von Dr. Schwarzecker mit Herrn Vorstandsdirektor und Direktor Elsner – ich glaube, das war irgendwo in der Übergangsphase 1994/1995 – ...

Über Atomic kann ich Ihnen nur sagen, wenn Sie mir das da vorlegen: Ich weiß nicht, worum es da in Wirklichkeit geht. Das war anscheinend eine Forderung, die hier auf ... – Von EURO RAIL ist die Verkehrskreditbank Eigentümer, und das waren dort Gästefirmen, die wurden unter dem Umbrella der BAWAG betreut. Ich kann Ihnen zu diesen Salden und zu diesem Zusammenhang überhaupt nichts sagen. Da waren Dr. Gehmacher, Frau Dr. Kraft bei uns, Herr Mag. Spendl, die waren zu hundert Prozent. – Ich habe nur mitbekommen, dass es bei Atomic Schwierigkeiten gibt, schon längere Zeit. Vorher war der Vorstandsdirektor Böck, dann ist der Herr Vorstandsdirektor Elsner gekommen, der Salzburg betreut hat. Ich kann Ihnen aber aus dem Stegreif dazu überhaupt nichts sagen.

Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP): Aber es trägt Ihre Unterschrift!

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber in diesem Zusammenhang kann ich Ihnen nicht sagen, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Fragen wir in diesem Zusammenhang: Was hat denn das für eine Bewandtnis, wenn man links oder rechts unterschreibt? – Sie haben ja links unterschrieben.

Dkfm. Johann Zwettler: Der rechts Unterschriebene war der Kollege Wagner, der rechts unterschrieben hat, der in der Verkehrskreditbank Vorstandsvorsitzender war. Ich war ja in unserer Firma drüber, also in der BIF, ein B-Direktor, kein geschäftsführender nach dem Board-System. Und ich habe das mitunterschrieben, ich kann es Ihnen aber nicht sagen. Rechts ist der Dkfm. Wagner, Vorstandsvorsitzender.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also Sie waren das kleine Licht, wieder einmal. (**Dkfm. Zwettler:** *Nicht „wieder einmal“!*) „Wieder einmal“ nicht auf Sie persönlich bezogen, sondern generell.

Und jetzt die Fragen, die dahinter stehen: Wieso unterschreiben Sie am 12. September 1994 zwei solche Briefe? Wer hat Ihnen das aufgetragen? (**Dkfm. Zwettler:** *Also ich kann Ihnen nicht sagen, ...*) Wenn Sie links unterschreiben, sind Sie mehr oder weniger der formell Höhergestellte.

Dkfm. Johann Zwettler: Also, ich kann Ihnen nicht sagen, was am 12. Dezember – wann?, 1994? – ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: 1994. – Na, wenn Sie so etwas unterschreiben, dann muss entweder ein eigener Antrieb dahinter sein, oder Sie haben einen Auftrag erhalten.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, wahrscheinlich einen Auftrag. (**Obmann Dr. Graf:** *Und von wem?*)

Dkfm. Johann Zwettler: Also, ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, was ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer wäre in der Lage gewesen, Ihnen zu diesem Zeitpunkt so einen Auftrag zu geben?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich war ja noch gar nicht Vorstand damals, bitte!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ja Wurscht. – Von wem haben Sie es denn bekommen?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß es nicht. Ich habe Ihnen den Kreis der Leute gesagt. Mit Atomic hatten zu tun: Die Leiterin der Rechtsabteilung, der Anwalt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also die Leiterin der Rechtsabteilung wird Ihnen **nicht** den Auftrag gegeben haben, das zu unterschreiben.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich kann es Ihnen auch nicht sagen. Ich wiederhole nur – ich muss diese Leute jetzt auch nicht wiederholen, ich kann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Grenzen wir es ein: Wer wäre zum Zeitpunkt September 1994 in der Lage gewesen, ...

Dkfm. Johann Zwettler: Der gesamte Vorstand der BAWAG.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wer? – Der gesamte Vorstand hat ja keinen Beschluss gefasst!

Dkfm. Johann Zwettler: Das weiß ich nicht. Ich war nicht im Vorstand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war dann Ihr Ansprechpartner, der Ihnen diesen Auftrag gibt? Herr Flöttl?

Dkfm. Johann Zwettler: Das kann Herr Flöttl gewesen sein – 1994. Das kann Herr Elsner gewesen sein. Es war damals noch Herr Kreuch im Vorstand – der war es sicher nicht. Und wer war noch? Braunsperger, glaube ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt haben wir den Kreis schon eingeschränkt: Diese vier Personen?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Ich habe Ihnen gesagt, der Vorstand. Ich war nicht im Vorstand. Flöttl war der Generaldirektor, und Elsner war, glaube ich, zuständig für Salzburg – und Atomic ist ja in Salzburg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber Sie sind der B-Unterschreiber. Und wir engen den Kreis derjenigen ein, von denen Sie Aufträge entgegennehmen. Sie nehmen ja nicht vom Portier der BAWAG einen Auftrag entgegen als Chef des Beteiligungsmanagements, oder?

Dkfm. Johann Zwettler: O ja, wenn ich vielleicht in der Garage falsch geparkt habe, dass ich zwei Plätze verstellt habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau. Also es kommt auf die sachliche Zuständigkeit an! (*Dkfm. Zwettler: Ich kann Ihnen nur sagen, ...*) Sachlich zuständig war der Vorstand, sagen wir – und da haben Sie jetzt Namen genannt. Und wer war zu dem Zeitpunkt der fachlich und sachlich Zuständige im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: In der BAWAG hat einmal entschieden, 100 Prozent, Herr Flöttl.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zum Zeitpunkt September 1994?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, sicher. Von Juni 1972 bis April 1995 hat es den Herrn Flöttl gegeben. Und Vorstände. Und der Herr Flöttl ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und der hat seinen Freund Rohrmoser, den er 40 Jahre lang betreut hat, dann innerhalb ... (*Dkfm. Zwettler: Das weiß ich nicht! Ich bin ...*) – Das kann ich mir nicht vorstellen. Aber bitte, bleiben wir einmal dabei.

Dkfm. Johann Zwettler: Sie wollten wissen, wer eine Entscheidung hat. Und jeder, der in der BAWAG 39 Jahre war, wird sagen: Ohne Flöttl ist bis April 1995 nichts gegangen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Das heißt aber, Sie haben dieses Schreiben unterschrieben, weil Sie einen Auftrag erhalten haben. Inhaltlich haben Sie keine Ahnung gehabt – sagen Sie jetzt.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe nicht gesagt, ich habe keine Ahnung gehabt, sondern ich habe gesagt, ich weiß absolut nicht, was im Dezember 1994 gewesen ist, wo ich im Bereich Beteiligungen tätig war – nicht im Vorstand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie dürfen nicht vergessen, die Firma **Atomic for Sport** wurde dann verkauft, und letztlich hat sich dann die BAWAG dort beteiligt. Da sind wir schon wieder bei Ihnen, denn Sie waren der Chef des Beteiligungsmanagements.

Dkfm. Johann Zwettler: Dieses Beteiligungskonzept – es war eine Minderheitsbeteiligung, wie ich mich erinnern kann, im Zusammenhang mit der finnischen Firma, die das gekauft hat – ist im Paket ... – Ich habe auch erwähnt, dass federführend der Herr Dr. Schwarzecker als Leiter der Kreditrevision bei Atomic tätig war – ein Betriebswirt, der auch Bücher geschrieben hat, zum Beispiel über Cash-Flow und Unternehmensentwicklungen –, und der hat gemeinsam mit dem Vorstand das gemacht. Das war anscheinend da seine wesentliche Tätigkeit.

Uns wurde dann gesagt: Wir werden uns mit 10 Prozent Minderheit beteiligen! Irgendwann – ist mir bewusst worden – haben wir 5 Prozent abgegeben. Also, die BAWAG dürfte dann nur mehr 5 Prozent gehabt haben statt 10 Prozent. Aber das war keine Akquisition der BAWAG, sondern diese Beteiligung, die wir eingehen mussten, war im Zuge eines Sanierungspaketes. Der Vorstand hat es beschlossen, und wir haben es gemacht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Dkfm. Zwettler, Sie sind ähnlich wie der Herr Elsner eigentlich ein „Urgestein“ der BAWAG, und es ist erfreulich, dass Sie – was beim Herrn Elsner allerdings medizinisch bedingt ist, wie wir wissen – **nicht** diese beachtlichen Erinnerungslücken haben, die wir heute schon bei Herrn Elsner feststellen mussten.

Ich habe folgende Frage: Wir haben heute nach Ihnen den früheren Bundeskanzler Dr. Vranitzky hier sitzen wegen seiner 1 Millionen Schilling Honorar für Beratung im Zusammenhang mit der Euroeinführung. Wir können nicht ausschließen, dass da ein Zusammenhang mit der BAWAG besteht, nachdem Herr Wolfgang Flöttl der Investmentbanker der BAWAG war, der mit Milliarden, möchte ich fast sagen, jonglieren konnte.

Wie war eigentlich das Verhältnis, soweit Sie Wahrnehmungen haben, zwischen dem Bundeskanzler Dr. Vranitzky, der ja selber jahrelang Banker war, der sich für Banksachen sehr interessiert hat, der selbst die treibende Kraft beim Verkauf der CA war, wie ich mich noch erinnern kann, also wie war eigentlich das Verhältnis der BAWAG zum damaligen Bundeskanzler Dr. Vranitzky?

Dkfm. Johann Zwettler: Können Sie mir helfen? Wann war Vranitzky Bundeskanzler? Vor zehn Jahren?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Vor zehn Jahren, ja. (*Dkfm. Zwettler: Wann?*) – Bis 1997.

Dkfm. Johann Zwettler: Von 1987 bis 1997.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Von 1986 bis 1997.

Dkfm. Johann Zwettler: Entschuldigung, dass ich das nicht weiß. Das war bis 1995 Inwieweit es da einen Kontakt zwischen dem Herrn Flöttl senior gegeben hat, ... (*Abg. Dr. Stummvoll: Wissen Sie nicht!*) Glaube ich nicht. Ob der Herr Elsner den gekannt hat? Ich habe Vranitzky gekannt, als er Länderbank-Generaldirektor war, denn da waren einige Fälle. Dort war ich aber als Prokurist in irgendwelchen Bankenrunden. Mehr kann ich nicht sagen.

Als ich Generaldirektor war, wurde ein Buch über ihn herausgegeben, und das wurde in der P.S.K. – ich weiß nicht, ob Sie damals auch dabei waren – vorgestellt von Dr. Koren und mir; daher habe ich gemeint, ob auch Sie vielleicht dabei waren. Da war er aber bereits Bundeskanzler a.D. Logischerweise hat jeder Generaldirektor einer Großbank mit einem Bundeskanzler mehr oder weniger einen Kontakt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Heißt das, dass Sie eigentlich mehr oder weniger ausschließen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Überweisung von Flöttl an Vranitzky mit der BAWAG gab?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß es nicht. Ich habe von dieser Überweisung in der Zeitung gelesen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie wissen nichts davon? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) – Unser Problem ist, dass die einen sich nicht mehr erinnern können und dass die anderen sagen, es war ein Vorstand im Vorstand, und nichts wissen.

Waren Sie eigentlich Mitglied des Vorstandes im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich gehe schon davon aus, ja. Es waren alle dabei.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie waren sozusagen in dem engeren Vorstand. Wir wissen aus allen Unterlagen, dass es in der BAWAG sozusagen einen Vorstand im Vorstand gegeben hat. Das hat auch Ihr Vorstandskollege Dr. Büttner hier bestätigt, der bei vielen Vorstandssitzungen nicht dabei war. Jetzt meine konkrete Frage: Waren Sie Mitglied des Vorstandes im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: Die Vorstandssitzungen fanden alle 14 Tage statt. Eingeladen waren alle Mitglieder des Vorstandes, und es hat daher nicht einen Vorstand des Vorstandes – ich versuche, das so wiederzugeben – gegeben.

Herr Büttner war natürlich von seiner Funktion im internationalen Geschäft her derjenige, der am meisten von uns nicht im Haus war, wenn überhaupt, weil er im Rahmen seines Jobs irgendwo unterwegs war. Daher ist es möglich, dass er einmal bei einer Vorstandssitzung nicht dabei war. Auch ich war manchmal bei Vorstandssitzungen nicht dabei. Ich war immerhin auch für Oberösterreich zuständig, und wenn ich einen Termin bei der VOEST in Linz hatte, hatte das natürlich mehr Priorität als die Vorstandssitzung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Es kommt in jedem großen Unternehmen vor, dass man nicht bei jeder Vorstandssitzung dabei sein kann. Darum geht es nicht, sondern es geht um die Frage, ob es einen Vorstand im Vorstand gab. Sie sagen: Nein, es gab keinen Vorstand im Vorstand!

Dkfm. Johann Zwettler: Nein! Wir waren fünf Personen und dann acht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wir nehmen zur Kenntnis: Da steht Aussage gegen Aussage! (*Abg. Krainer: Da steht Wertung gegen Wertung! Das ist keine Aussage, sondern eine Wertung!*)

Wir untersuchen den Zeitraum ab 1994. Von 1994 bis 2000 gab es keine BAWAG-Prüfung. Damals war die Bankenaufsicht im Finanzministerium. Ist es reiner Zufall, dass sechs Jahre lang die rote BAWAG nicht geprüft wurde?

Dkfm. Johann Zwettler: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Hat es Gespräche mit dem jeweiligen Finanzministern gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe sicher mit den Finanzministern keine Gespräche geführt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wer waren die Gesprächspartner im Finanzministerium, was die Bankenaufsicht betrifft, mit der BAWAG? Da hat es Staatskommissäre gegeben. (*Dkfm. Zwettler: Staatskommissäre ...!*) – Hat es andere Verbindungsleute auch noch gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Staatskommissär war Mag. Sutter.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das wissen wir. – Hat es auch andere Kontaktpersonen im Ministerium, im Ministerkabinett zum Beispiel, gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Im Ministerkabinett, da weiß ich niemanden. – Zuständig war, glaube ich, der Ministerialrat Heilingsetzer oder Lejsek, einer von den beiden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Eine andere Frage: Es hat im Sommer des Vorjahres in einem „Standard“-Interview der seinerzeitige Pressesprecher

von Minister Lacina, Herr Dietmar Ecker – heute ein erfolgreicher Unternehmer – gemeint, wenn in der BAWAG die Maßnahmen, die der Minister Lacina der BAWAG im Jahr 1994 aufgetragen hat, erfüllt worden wären, wäre all das, was nachher entstanden ist, gar nicht eingetreten. – Wie sehen Sie das?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß nicht, was Minister Lacina ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie kennen nicht die seinerzeitigen Maßnahmen, die Lacina der BAWAG aufgetragen hat?

Dkfm. Johann Zwettler: Die müsste er dem Flöttl aufgetragen haben, der war damals der Chef. – Nein, ich weiß nicht, was der Herr Ecker ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das weiß ein Vorstandsmitglied nicht?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich war 1994 kein Vorstand.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Damals noch nicht. Ja, aber ...

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß nicht, wie lange Lacina Minister war. (*Obmann Dr. Graf: Das war 1995!*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): 1995. Wann waren Sie im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: Mai 1995.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Es waren Maßnahmen, die zwar im Jahr 1994 gesetzt wurden, aber natürlich nicht gleich im ersten Jahr umgesetzt werden konnten. Es waren Maßnahmen, die in den Jahren 1995, 1996, 1997 umzusetzen gewesen wären. – Dass Sie nichts davon wissen, ist erstaunlich!

Noch eine Frage: Wie wir wissen – Sie haben es ja auch betont –, wurde offensichtlich die BAWAG sehr autoritär geführt, sowohl von Flöttl als auch nachher von Elsner. – Wie war eigentlich nachher, als Sie Generaldirektor wurden, der Führungsstil? Sind Sie von diesem autoritären Führungsstil zu einem partizipativen Führungsstil übergegangen? Wie war das dann? Wie war Ihr Führungsstil, nachdem hier jahrelang ein derartig autoritärer Führungsstil war, wo offensichtlich der jeweilige Vorstandsvorsitzende vielfach seine Vorstandskollegen gar nicht informiert hat und vielleicht der Generaldirektor allein der Vorstand im Vorstand war?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich bin im Laufe von 39 Jahren ungefähr 10 bis 15 Mal fristlos entlassen worden – ***verbal***, nicht schriftlich. Und mir war klar, dass das Haus hier eine Übergangsphase benötigt. Ich habe mich bemüht, mit allen Mitarbeitern – mit allen, das ist übertrieben, wenn es 6 000 sind –, aber ich habe versucht, offener zu sein. Und es haben Vorstandssitzungen länger gedauert; wahrscheinlich, weil sich die Leute mehr zu Wort gemeldet haben. Es hat mehr Diskussionen gegeben. Ich will nicht sagen, dass es vorher keine Diskussionen gab, aber ich habe versucht, eine andere Diskussionskultur zu pflegen. Das kann man jetzt natürlich negativ auslegen. Einer zieht in 20 Minuten zehn Kreditfälle durch, beim anderen dauert es zwei Stunden.

Darum habe ich mich bemüht, mit meinem Naturell – natürlich muss einer ja oder nein sagen, manchmal auch ein scharfes Wort auch im Vorstand sagen –, aber ich habe mich bemüht, die Meinungsbildung zu verbreitern und kollektiver zu sein und den Leuten eine Chance zu geben, sich besser zu artikulieren. Ich möchte betonen: Man konnte sich sehr wohl artikulieren in der Periode, die Sie angesprochen haben.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Eine Zusatzfrage: Wie haben Sie eigentlich als Generaldirektor das Verhältnis zum Aufsichtsrat gestaltet? – Wir haben

gehört, dass vor Ihnen vor allem durch Elsner, aber offenbar auch schon durch Flöttl der Aufsichtsrat in der Regel von wichtigen Dingen gar nicht informiert wurde, nur der Aufsichtsratsvorsitzende. Wie haben Sie das Verhältnis zum Aufsichtsrat gestaltet?

Dkfm. Johann Zwettler: Dass der Aufsichtsrat über nichts informiert wurde ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Nicht über nichts, sondern offensichtlich über wichtige Dinge nicht informiert wurde!

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn Sie auf 1998 anspielen – das möchte ich nur als Schlagwort geben –: Da ist es richtig! Sehr wohl war der Ansprechpartner der Präsident des Aufsichtsrates. Ich war aber auch bemüht um das Verhältnis mit dem zweiten Aktionär, mit der Bayerischen Landesbank, die immerhin bis 30. Juni 2004, also immerhin fast 14 Monate lang, den Stellvertreter gestellt hat. Das Verhältnis war nicht schlecht, aber es war verbessерungsbedürftig.

Wir haben in den Aufsichtsratssitzungen – mit Ausnahme dieser einen Sache, die ich jetzt nur schlagwortartig erwähnen wollte –, das heißt, ich habe mit dem Aufsichtsrat ein sehr offenes Verhältnis gehabt, ob das der Betriebsrat war, ob es Nicht-ÖGB-Mitglieder im Aufsichtsrat waren. Da gab es die Bayern. Es gab dann im Aufsichtsrat auch Vertreter der Industrie. Und ich habe versucht, auch Vertreter des ÖGB und der Arbeiterkammer ... – Dort wird man schon gespürt haben, dass wir wirklich gut informiert haben.

Wir mussten eine Sache zum Wohle des Unternehmens, wie wir dachten – der Vorstand aus 1998 und aus den Folgejahren –, wie wir der Meinung, auslößeln, was wir auch, kann ich sagen, geschafft haben. Aber zum Aufsichtsrat gab es ein korrektes Verhältnis und auch zu den Bayern. Ich habe mich eigentlich mit vielen Aufsichtsratsmitgliedern getroffen und habe sie informiert. Das war allgemein. Es war nicht eine Sitzung gegen jemanden zu machen. Im Aufsichtsrat waren immerhin 17 Personen plus 8 Betriebsräte, also ungefähr die Hälfte. Dann eigentlich 9 Betriebsräte. Es waren also dann 26 Leute. Ich habe schon versucht, mit den Leuten, obwohl es ein breites Spektrum war: Betriebsrat, Industrie ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Danke. – In der nächsten Runde habe ich dann noch Fragen zur Postsparkasse.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Dkfm. Zwettler, Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen gesagt, die BAWAG hat in Richtung Osten, in Richtung der maghrebischen Staaten und in den arabischen Raum expandiert. – Wann war denn das eigentlich?

Dkfm. Johann Zwettler: Im Osten haben wir eigentlich schon 1998 begonnen, mit mehr oder weniger geringem Erfolg, weil einige Banken dabei waren, an denen man nicht anstreifen sollte. Dr. Koren und ich haben uns da sehr bemüht. Andere Banken waren uns da um einige Nummern zu groß. Und wir haben dann eigentlich 1999/2000 in der Slowakei – wir waren schon mit den Bayern an einer ungarischen Bank beteiligt, und zwar minderheitsbeteiligt; das habe ich bis jetzt gar nicht erwähnt –, unmittelbar nach der PSK – die Vorlaufzeit war drei bis vier Jahre – begonnen, eine Bank zu haben. Wir waren auch in Tschechien schon minderheitsbeteiligt. Da haben wir uns dann mit den Bayern geeinigt, dass wir die ganze Bank übernehmen. Das war dann 2003/2004, also in der Zeit nach der Elsner-Ära. Dann haben wir 2004 in Slowenien, und zwar in Laibach, auch eine Bank eröffnet.

Das hat den Zeitraum von 1998 bis 2004 umfasst. Zu erwähnen ist auch die Malta Bank. Weil da die Ära von Elsner auch mit involviert war, gab es seine Zustimmung dazu. Aber er hat gesagt: Ich habe mich um die Postsparkasse gekümmert bis April 2003, betreffend die Akquisition, und um diese Ost-Sachen kümmert euch ihr jetzt! –

Das war natürlich sehr zeitaufwendig. Und wir konnten nicht immer Perlen kaufen, weil wir kein Geld im Sack hatten.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber es war ein eher später Zeitpunkt, als Sie Engagements im Osten angestrebt haben – im Vergleich zu anderen Banken dieses Landes?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, das lag auch daran, dass Generaldirektor Flöttl senior etwas affin war gegen fremde Länder und fremde Sprachen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das führt mich schon zum nächsten Thema. – Herr Elsner hat uns gesagt, dass die BAWAG eine wirtschaftspolitische Funktion hatte. Sagen Sie das auch so, und wenn ja, worin bestand die wirtschaftspolitische Funktion der BAWAG?

Dkfm. Johann Zwettler: Wirtschaftspolitisch? – Schauen Sie, der österreichische Bankenmarkt ist der umkämpfteste in der gesamten EU. Wir sind zwar alle gestraft worden dafür, aber es gibt keinen einzigen, der brutaler ist, obwohl das Verhältnis unter den Instituten grundsätzlich in Ordnung ist.

Die wirtschaftspolitische Funktion der BAWAG lag, glaube ich, primär in der Vergangenheit, als man – und das war in der Ära der achtziger Jahre – den sogenannten kleinen Mann bankreif gemacht hat, dass er sich über den Barzustellungskredit, das Kapitalsparbuch hereingetraut hat. Es war in Richtung wirtschaftspolitisch retail. Und die BAWAG war immer sehr zinsaggressiv, was ihr auch von der EU-Prüfung bestätigt wurde.

Die BAWAG hat das zwar in dieser Runde, wo ich nie dabei war, um es gleich zu sagen, weil ich damals irgendwo nur Oberprokurist war, besprochen, sich aber nie daran gehalten. Daher hat es auch eine Bestrafung gegeben, aber einen gewissen Bonus dafür.

Das war hier die Öffnung. Und das resultierte natürlich aus dem Aktionär ÖGB und dem Zugang zu 5 000, 6 000 Betriebsräten. Wohnbaukredite und so weiter hat es bei allen Banken gegeben. Aber das würde ich als wirtschaftspolitische Funktion sehen. Die Leute sind offener geworden. Und ich glaube auch, dass viele Institute – logischerweise sind nicht alle dann zur BAWAG gekommen – dann profitiert haben. Und sie sind dann sozusagen hineingegangen, ob das die Bank Austria, Raiffeisen, die Erste war. Das war, glaube ich, in den achtziger Jahren sehr maßgeblich.

Um einen Kredit zu bekommen, musste ich als junger Mann für 10 000 S noch die Bürgschaft meiner Eltern haben, weil ich erst ein Jahr lang beschäftigt war. Also, es gab eine Öffnung und damit volkswirtschaftlich einen gewissen Akzelerationsprozess, um die Kaufkraft zu stärken und damit sich jemand auch einen Kredit in vernünftigem Maß aufzunehmen getraut. Es gab Barzustellung und so weiter. So würde ich das sehen. In anderen Bereichen hatten sicher andere Banken einen größeren Stellenwert, als wir ihn hatten.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt, die BAWAG war vorwiegend in einem Bereich mit niedrigen Spannen tätig? (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Ergab sich daraus nicht sozusagen die Notwendigkeit, sich auch gewissen riskanteren Geschäften zuzuwenden, um gewissermaßen eine ausreichende Ertragssituation zu haben? Denn: Ich kann mir nicht vorstellen, dass der ÖGB nur reiner Wohltäter gewesen ist, sondern der hat auch Erträge aus dieser Bank lukrieren wollen, dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen. Und sofern ich das richtig einordne, ist es doch wohl so, dass die Erträge der BAWAG für den ÖGB eine wichtige Einnahmequelle gewesen sind.

Mit anderen Worten: Ist es nicht so, dass dieses „magere Geschäft“ – unter Anführungszeichen – mit den niedrigen Spannen auf Grund der wirtschaftspolitischen Funktion und auch der sehr späte Einstieg in Ostgeschäfte dazu geführt haben, dass die Bank zwangsläufig in risikobehaftete Geschäfte einsteigen musste und dies ziemlich direkt in die Karibik geführt hat? – Sehen Sie das so, oder sehen Sie das nicht so?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, ich sehe das nicht so. Ich meine, man kann immer wieder Spannen ... – Bessere Geschäfte kann man da oder dort machen, die gibt es überall. Aber ich habe Ihnen schon gesagt, dass die Bewunderung Herrn Flöttl gegenüber war: Wie kann man mit dieser Anzahl von Mitarbeitern alle Kennzahlen ... – Ich habe im Laufe der Jahre, ob das jetzt von der Bank Austria, Investkredit, Erste oder Raiffeisen war, natürlich dann durch meine Vorstandsfunktion diese Leute besser kennen gelernt, die vorher auch irgendwo Direktoren waren. Die haben gesagt: Wie habt ihr das geschafft, um 30 Prozent bessere Kostenfaktoren zu haben, Bilanzsumme pro Mitarbeiter, Ertrag pro Mitarbeiter?, weil ganz einfach das Haus immer aus den letzten Fugen gekracht hat. Es gab immer 150 Prozent Geschäft für 100 Leute. Das war das Geheimnis. Und die Leute sind mit einem Flöttl, der mit absoluter Härte regiert hat, mitgegangen. Das habe ich ja versucht, eingangs zu erwähnen.

Es hat Dr. Cordt zum Beispiel oder auch Dr. Rothensteiner gesagt: Wie habt ihr das eigentlich geschafft? Und das sage ich jetzt hier: Auch der Betriebsrat hat gemurrt, aber er hat mitgezogen, weil ja zum Teil ... – Ich meine, ich bin jetzt kein Maßstab, aber ich habe, als ich ausgeschieden bin, 170 Resturlaubstage gehabt. Und es hat haufenweise Leute gegeben, die haben 100 Tage gehabt, die dort nicht Vorstand waren.

Die Kostenseite war das Entscheidende. Und das war für uns dann auch die Herausforderung, weil logischerweise die P.S.K. – das war aber erst 2000 – bei Weitem nicht ... – Wir hatten ein Cost Incoming Ratio in der BAWAG-Blütezeit von 48 Prozent, aber nicht von den Erträgen, und die P.S.K. hatte, glaube ich, etwa 75 Prozent. Also: Es war rein die Kostenseite.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Es wurde also zum Teil unter Selbstausbeutung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozusagen hier ...

Dkfm. Johann Zwettler: Die haben mitgespielt, weil sie gesehen haben, es gibt Erfolge, es gibt Marktanteile.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie wurden **gezwungen**, mitzuspielen. – Kann man das vielleicht so formulieren?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, ein Betriebsrat – und ich kenne viele Betriebsräte, weil ich sie Jahrzehnte betreut habe – lässt sich nicht so locker zwingen. (Abg. Mag. Stadler: *Es sei denn, man macht sie zu Prokuristen!* – Sie haben die Frau Betriebsratsvorsitzende zur Prokuristin gemacht!)

Dkfm. Johann Zwettler: Das werden Sie in vielen Unternehmungen finden. (Abg. Mag. Stadler: *Das hat man nur bei der BAWAG gesehen!*)

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe die Frau Betriebsratsvorsitzende als Spitzenkraft kennen gelernt. Die ist über 20 oder 25 Jahre im Haus, im Kassenbereich, sehr kundenorientiert, und wann sie Prokuristin wurde, irgendwann ... (Abg. Mag. Stadler: *Sie hat es nur nie ausgeübt! Sie wurde nur als Prokuristin bezahlt!*)

Dkfm. Johann Zwettler: Ach so? – Ich habe wirklich nicht das Gehalt der Frau Betriebsratsvorsitzenden ... Das weiß ich nicht, ob sie ... (Abg. Mag. Stadler: *Sie hat es ja hier ausgesagt!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie hat es hier im Ausschuss gesagt.

Dkfm. Johann Zwettler: Okay. Wenn sie es ausgesagt hat, wird es stimmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt reden alle durcheinander!

Dkfm. Johann Zwettler: Wann wurde sie Prokuristin – wenn Sie die Freundlichkeit hätten, mir das zu sagen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist Herr Rossmann am Fragen, und alle anderen kommen auch wieder dran. Wir sind ja noch nicht fertig. – Bitte, Herr Kollege Rossmann.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Die Kostensituation: Zum Teil unter Selbstausbeutung waren auch die Gehälter der Bediensteten ...

Dkfm. Johann Zwettler: „Selbstausbeutung“ habe ich **nicht** gesagt! Das haben **Sie** gesagt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie verneinen das?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe nicht „Selbstausbeutung“ gesagt, ich habe gesagt, die maßgeblichen Mitarbeiter waren bereit, das zu tragen, weil sie Erfolge sahen. Die BAWAG – das muss man ja auch einmal sagen – wurde in den siebziger Jahren als „Winkelbank“ belächelt. Und wenn Sie jetzt Mitarbeiter sind: Diese tausend, die es damals gegeben hat – und wir haben gute Leute, sonst hätten wir nicht diese Entwicklung nehmen können –, die waren stolz darauf, dort zu arbeiten. Und der hat natürlich seine Überstunden bezahlt bekommen, und die Frau Betriebsrat hat geklammert, und wir haben dann letztlich doch Mitarbeiter da oder dort einstellen müssen. Aber ich habe immer gesagt, wir waren mit den **Geschäften** voraus. Das Wort „Ausbeutung“ habe aber ich nicht in den Mund genommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir nehmen das da nicht mehr in den Mund, weil Mitarbeiter im Grünen Klub arbeiten 80, 100 Stunden, sind toll motiviert und so weiter. Sie würden nie von Selbstausbeutung der Mitarbeiter reden, oder? (*Abg. Broukal: Haben Sie um 17 Uhr schon einmal jemanden erreicht bei den Grünen? Da ist ein Tonband!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Da müssen Sie vielleicht einmal mit den Mitarbeitern sprechen, Herr Kollege Graf – auch mit Ihren Mitarbeitern in Ihrem Klub, würde ich sagen.

Ich komme zu einem anderen Thema, nämlich zum Prüfbericht der OeNB aus 2001. Sie haben gesagt, Sie kennen den Bericht, haben aber die Details nicht mehr so genau in Erinnerung. – Stimmt das so?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, logischerweise. Und ich habe gesagt, ich kann mich insbesondere erinnern, dass damals, glaube ich, diese Bankrevision kritisiert wurde.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kritisiert wurden vor allem zwei Dinge – nicht das erste Mal, das war auch schon bei einem früheren Prüfbericht so –: Die interne Revision, aus der Sie gekommen sind, wie Sie gesagt haben, ...

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, bin ich nicht gekommen!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): ... und kritisiert wurde auch das Risikomanagement.

Dkfm. Johann Zwettler: Bin ich nicht gekommen, bitte! Habe ich nicht gesagt!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben gesagt, Sie waren lange in der Innenrevision tätig!

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, ich habe gesagt: Kreditrevision.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie können sich an diese Kritik im Detail nicht mehr erinnern? (*Die Auskunftsperson schüttelt den Kopf.*) Dann darf ich vielleicht aus dem Bericht des Jahres 2001 einmal eine Passage zitieren. Dort heißt es:

In der Note vom 12. 2. 2001 –

das ist eine Aktennote, in der überblicksmäßig die internen Kontrollsysteme beschrieben werden –

wird angemerkt, dass die Funktion der internen Revision in der Verantwortung der internen Revision der BAWAG liegt. Diesbezüglich ist auf die langen Prüfzyklen, denen die zuständigen Fachabteilungen unterliegen, hinzuweisen. So finden materielle Prüfungen der Abteilung Internationales Geschäft und der Großkundenabteilung laut der grundsätzlichen Prüfungslandkarte der internen Revision lediglich alle drei Jahre – letztmalige Prüfung 1998 beziehungsweise 1996 – statt. Der Prüfzyklus der Abteilung Beteiligungen beträgt drei Jahre. Die Abteilung blieb jedoch seit vielen Jahren ungeprüft. Auch sind im Prüfhandbuch beziehungsweise in der Prüfungslandkarte Prüfungen der Austost Schaan und der Austost Guernsey überhaupt zu vermissen.

Weiters heißt es in diesem Bericht – ich zitiere –: Wegen mangelnder Funktionstrennung muss das vorhandene interne Kontrollsysteem und Risikomanagement der Tochterunternehmungen als nicht state of the art bei Banken dieser Größenordnung bezeichnet werden.

Was sagen Sie dazu?

Dkfm. Johann Zwettler: Sie haben es mir jetzt vorgelesen. Was soll ich dazu sagen?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie sind ja seit 1966 in dieser Bank beschäftigt gewesen, Sie waren seit 1995 im Vorstand. Und ich zitiere wieder aus diesem Prüfbericht:

Daraus ist ersichtlich, dass der Leitung der jeweiligen Tochtergesellschaft –

das heißt, im Wesentlichen dem Vorstand der BAWAG –

in allen Stadien der Geschäfte – nämlich mit Tochterunternehmen – die Schlüsselrolle zukommt.

Na, da müssen Sie aber irgendetwas mitgekriegt haben von diesen ganzen Dingen, oder nicht? Und auch sozusagen von dem Bericht, der hier feststellt, dass es erhebliche Mängel in der internen Revision auf der einen Seite gibt und beim Risikomanagement für eine Bank dieser Größenordnung auf der anderen Seite.

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn Sie das vorlesen: Ich glaube, es wurden auch als weitere Konsequenz – das kann ich Ihnen aber nicht zu 100 Prozent sagen – hier einige Funktionen ausgetauscht, wo also generell keine Vorstandsmitglieder mehr in irgendwelchen Tochterfirmen sind, sondern bestenfalls im Aufsichtsrat. Das war das eine. – Weil Sie das sagen: Da hat es eine Innenrevision gegeben der P.S.K., eine Innenrevision der BAWAG – genau zu diesem Zeitpunkt. Wir waren laut EU-Beschluss mit 1. Dezember berechtigt, die P.S.K. zu erwerben.

Das war also schon ein Zeitpunkt, aber das hat sich bei der Innenrevision dann so dahingezogen. Wir haben versucht, die Prüfungsrythmen zu beschleunigen, nur: Sie hatten zwei Revisionen, und wir haben einmal ein paar Monate gebraucht, um die Leute in Hearings herauszulösen, zu sagen: Wer wird jetzt der Chef, wer wird der Stellvertreter, wer hat diese Qualifikation, wer hat jene Qualifikation. Und bei Tochterfirmen, glaube ich, haben sich einige Veränderungen im Laufe der Zeit

ergeben, weil mit September 2001 sind Blöcke in der Größenordnung von 10 Milliarden € mit Strukturgesetzen in die BAWAG gekommen. Es war damals wirklich ein Wunder. Die Leute haben sich gefragt: Wo sitzt du jetzt überhaupt? Es waren da Doppelgleisigkeiten gegeben.

Der Prüfungsrythmus wurde verstärkt, es hat die Prüfungspläne gegeben, aber das muss man, glaube ich, wenn 25 Milliarden und 25 Milliarden zusammen 50 Milliarden € ergeben, dann ist logisch, dass hier manches ... – Darum hat es ja hier auch eine Prüfung 2003 gegeben: Wie schaut es da jetzt aus im Zusammenhang mit IT, mit den Prüfungen und so weiter, mit BAWAG/P.S.K., wie habt ihr das jetzt geordnet? Das kann ich Ihnen nur darauf sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie beschreiben jetzt, dass einiges in Fluss gekommen ist, wenngleich mir das nicht viel zu sein scheint im Hinblick auf die Vorwürfe, die hier erhoben worden sind, und Sie haben überdies gesagt, Sie **glauben**, dass sich einiges verändert hat.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, ich habe eingangs betont, das war das Jahr 2001. Da waren wir alle mit der P.S.K. voll beschäftigt, und ich musste mir das jetzt von Ihnen – vorlesend –, sechseinviertel Jahre alt, anhören, was ich mir gerne angehört habe, aber Sie können jetzt von mir wirklich nicht erwarten, dass ich mich an alles erinnern kann. Ich kann mich an ein paar Zahlen noch erinnern, aber an alles nicht. Die Geschichte von 39 Jahren kann ich Ihnen nicht widerlegen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Darf ich dieses Thema noch abschließen: Aber unmittelbare Konsequenzen hat dieser Prüfbericht dann offensichtlich, entnehme ich jetzt ihrer Aussage, **nicht** gehabt, da Sie ja gesagt haben, Sie waren alle mit dem Kauf und der Übernahme der P.S.K. in diesem Jahr beschäftigt?

Dkfm. Johann Zwettler: Es hat sicherlich Konsequenzen gehabt. Wir waren nicht mit dem **Kauf** beschäftigt, weil der Kauf war ja mit 1. Dezember 2000 rechtskräftig laut Kartell und EU, und die Vorphase waren immerhin acht Monate. So lange gab es den Kampf, es gab ja vier Bieter – das war davor –, und dann waren wir eine Einheit. Wir haben 1,3 Milliarden auf den Tisch gelegt, und wir mussten die 1,3 Milliarden verdienen. Und dass da manches nicht so optimal gelaufen ist, das kann ich mir vorstellen. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, Vorwurf oder Kritik – weil jede Notenbankprüfung muss eine Kritik haben –, Vorwurf eins, zwei, drei oder vier wurde abgearbeitet am ... oder so. Das kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen. Tut mir leid, das ist sechs Jahre her.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Es dürfte aber doch so gewesen sein, dass Sie auch in den Folgejahren, nämlich in den Jahren, in denen Sie dann Generaldirektor gewesen sind, diese Mängel nicht abgearbeitet haben, denn wir haben den Generaldirektor Nowotny hier gehabt, der dann gesagt hat, dass das Risikomanagement zu jenem Zeitpunkt, als er die Bank übernommen hat, einen Zustand gehabt hat, den man nicht als state of the art bezeichnen kann. Das heißt also, zwischen dem Prüfbericht 2001 und dem Zeitpunkt der Übernahme durch Generaldirektor Nowotny, 1. 1. 2006, dürfte sich am Risikomanagement relativ wenig geändert haben. Und die Frage, die anzuschließen wäre, ist: Wie ist das in Bezug auf die interne Revision?

Dkfm. Johann Zwettler: Also, ich bin kein Professor, wie der Herr Professor Nowotny, und state of the art ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Entschuldigen Sie: Herr Professor Nowotny ist nicht in seiner Funktion als **Professor** dort Generaldirektor geworden,

sondern wahrscheinlich auch deshalb, weil er bei der Europäischen Investitionsbank war, und dort hat er Risikomanagementsysteme kennen gelernt, die state of the art sind. Auch das hat er hier im Ausschuss ausgesagt.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, ich habe Herrn Professor Nowotny ja nicht disqualifiziert, sondern ich habe nur gesagt: state of the art – es gibt sicherlich jetzt schon wieder andere Risikosysteme als vor einem Jahr. Sie müssen also, glaube ich, da schon berücksichtigen, es hat sich einiges verbessert, auch wenn man hier sagt, so ist es nicht, und Professor Nowotny sagt, nicht state of the art. Es ist hier immerhin versucht worden – mit Erfolg, wo ich gesagt habe, das Wohl des Unternehmens steht im Mittelpunkt –, einen Schaden aus der Vergangenheit zum Wohle der Aktionäre, der Mitarbeiter und des Unternehmens zu bereinigen.

Es ist aber nicht völlig vergessen worden – da sind sehr wohl im Gesamtvorstand auch Leute gesessen, Vorstand der P.S.K., wo also Anregungen gekommen sind –, dass es immer ein State of the Art gibt. Die Europäische Investitionsbank mag da noch besser sein, aber dass überhaupt nichts geschehen ist, das kann ich mir absolut nicht vorstellen. Aber verbesserungsfähig ist alles.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine einleitende Frage, die sich da anschließt, von mir: Sie kennen also den OeNB-Prüfbericht 2001?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, aber ich habe gesagt, es wurde mir vorgelesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann erklären Sie mir aus Ihrer Sicht, wie denn diese Prüfberichte vom Postlauf her geregelt waren, dass sie in Ihrer Bank behandelt werden.

Dkfm. Johann Zwettler: Das weiß ich nicht; die sind an den Generaldirektor gegangen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Herr Generaldirektor hat das Gegenteil gesagt!

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber es geht jeder ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das muss ich Ihnen vorhalten. Der Herr Generaldirektor hat seine Rolle in etwa so beschrieben: Wenn eine Prüfung war, dann hat er sich darum gekümmert, dass Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, dass man ausreichend Möglichkeiten bekommen hat – und das war es schon. Für alles andere waren die zuständigen Abteilungen verantwortlich. Und dass der Prüfbericht über seinen Schreibtisch einlaufend gelaufen ist, dazu hat er gesagt, das ist nicht so, sondern er ist bei der Posteingangsstelle direkt in die zuständige Abteilung gekommen.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Ein Prüfbericht, wenn es hier um einen Prüfbericht der Österreichischen Nationalbank geht ... – Ist das richtig? (**Obmann Dr. Graf:** Ja!) – Dieser ist an den Vorstand und an den Vorstandsvorsitzenden gegangen. Die werden nicht in die Großkreditabteilung einen Prüfungsbericht schicken. Dem kann ich nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt also, das ist an den Vorstand gerichtet worden? Das ist ja richtig.

Dkfm. Johann Zwettler: An den Vorstandsvorsitzenden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und der Vorstandsvorsitzende hat ihn, sage ich jetzt, neben der Sekretärin vielleicht, die das Kuvert geöffnet hat, materiell auf dem Tisch gehabt. – Kann man das so sagen? (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Und er hat dann die weiteren Verfügungen vorgenommen, was damit zu passieren hat? (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Nehmen wir das einmal so zur Kenntnis. Wir werden ihm das ja vorhalten – er wird ja noch einmal kommen –, weil er hat es uns anders erzählt. – Kollege Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Zwettler, ich gehe zurück zu den Bescheinigungsmitteln, die zum Konkursantrag Atomic for Sport geführt haben. Wir haben über Vorhalt der Kollegin der Österreichischen Volkspartei klargelegt, dass dieses Bescheinigungsmittel der RAIL TRANS INVEST, das Sie unterschrieben haben, vom 12. September 1994, wo eine Forderung von 52,9 Millionen Schilling bescheinigt wurde, dass diese Forderung gar nicht gegen Herrn Rohrmoser existiert hat, sondern gegen Koflach. – Ist das richtig?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe Ihnen bereits eingangs gesagt, dass ich in diese Sache absolut nicht involviert war und daher eine Trennung zwischen Koflach und Rohrmoser und Atomic und Atomic for Sport gar nicht vornehmen konnte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dürfen wir da einmal festhalten, dass Sie an das Gericht beziehungsweise an Ihren Anwalt ein Bescheinigungsmittel mit Ihrer Unterschrift produzieren, mit einer nicht unerheblichen Forderung, zum Zwecke der Konkursbeantragung gegen eines der größten österreichischen Unternehmen, wo Sie sich nicht einmal rudimentär erkundigt haben, ob der Sachverhalt, den Sie unterfertigen, überhaupt stimmt. – Ist das so?

Dkfm. Johann Zwettler: Das ist absolut nicht so, sondern ... (*Abg. Mag. Stadler: Sonder**) – Wir haben das vorher ja besprochen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, Sie haben nur gesagt, Sie haben keine Ahnung gehabt und haben es trotzdem unterschrieben.

Dkfm. Johann Zwettler: Es wurde die Frage gestellt: Wer war da damals weisungsberechtigt? Ich habe ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe eine ganz andere Frage: Sie haben gesagt, Sie haben keine Ahnung, Sie wissen es nicht, Sie können das ...

Dkfm. Johann Zwettler: Weil ich in Atomic nicht involviert war!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es! Jawohl! Das habe jetzt sogar ich verstanden. (*Dkfm. Zwettler: Gut!*) – Daher die Umkehrfrage: Bedeutet das, dass Sie also einen Sachverhalt, der objektiv unrichtig ist ... (*Dkfm. Zwettler: Das sagen Sie!*) Das sage ich, weil wir das mittlerweile eruiert haben. Diese Forderung existierte gegen Koflach und nicht gegen Rohrmoser. Und selbst jene gegen Rohrmoser hätte nicht dazu dienen können, gegen Atomic for Sport einen Konkursantrag zu stellen. Sie haben einen Sachverhalt unterschrieben, der objektiv unrichtig ist, den Sie selber nicht einmal geprüft haben. – Haben Sie das geprüft, was Sie unterschrieben haben?

Dkfm. Johann Zwettler: Also den Sachverhalt möchte ich jetzt noch einmal sagen. Sie werfen hier Firmen mir an den Kopf ... (*Abg. Mag. Stadler: Ich werfe Ihnen gar nichts an den Kopf!*) Na sicher! Sie werfen mir Firmen an den Kopf und unterstellen – und ich kann dazu ja gar nichts sagen –, dass der Sachverhalt hier, diese Briefe, dass die ungesetzlich waren und illegal. Das unterstellen Sie. Und ich habe Ihnen gesagt, da müssen Sie sich an andere Personen wenden. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe noch gar nichts von **illegal** und **ungesetzlich** gesagt!*) O ja, die Formulierung geht in diese Richtung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Das überlassen Sie vielleicht einmal mir, in welche Richtung ich formuliere! Nehmen Sie einfach nur die Worte, so wie sie von mir geäußert werden und bei Ihnen akustisch einlangen!

Wenn Sie also sagen – diese Unterschrift haben Sie selbst identifiziert –, Sie haben ... (*Dkfm. Zwettler: Auf einer Kopie!*) Auf einer Kopie. Wollen Sie jetzt die Kopie in Zweifel ziehen? (*Dkfm. Zwettler: Nein, ich sage nur, auf einer Kopie, ich halte es nur fest!*)

Gehen wir davon aus, dass es eine Unterschrift ist, die von Ihnen stammt, auf einer Kopie, die dem Ausschuss vorliegt. Wir haben bisher noch wenige Unterlagen bekommen, bei denen wir davon ausgehen mussten, dass die übermittelnde Behörde sie manipuliert hat. Gehen wir also davon aus, dass dieses Dokument nicht manipuliert wurde.

Wenn also dieses Dokument Ihre Unterschrift trägt und einen Sachverhalt beinhaltet, den Sie mit Ihrer Unterschrift als richtig bestätigen, dieses Bescheinigungsmittel dazu gedient hat, am 12. September fertig gestellt wurde, um es dem Konkursantrag gegen Atomic for Sport als Bescheinigungsmittel anzuschließen, der Sachverhalt objektiv unrichtig ist, dann frage ich Sie jetzt noch einmal: Haben Sie, bevor Sie diese Unterschrift geleistet haben – weil Sie gesagt haben, Sie hatten damit nichts zu tun –, zumindest einmal überprüft, ob der Sachverhalt stimmt?

Dkfm. Johann Zwettler: Sie sagen jetzt, der Sachverhalt stimmt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stellen wir einmal diese Aussage außer Zweifel. Haben Sie diesen Sachverhalt überprüft oder nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stadler und Auskunftsperson! Es ist mittlerweile Faktum, wie es hier in diesem Schreiben steht, dass man nicht beabsichtigt, gegenüber Herrn Rohrmoser 52,940 Millionen Schilling fällig zu stellen, so wie Sie es bei der Urkunde unterschrieben haben, sondern dass man bestenfalls das fällig stellen **hätte können** (*Abg. Mag. Stadler: Gegen Koflach!*), weil es eine Forderung gegen die Firma Koflach GmbH ist. Man hat aber das verwendet, um gegen Rohrmoser persönlich auf der einen Seite und gegen Atomic for Sport auf der anderen Seite eine Gläubigermehrheit zu erzeugen.

Jetzt ist die Frage – und die ist nicht nur zulässig, sondern das ist ja das Interessante –, weil wir sind draufgekommen, der Konkursrichter hat es sich nicht angeschaut, der Masseverwalter hat es sich nicht angeschaut, der Herr Elsner hat es sich nicht angeschaut, Sie haben es unterschrieben (*Abg. Mag. Kogler: Alle haben es angeschaut!*): Haben Sie sich das angeschaut?

Wenn ich eine Urkunde, die ja eine erhebliche Rechtswirkung hat, erzeuge, dann schaue ich mir zumindest die Plausibilität an, ob das passt, was da drinnen steht, wenn ich die linke Unterschrift abgabe.

Wir wollen wissen, welche Plausibilitätsprüfung Sie gemacht haben oder ob Sie nur – kann auch sein – ein willfähriger Auftragnehmer waren, der alles zu dieser Zeit unterschrieben hätte, was man ihm vorlegt. Und wenn das so gewesen ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender, die Auskunftsperson hat das sehr wohl alles verstanden. Wir haben hier eine begrenzte Fragezeit. Ich bitte jetzt wirklich, dass er jetzt, ohne dass seine Vertrauensperson permanent die Antworten einflüstert, einfach die Antworten gibt. (*Dkfm. Zwettler: Der flüstert mir überhaupt nichts ein!*)

Das ist eine ganz simple Frage: Haben Sie es, bevor Sie unterschrieben haben, selber kontrolliert oder nicht?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe Ihnen gesagt – jetzt zum hundertsten Mal –, ich habe mit Atomic nichts zu tun gehabt, das war eine Tochterfirma in Irland. Und ich gehe davon aus, dass es damals geheißen hat, das ist notwendig für diese und diese Schritte. Es wurde mir nicht gesagt, wir setzen illegale Schritte im Zusammenhang mit einer Insolvenz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat niemand gesagt, und ich werfe es Ihnen auch ausdrücklich **nicht** vor. Ich frage Sie nur, ob Sie das **überprüft** haben.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich kann Ihnen nicht mehr sagen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Aussage, Sie hatten nichts damit zu tun, ist unter Vorhalt dieses Dokuments schon objektiv unrichtig. (*Dkfm. Zwettler: Ich habe betont ...*) – Jetzt stelle ich meine nächste Frage!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist noch offen: Haben Sie persönlich es überprüft?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe das versucht, zum dritten Mal schon zu sagen: Ich war in dieser Sache **nicht involviert**. Die Insolvenz Atomic ist meines Wissens nach ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ein Dokument unterfertigt; Sie waren involviert!

Dkfm. Johann Zwettler: Lassen Sie mich ausreden oder nicht? Weil dann hör' ich gleich auf!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das unrichtig ist, was Sie sagen! Sie waren involviert! Sie haben ein Dokument unterschrieben, das als Bescheinigungsmittel gedient hat ...

Dkfm. Johann Zwettler: Schreien Sie bitte mit mir nicht herum!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ein Dokument unterschrieben, das als Bescheinigungsmittel gedient hat, um einen Konkursantrag zu stellen.

Dkfm. Johann Zwettler (*in Richtung des Verfahrensanwaltes*): Der lässt mich nicht einmal ausreden! (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser: Die Frage ist: Haben Sie es überprüft oder nicht?*) Kann ich jetzt antworten, ohne dass ich unterbrochen werde!? Sorgen Sie dafür!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist **meine** Aufgabe. Und Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass man ab und zu auch im Zwiegespräch das Ganze bearbeitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich bin auf Logoröh nicht neugierig! – Ich möchte eine kurze Antwort auf eine kurze Frage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schauen Sie, nicht einmal bei mir hört er auf zu reden; das ist das Problem aller Abgeordneten (*Dkfm. Zwettler: Ich bin kein Abgeordneter!*), und daher muss man auch warten, bis eine Frage gestellt ist. Und wenn ein Abgeordneter zum wiederholten Mal das Gefühl hat, man versucht, sich herauszureden (*Dkfm. Zwettler: Ich rede mich nicht heraus!*), dann werden Sie weiterhin unterbrochen werden – um nichts anderes geht es.

Daher würde ich Sie bitten, diese wirklich einfache Frage (*Dkfm. Zwettler: Die ist nicht einfach!*): Haben Sie es überprüft?, zu beantworten. Man kann sie mit drei Antwortmöglichkeiten beantworten: ja, nein oder: Ich kann mich nicht mehr erinnern. Ich sage es Ihnen so, wie es ist, weil alles andere ist eine Herumrederei!

Dkfm. Johann Zwettler: Ich muss trotzdem darauf antworten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Antworten Sie bitte!

Dkfm. Johann Zwettler: Ich wollte sagen – das war aber leider nicht möglich –, dass ich davon ausgehe, was die Dame gesagt hat, dass die Insolvenz – oder was immer da war – Atomic in Österreich stattgefunden hat. Dieses Papier ist ein Papier von der Euro Rail in Irland, zeigt also immerhin eine andere Location. Ich gehe davon aus, um das jetzt zu beantworten, dass damals zuständige Herrschaften wie Elsner, Schwarzecker, Kraft, Gehmacher – das waren meines Wissens die hundertprozentigen

Profis in der Sache – gesagt haben: Das ist notwendig, um diese Schritte A, B, C zu tun. Und das habe ich getan.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie damals eine Zeichnungsberechtigung für die Euro Rail Invest?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, ich war Direktor dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren zu dem Zeitpunkt in Dublin?

Dkfm. Johann Zwettler: Das weiß ich nicht. Woher soll ich bitte wissen, ob ich im September 1994 in Dublin war?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatte die Rail Invest am Sitz der BAWAG in Wien einen Sitz? (**Dkfm. Zwettler:** Nein!) – Das heißt, Sie haben am Sitz der BAWAG in Wien ... Das Dokument wurde nämlich in Wien gemacht; das wurde gezielt gemacht, um einen Konkursantrag am 12.9. zu stellen. (**Dkfm. Zwettler:** Das weiß ich nicht, ob es in Wien gemacht wurde! Das weiß ich nicht!) Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, das mit der Post zu verschicken. Sie haben es einfach gemacht und haben es dem Anwalt übergeben, so einfach war es.

Sie haben also in Wien ein Dokument erzeugt, von dessen Richtigkeit Sie sich nicht selber persönlich überzeugt haben (**Dkfm. Zwettler:** Nein, das habe ich bitte nicht gesagt!), von dessen Richtigkeit Sie sich nicht überzeugt haben, sondern das haben andere ... (**Dkfm. Zwettler:** Nein, dem widerspreche ich!) – Sie haben sich von der Richtigkeit überzeugt?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe Ihnen gesagt: Dieses Dokument, das eine Geschäftsbeziehung ... – Und es ist trotzdem die Euro Rail in der Lower Mount Street hier der Korrespondent. Ich bin davon ausgegangen, dass dieses Dokument darauf entstanden ist, dass Herr Elsner, Herr Gehmacher, Frau Kraft, Herr Schwarzecker mich darüber informiert haben, sonst hätte ich es sicherlich nicht unterschrieben. Und der Herr Wagner ist hier quasi als Direktor der Euro Rail ... – Und ich habe Ihnen weiters gesagt, dass ich Ihnen nicht antworten kann, was die Hintergründe sind, weil der Atomic-Konkurs ist – soweit ich aus Fernsehsendungen entnehmen kann, ist dieser ja auch ein Steckenpferd von Ihnen – ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bezeichnen Sie meine ***Pflicht*** als Volksanwalt ***nicht als Steckenpferd-Tätigkeit!*** Dagegen verwahre ich mich, weil es ist meine verfassungsmäßige Pflicht! Wenn Sie auf diesem Niveau mit mir weitermachen wollen, dann wird es noch ganz lustig werden, Herr Zwettler, das kann ich Ihnen sagen!

Also bleiben wir bei den Fakten: Sie haben sich also auf die Auskünfte anderer verlassen und selber keinerlei Recherchen getätigt, ob der Sachverhalt, den Sie hier mit unterfertigt haben, richtig ist oder nicht. – Ist das so?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich sage dazu jetzt nichts mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sagen dazu nichts mehr. (**Dkfm. Zwettler:** Nein!) Dieses Kopfschütteln und die Verweigerung der Auskunft dazu werde ich jetzt nicht relevant machen, und wir werden Sie deswegen noch nicht vor das Bezirksgericht Wien/Innere Stadt schleppen. Aber das ist auch hinreichend eine Auskunft.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe aber geantwortet!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine hinreichende Auskunft!

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe versucht zu antworten; es wurde leider ...
Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich habe Ihre Antwort zusammengefasst: Sie haben sich auf die Auskunft anderer verlassen und haben selber keine Recherchen getätigt.

Wurden Sie in weiterer Folge mit dem Angebot des Anwaltes Dr. Maschke konfrontiert, der die Firma **Atomic for Sport** der **BAWAG** um **1 Schilling** angeboten hat? Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Dkfm. Johann Zwettler: Wer? Maschke?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Anwalt des Herrn Rohrmoser, dem Sie bescheinigt hatten, Sie hätten eine Forderung gegen ihn persönlich. Das war sein Anwalt im Privatkonsens. Dieser Herr Dr. Maschke, damals Rechtsanwalt des Kommerzialrates Rohrmoser, hat der BAWAG am 15.9., drei Tage nachdem Sie unterfertigt haben, eine Forderung gegen den Herrn Rohrmoser zu haben, die es so nicht gab, das Unternehmen Atomic for Sport GmbH zum symbolischen Preis um einen Schilling zum Kauf angeboten. – Haben Sie dieses Angebot jemals gesehen?

Dkfm. Johann Zwettler: Weiß ich nicht, kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie sich nicht erinnern?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich war bitte, darf ich Ihnen noch einmal sagen, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie ja nur. – Wissen Sie, der Herr Elsner war hier im Ausschuss und hat gesagt, er hat das Angebot auch nie gesehen. Jetzt möchte ich einmal einfach wissen, **wer** in der BAWAG dieses Angebot jemals gesehen hat. (Abg. **Krainer:** *Er war ja gar nicht im Vorstand, bitte!*) – Das hat damit nichts zu tun!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch wenn man nicht im Vorstand ist, kann man Wahrnehmungen haben. Erstens. – Zweitens: Herr Zwettler war der Chef des Beteiligungsmanagements. Bei einem Anbot, Anteile zu übernehmen, ist es nicht so von der Hand zu weisen, dass das unter Umständen ins Beteiligungsmanagement gegangen ist. Daher ist die Frage zulässig: Kennen Sie dieses?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe vor ungefähr einer Stunde im Zusammenhang mit Atomic erklärt, auch auf Befragung, es war eine Beteiligung und dass da offensichtlich Verhandlungen geführt wurden, in die ich zu hundert Prozent **nicht involviert war**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was schon objektiv nicht stimmt! Das habe ich Ihnen schon vorgehalten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist objektiv wirklich falsch, weil Sie haben sogar Fälligkeitsschreiben unterschrieben.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe gesprochen von **Verhandlungen**. Jetzt wird, glaube ich, da schon alles auf die Waagschale gelegt. Und unterschrieben ... (Abg. Mag. **Stadler:** *So ist es!*) – Ja, aber auf die richtige Seite.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir sind hier nicht auf einem Plauderstündchen, Herr Zwettler, wir legen die Dinge wirklich auf die Waagschale.

Dkfm. Johann Zwettler: Aber ich habe betont, ich kenne also dieses Angebot **nicht**. Ich war in den Verhandlungen **nicht** involviert. Ich bin aber anscheinend informiert worden im Zusammenhang mit diesem Brief von den besagten vier oder fünf Herrschaften der Bank, die die Sache umgesetzt haben. – Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie im Jahre 1998 dort schon im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: 1998? – Ich habe meinen Lebenslauf vorhin von 1995 ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den kann ich leider nicht auswendig. Ich frage Sie daher auf kurzem Wege: Waren Sie im Vorstand? (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Haben Sie damals Wahrnehmungen gehabt, dass der Herr Elsner versucht hat, auf den Innenminister Schlägl einzuwirken, Ermittlungen in Sachen Atomic abzuwürgen? (**Dkfm. Zwettler:** Nein!) – Haben Sie keine Wahrnehmungen gehabt? (**Dkfm. Zwettler:** Nein!) – War das Thema im Vorstand?

Dkfm. Johann Zwettler: Atomic war immer in der Zeitung, da ist das aufgetaucht, über die „Salzburger Nachrichten“, alle zwei, drei Jahre ... – Ich weiß gar nicht, die Insolvenz war wann? 1994. Ich habe keine Wahrnehmungen, was der Herr Elsner, weil ich den Herrn Schlägl gar nicht gekannt habe ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha – das ist auch erstaunlich, wie viel Sozialdemokraten sich nicht kennen in diesem Lande. (**Abg. Broukal:** Es ist auch erstaunlich, wie viele FPÖler sich nicht mehr kennen!) So eine erstaunliche Unkenntnis haben wir heute schon einmal gehabt: Der Herr Elsner hat hier zunächst gesagt, er kannte nicht einmal den Staatssekretär Wittmann. Da musste ihm auch erst das Erinnerungsvermögen geschärft werden.

Herr Zwettler, eine andere Frage, die im Zusammenhang mit dem Atomic-Konkurs steht: Wie kommt man bei Ihnen auf die Geschenkliste der Generaldirektion? Wer entscheidet das? (**Obmann Dr. Graf:** Präzisieren wir: Wie ist man gekommen?) Ich möchte es wissen aus seiner Zeit.

Dkfm. Johann Zwettler: Da hat es Weihnachtslisten gegeben, die ist aus der Zeit des Generaldirektors Walter Flöttl. Also es gab eine Geschenksliste, EDV-mäßig, die gab es bereits in den siebziger Jahren, und die hat sich weiterentwickelt, in welcher Form auch immer. Es wurde dann versucht, da und dort die Anzahl der Empfänger ... – Da waren zum Teil wirklich oft geringere Dinge dabei. Das war eine, wie gesagt, EDV-Liste. Ich kann Ihnen nicht sagen ... – Natürlich haben Vorstandsmitglieder oder Direktoren, wenn jetzt ein interessanter Kunde akquiriert wurde, und der hat gerne gelesen, dann hat es unseren Literaturfachkreis gegeben, wo Bücher herausgegeben wurden, dann hat ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also letztlich hat das der Vorstand entschieden?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, wenn Sie so wollen, aber das waren tausende ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, das wissen wir alles.

Dkfm. Johann Zwettler: Es hat der Vorstand natürlich Vorschläge gemacht, aber auch Bereichsleiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, das wäre eine kurze prägnante Antwort.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stadler, ganz kurz: Wir werden ja heute die Sitzung um 14 Uhr unterbrechen, und wir haben noch drei Auskunftspersonen, die draußen warten. Vorbehaltlich, es gibt jetzt von den Fraktionen keinen massiven Einwand, werde ich die Parlamentsdirektion bitten, dass alle drei Auskunftspersonen mitgeteilt bekommen, dass sie heute nicht mehr drankommen und daher nach Hause gehen können.

Ich orte keinen massiven Einwand. – Gibt es einen massiven Einwand?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schon. Wir haben den Dr. Vranitzky geladen meines Wissens, und wir würden den gerne heute auch hören.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, aber um 14 Uhr ist trotzdem heute Schluss, und ich gehe davon aus, dass wir die Befragung des Herrn Dkfm. Zwettler nicht vor 14 Uhr beenden. Ich kann mir absolut nicht vorstellen, dass die Befragung schneller zu Ende ist. Glauben Sie das? (Abg. Mag. Stadler: Dürfen wir jetzt diese Geschäftsordnungsdebatte abschließen?) Schon, aber ich muss irgendwann einmal den Wartenden etwas sagen. (Abg. Mag. Stadler: Sollen warten!) – Gut, dann warten sie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Zwettler, wie viele Richter sind Ihrer Erinnerung nach auf der Geschenkliste der BAWAG?

Dkfm. Johann Zwettler: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben es analysiert. Wir haben nur einen einzigen Richter gefunden, der unter „Herr Rat Dr. Gregor Sieber“ firmiert. Wir haben sonst keinen Richter gefunden. – Haben Sie eine Vorstellung, warum ausgerechnet der Herr Rat Dr. Gregor Sieber auf diese Liste kam?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Ich weiß auch nicht, was er bekommen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es ein Zufall, dass es ausgerechnet der Konkursrichter des Atomic-Konkurses ist, der bei Ihnen auf der Geschenkliste war?

Dkfm. Johann Zwettler: Das dürfen Sie mich nicht fragen. Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie jemals einen Konkursrichter auf diese Liste setzen lassen?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe gesagt, ich war für die Bewältigung von Krisenfällen und Sanierungen zuständig und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben, gerade deswegen frage ich Sie ja: Haben Sie jemals als ...

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe keinen Konkurs gehabt. (Abg. Mag. Stadler: Insolvenzverfahren?) – Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht. Das heißt, Sie haben also nie mit Richtern zu tun gehabt in all den Jahren? (Dkfm. Zwettler: Nein!) – Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, ob andere Richter auf die Geschenkliste der BAWAG haben setzen lassen?

Dkfm. Johann Zwettler: Das war so eine Liste. Ich war als Sparmeister berüchtigt im ganzen Haus, ich bin aber nicht hergegangen und habe Dinge von anderen Vorstandskollegen oder ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht mir nur um Wahrnehmungen. (Dkfm. Zwettler: Nein!) Also Sie haben keine Wahrnehmung gehabt, dass Richter draufgesetzt wurden?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe auch keine andere. In den Listen, die uns übermittelt wurden, haben wir, ich betone es noch einmal, nur einen Richter entdeckt: Das ist der Konkursrichter im Atomic-Konkurs Dr. Gregor Sieber.

Haben Sie eine Erinnerung daran oder eine Wahrnehmung, wer ihn auf diese Liste hat setzen lassen? (Dkfm. Zwettler: Nein!) – Würden Sie es als ungewöhnlich bezeichnen,

dass die BAWAG, die ja andere Konkursfälle auch noch hatte, nur diesen einen Richter auf die Geschenkliste genommen hat? Wir haben mit der Leiterin der Rechtsabteilung ermittelt, dass es mehrere Konkursfälle pro Jahr bei der BAWAG gab.

Dkfm. Johann Zwettler: Die wird das besser beantworten können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, die braucht keine Erklärung dafür. Die hat gesagt, das hat der Vorstand gemacht.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich spreche von Weihnachtslisten. Es gibt auch Weltspartagslisten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, die kennen wir noch nicht. Da gibt es noch eigene Geschenklisten zum Weltspartag?

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn Sie uns besucht hätten: Da hat es gegeben Taschen mit irgendwelchen Inhalten, und das war eine Liste von 250 Leuten. Das haben wir aber sozialpartnerschaftlich eingeladen. (*Abg. Broukal: Mit interessanten Büchern!*) – Mit interessanten Büchern; das war die Liste. Wer da eingeladen war ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht mir nur um die Frage, ob dieser eine Konkursrichter eine exklusive Sonderbehandlung hatte oder ob es üblich war, dass man Konkursrichter der Konkurse, die die BAWAG als Gläubigerbank tangiert haben, generell auf die Geschenklisten gesetzt hat.

Dkfm. Johann Zwettler: Eine Regel hat es sicher nicht gegeben, ich kann Ihnen beim besten Willen da nicht behilflich sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie. Das heißt, wir können davon ausgehen, dass Herr Richter Dr. Sieber als Konkursrichter des Atomic for Sport-Konkurses eine besondere Wertschätzung auf der Generaldirektorsetage der BAWAG hatte.

Dkfm. Johann Zwettler: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das schließe ich aus der Liste, aus dem Umstand, dass er auf der Liste war.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich kenne die Liste nicht, bitte! Ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren doch einmal Vorstandsmitglied und Generaldirektor?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber ich habe doch die Liste ... – Ich habe mir Summen angeschaut unten, was unser Budget ist und habe gesagt, 10 Prozent müssen wir einsparen. Was machen wir? Das waren die Dinge. Ich bin doch nicht hergegangen und habe mir – was weiß ich – 500 Leute angeschaut. Daher kann es nicht von mir kommen. Sie haben die Liste studiert, analysiert, aber mir können Sie jetzt nicht in den Mund legen eine Stellungnahme zu einer Liste, die ich nicht kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege Ihnen gar nichts in den Mund, ich will nur Wahrnehmungen haben!

Dkfm. Johann Zwettler: Die Wahrnehmung ist: Ich kenne sie nicht. Ich habe mich um Summen, um Budgetierungen gekümmert und habe gesagt: Wir müssen einsparen da oder dort. Da haben natürlich die Kundenbereiche gesagt: Das geht nicht, wir haben Weltspartag und so weiter. Das war das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Zwettler, ich bin nicht an G'schichtln interessiert, einfach nur an prägnanten Antworten auf eine kurz gestellte Frage. (*Dkfm. Zwettler: Ja, G'schichtln ...! Ich kann ...!*)

Jetzt gebe ich Ihnen die Möglichkeit, wirklich ein G'schichtl zu erzählen. Haben Sie eine Erklärung, wieso ausgerechnet nur Herr Dr. Sieber auf die Liste kam? – Wenn Sie eine haben, bin ich jetzt sogar bereit, Ihnen länger zuzuhören.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich ... (Abg. Mag. **Stadler:** Haben Sie keine?) – Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, kommen wir zu einem anderen Thema!

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, nicht gut, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bevor wir ein anderes Thema anreißen, möchte ich noch einen Vorhalt machen: Herr Generaldirektor a.D. Elsner hat hier im Ausschuss gesagt, als er Generaldirektor wurde, hat er diese Weihnachtsgeschenklisten abgeschafft. – Stimmt das? Haben Sie eine Wahrnehmung, dass die in der Zeit abgeschafft wurden?

Dkfm. Johann Zwettler: Sie wurde abgespeckt auch schon unter ihm. (Abg. Mag. **Stadler:** Auch auf der abgespeckten ist Sieber drauf!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Elsner hat dazu gesagt, alles Geld, was man zu Weihnachten ausgegeben hat, hat man gespendet ...

Dkfm. Johann Zwettler: „Licht ins Dunkel“.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: „Licht ins Dunkel“. – Oder gab es verschiedene Listen?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, aber es hat sich logischerweise ... – Sie können nicht von Hunderten ... – Wir haben für „Licht ins Dunkel“ 1 Million Schilling oder 70 000 € gespendet, weil das habe ich selbst dort zweimal übergeben. Und es gab meiner Meinung nach wie vor ... – Nur war das bei Flöttl so aufgebaut und Elsner hat sogar gesagt, wir müssen da reduzieren und die Liste abbauen. Aber das waren ja Hunderte, Tausende, bis zu den Betriebsratskollegen im Bregenzer Wald in einem Sägewerk mit zwei Leuten; da war das auch inkludiert. (Abg. Mag. **Stadler:** Kein Richter außer Sieber! Auch auf der abgespeckten Liste war Herr Dr. Sieber enthalten!) – Ja, ich kann es zur Kenntnis nehmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da kam er erst drauf. Die Betriebsräte wurden abgespeckt – und Dr. Sieber ist draufgekommen.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, die Betriebsräte wurden nicht ... (Abg. **Broukal:** Wir haben gesehen, was er bekommen hat! Kugelschreiber! Taschenrechner! CD von den Wiener Symphonikern! ...! „Schwere Bestechung“! Unterhalb des Werts eines Mittagessens! – Abg. Mag. **Stadler:** Um das geht es gar nicht!)

Also die Betriebsräte wurden nicht, sondern bei unseren Weltspartag-Veranstaltungen ... – Um die Betriebsräte habe ich mich persönlich gekümmert in allen Bundesländern beim Weltspartag, denn das ist unser Asset gewesen. Und da gab es, was der Kollege Broukal sagt, Kugelschreiber, ein spezieller Flaschenöffner. Das hatte alles eine Bandbreite, aber man weiß ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gebe schon zu, dass die Geschenke vom Wert her nicht großartig waren, aber bedenklich ist doch eines, dass man solche Sachen nach Jahren immer noch aufgehoben hat. Würden Sie das aufheben, wenn es so ein Plunder war? Acht, neun Jahre lang? (Abg. **Broukal:** Stoffnilpferde, mit denen meine Kinder spielen!)

Kollege Bucher ist der Nächste.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Diplomkaufmann, noch zu diesen Geschenkzuteilungen. Schließen Sie aus, dass Geschenkzuteilungen auch anderer Natur erfolgt sind von Seiten der BAWAG an ...?

Dkfm. Johann Zwettler: Würden Sie mir erklären, was „Geschenkzuteilungen“ sind!?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Zum Beispiel Restaurantrechnungen, Catering-Rechnungen, et cetera.

Dkfm. Johann Zwettler: An wen? Für wen?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Der BAWAG Nahestehende, vielleicht auch Kunden der BAWAG, Großkunden. – Das ist doch nicht auszuschließen.

Dkfm. Johann Zwettler: Bei den normalen Standards habe ich als Generaldirektor draufgeschrieben: Mittagessen mit Herrn Generaldirektor so und so, plus Finanzchef. Also, ich weiß nicht, wem ich da ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich darf grundsätzlich sagen, dass das nichts Unschickliches und nichts Verwerfliches ist.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß nicht, was die Frage ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist in der Günstigstellung von Geschäftsbeziehungen durchaus ein Alltagsfall.

Dkfm. Johann Zwettler: Was ist die Frage? – Wenn ich jemanden eingeladen habe, dann habe ich draufgeschrieben, wer eingeladen war.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sind beispielsweise Aufsichtsratsmitglieder begünstigt worden in irgendeiner Weise? (*Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk.*)

Dkfm. Johann Zwettler: Aufsichtsratsmitglieder? – Ich weiß nicht, was eine Begünstigung von einem Aufsichtsratsmitglied ist?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte die Frage zu präzisieren! Nicht von der Kollegin Trunk verwirren lassen!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich werde doch wohl Fragen stellen dürfen. Die sind klar und präzise.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, die Auskunftsperson – das haben Sie jetzt nicht gehört, weil Sie mit der Kollegin Trunk gesprochen haben – hat die Frage nicht verstanden und kann daher nicht antworten. Bitte die Frage zu präzisieren!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gab es irgendwelche Begünstigungen für die Aufsichtsratsmitglieder? – Das ist doch eine ganz klare Frage. Sie können sagen: nein, in keiner Weise. Damit ist die Sache erledigt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da hat die Auskunftsperson vollkommen zu Recht gefragt, er weiß nicht, was unter Begünstigungen verstanden wird. Daher bitte präzisieren!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Begünstigungen in irgendwelcher Form, außer dass sie auf einer Geschenkliste aufscheinen.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich war sicher mit einigen Aufsichtsräten Mittag essen. Da waren Leute dabei vom Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbereich. Und wenn ich mit einem essen gehe ins „Schwarze Kameel“, weil das vis-à-vis ist, daran habe ich nichts Verwerfliches gefunden.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich sage ja nicht, dass es verwerflich ist. Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich habe nur eine klare Frage gestellt – das ist unsere Aufgabe hier herinnen.

Dkfm. Johann Zwettler: Aber Begünstigung! Wenn ich jemandem eine geröstete Leber bezahle und ein Achtel Gumpoldskirchner dazu und dann noch einen Kaffee ... So, dort hat sich das abgespielt, weil die Leute haben gesagt, ich mit meinem Sparwahn ... – Die mussten alle, die Vorstandskollegen, dann kommen, und ich habe gesagt: Wozu geben wir das aus? War das notwendig und so weiter? Und ich verstehe unter **Begünstigung**, wenn ich jetzt mit einem Generaldirektor eines österreichischen Unternehmens, der im Aufsichtsrat bei uns sitzt, Mittag essen gehe, eineinhalb Stunden, und wir davon reden eine halbe Stunde privat, eine halbe Stunde erkundigt er sich, was gibt es in der Bank, und eine halbe Stunde sage ich: Wie schaut es aus, habt ihr Expansionsmöglichkeiten? Ich weiß zwar, wir sind nicht die Hausbank, aber wir würden gerne auch mit euch etwas tun. So, jetzt habe ich nichts dabei gefunden, wenn ich dann bezahlt habe 33 € und 80 Cent. – Ich weiß die Frage nicht, Herr Kollege.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie brauchen nur zu sagen, es hat keine Begünstigung gegeben. Dann ist das Thema erledigt. Verstehen Sie? – Ich will jetzt nicht werten, ob die Einladung auf einen Kleinen Brauen eine Begünstigung darstellt oder nicht, sondern Sie sagen ganz klar, es hat keine Begünstigungen für die Aufsichtsratsmitglieder der BAWAG gegeben. Das ist eine Aussage, die so im Protokoll steht, die Sie guten Gewissens so vertreten können. Das ist ganz klar, da brauchen wir nicht lange herumzudiskutieren. (*Abg. Broukal: Das ist eine so schwammige Frage! Was ist eine Begünstigung: Ein Flug auf die Malediven? Ein Kleiner Brauner? Ziehen Sie eine Wertgrenze!*) – Entschuldigung, man wird wohl im Untersuchungsausschuss eine Frage stellen dürfen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Broukal.*)

Ich brauche gar keine Wertgrenze einzuziehen, weil eine Restauranteinladung ist keine Begünstigung. So weit verständigen wir uns.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben die Frage mehrfach erörtert. Die Auskunftsperson hat auch aus ihrer Sicht erklärt, wie der Umgang mit Aufsichtsratsmitgliedern gewesen ist. Und damit ist auch die Frage beantwortet, es sei denn, der Herr Fragesteller hat noch nachstoßende Fragen dazu. Wenn das nicht der Fall ist, ist es erledigt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Für mich ist es erledigt. Der Herr Diplomkaufmann hat gesagt, es gab keine Begünstigung. Die Sache ist erledigt.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe Sie höflichst ersucht: Können Sie mir bitte das Wort „Begünstigung“ darlegen? – Ein Aufsichtsrat erhält zum Beispiel eine Aufsichtsratsvergütung: Das ist eine Begünstigung, oder nicht?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Erhält er beispielsweise Sonderkonditionen (*Dkfm. Zwettler: Na, ich frage Sie!*), wenn er bei der BAWAG einen Kredit aufnimmt?

Dkfm. Johann Zwettler: Das war mir nicht bewusst, weil die Kredite sind ja sogar meldepflichtig an Vorstände und Aufsichtsräte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Diplomkaufmann, das ist eine ganz klare Frage, die können Sie nur mit **ja** oder **nein** beantworten. (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser: Die Frage ist nicht klar definiert!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Herr Verfahrensanwalt teilt mir mit, dass er die Fragestellung für nicht ausreichend klar befindet – ich glaube, so geht es jedem hier im Raum.

Wenn man die – und das war eine konkrete solche – Frage stellt: Hat allenfalls ein Aufsichtsratsmitglied Sonderkonditionen bei Krediten bekommen?, das ist in Ordnung, das ist eine konkrete Frage.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, das ist eine konkrete Frage, die kann man mit ja und nein beantworten. – Warum soll die nicht zulässig sein?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Frage ist zulässig, aber die andere ist nicht zulässig.

Dkfm. Johann Zwettler: Das kann ich nicht sagen, ob sie Sonderkonditionen bekommen haben. Das kann ich Ihnen nicht sagen; mir ist das nicht bewusst.

Aber wenn ein Aufsichtsrat einen Kredit wollte, dann ist das ja so wie bei einem Vorstand im Geschäftsbericht mit „unter den üblichen Konditionen“ zu vermerken gewesen. Also, wenn Sie von Krediten reden, dann ist das im Geschäftsbericht enthalten.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber Ihnen ist nichts davon bekannt, oder können Sie sich jetzt nicht daran erinnern?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich kann nicht ausschließen, dass einer oder mehrere von 27 Aufsichtsräten einen Kredit bei uns gehabt haben. Das kann ich nicht ausschließen, aber ich kann es Ihnen nicht sagen. – Da wurde keinerlei Begünstigung in dem Sinn durchgeführt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist ja kein Problem: Also, es gab keine Begünstigungen in Richtung Sonderkredite für die Aufsichtsratsmitglieder.

Eine Frage zum Prüfbericht der Notenbank von 2001, den Sie ja nicht kennen, weil er direkt an Herrn Elsner gegangen ist: ...

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, das habe ich nicht gesagt! Mir wurde nur vom Herrn Vorsitzenden gesagt: Präzisieren Sie, wie der Postlauf war!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe schon auch gefragt, ob Sie ...

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber ich habe gesagt, ich weiß im Jahr 2007 nicht mehr, was drinnen steht. Und Sie haben mich gefragt: Wie war der Postlauf?, weil der Herr Elsner hat behauptet, er hat das gar nicht bekommen, das haben die Bereichsleiter bekommen. Und ich habe gesagt, so kann ich mir das nicht vorstellen: Ein Brief, ein Bericht der Notenbank oder der FMA, geht direkt an den Vorstand, an den Vorsitzenden, und dann wurde das verteilt.

Und Ihr Kollege oder – ich weiß nicht – ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Rossmann hat Sie dazu befragt.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, ich weiß nicht, von welcher Partei er kam. Entschuldigen Sie, seien Sie mir nicht böse!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das hat ja mit der Partei nichts zu tun.

Dkfm. Johann Zwettler: Darum habe ich gesagt, „Ihr Kollege“, da neben Ihnen.

Er hat mir auch vorgelesen, welche Dinge das waren. Und ich habe gesagt, einiges in diesem Zusammenhang wurde durchgeführt, anderes wahrscheinlich nicht. – Das wollte ich nur sagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Festzuhalten ist: Der Prüfbericht 2001 ist auf Ihrem Schreibtisch gelandet.

Dkfm. Johann Zwettler: Auch der Prüfbericht: wahrscheinlich eine Kopie.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, „oder eine Kopie“.

Dkfm. Johann Zwettler: Das Original hat Herr Elsner bekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also, das ist wichtig: Das Original hat Herr Elsner bekommen, Herr Dkfm. Zwettler hat eine Kopie bekommen.

Dkfm. Johann Zwettler: Alle anderen Vorstände auch. (*Obmann Dr. Graf: Alle anderen Vorstände auch?*) – Ja, sicher.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber das ist bis jetzt nicht eindeutig aus Ihren Antworten hervorgegangen. – Sie kennen also den Prüfbericht?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, nein ... – Schauen Sie: Das liegt sieben Jahre zurück. Wenn ich irgendjemanden fragen würde, wo er vor sieben Jahren um 13.14 Uhr war, hätten manche mit der Beantwortung aus dem Stegreif, glaube ich, ein Problem – ich habe eines damit.

Meines Wissens haben diese Prüfberichte – auch 2003 – auch die anderen Vorstände gehabt. Und es ist sicherlich nicht – davon gehe ich jetzt aus – das Original im Rundlauf irgendwo herumgelaufen, sondern es hat Kopien davon gegeben, die wir gehabt haben. Ich habe, ich weiß jetzt nicht, wo es jetzt ist, weil ich habe Ihnen gesagt, ich habe ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist ja gegenstandslos, Herr Diplomkaufmann. – Gibt es einen Unterschied zwischen Original und Kopie? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) Ist das so üblich, dass nur Originale wahrgenommen werden, und Kopien werden nicht gelesen, oder wie ist das?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Es hat ja niemand behauptet, dass es nicht gelesen worden ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wo ist dann der Unterschied zwischen Original und Kopie?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe nur gesagt, dass sich das Original wahrscheinlich – immerhin ist das ein Prüfbericht der Notenbank, der mittels einer Stellungnahme zu beantworten ist – der Vorstandsvorsitzende vorbehält, und dass er die Information der Vorstandskollegen im Rahmen einer Kopie, die er anfertigen lässt, vornimmt – solche Berichte haben, ich weiß nicht, 50, 60, oder 70 Seiten. Und diese Kopie kann dann das Vorstandsmitglied lesen, weil meines Wissens haben die Berichte der Notenbank alle zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also gelesen.

Dkfm. Johann Zwettler: Gelesen oder in welcher Form immer. Aber rückblickend ist es eben schwierig: Das ist sechs Jahre her.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Den Verfasser, also den leitenden Prüfer des Prüfberichts, den kennen Sie noch, oder?

Dkfm. Johann Zwettler: Von welchem Jahr?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Von 2001. – Wissen Sie noch, wie der geheißen hat?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich nehme an – da es schon in der Zeitung gestanden ist –, das war Herr Oberrat Mayerhofer.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Peter Mayerhofer, ja. – Herr Peter Mayerhofer hat dann anschließend von der BAWAG einen Konsulentenvertrag erhalten.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja. – Nicht 2001 (*Abg. Bucher: Ja, danach!*), als er in Pension gegangen ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Als er in Pension gegangen ist, ja. – Das ist Ihnen schon bekannt? (*Dkfm. Zwettler: Ja!*) – Ist das auch im Vorstand besprochen worden?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, weil die Beratung betreffend Basel 2 war seine Hauptaufgabe. Er war immerhin einer der führenden Experten für Basel 2, und wir hatten große Probleme damit – oder hatten, muss ich jetzt sagen; jetzt weiß ich es nicht mehr: Es ist nämlich dauernd etwas Neues gekommen, obwohl sich die österreichische Politik zu wehren versucht hat, und wir wurden hier mit überrollt.

Wir haben mit der P.S.K. ein EDV-System – und ich muss so antworten – entwickelt, das zum Teil wieder durch neue Maßnahmen von Basel 2 „overruled“ wurde. Also wir haben gesagt: Wenn es die Möglichkeit gibt, dass wir hier Unterstützung bekommen, dann ergreifen wir sie.

Meines Wissens – das hat mir, glaube ich, der Personalchef gesagt – hat sich Herr Mayerhofer in der Nationalbank erkundigt: Er möchte diese Funktion für eine Zeit von zwei, drei Jahren ausüben. Deshalb war er primär im Bereich Basel 2 und allem, was damit zusammenhängt, als Konsulent tätig.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das heißt, Herr Mayerhofer ist an die BAWAG herangetreten und hat gesagt, er möchte diese Funktion ausüben?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein – also, die Details kann ich Ihnen nicht sagen.

Wir wussten, wir haben eine Schwachstelle Basel 2, und wir mussten sie hausintern personell ausmerzen: Wir sind von den pausenlosen Änderungen in Basel 2 „overruled“ worden.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, das haben wir hier im Finanzausschuss auch behandelt.

Dkfm. Johann Zwettler: Daher haben wir gesagt: Das kostet uns eine Menge Geld; wir brauchen jemanden, der uns hier berät. – Insbesondere die Notenbank hat ja die Entwicklung von Basel 2 verfolgt – es gab zum Beispiel Vor-Ort-Sitzungen –, daher war das für uns dann, wie das entstanden ist, wer an wen herangetreten ist ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nur noch kurz eine Frage, damit wir Mayerhofer ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil die Auskunftsperson hat schon um eine kurze Pause gebeten, und dem komme ich nach: Also, noch eine kurze Frage.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nur das Mayerhofer-Thema: Wer hat Mayerhofer eingestellt? Wer ist dafür verantwortlich gewesen? (*Dkfm. Zwettler: Der Personalchef!*) – Denn der Herr Elsner weiß nichts davon. (*Dkfm. Zwettler: Was?*) – Herr Generaldirektor Elsner wusste nichts davon.

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn ich recht informiert bin – aber Sie haben ja die Unterlagen, nicht ich –, hat es 2003 eine Notenbank-Prüfung gegeben über die organisatorische Umsetzung des Zusammensehens von BAWAG und P.S.K.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hat Mayerhofer als Konsulent eingestellt?

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn das 2003 war, dann war Herr Mayerhofer im Sommer 2003 noch Prüfungsleiter. Herr Elsner ist im April 2003 in den Ruhestand getreten, daher wird Herr Elsner das gar nicht gewusst haben. Weil ich glaube, der Herr Mayerhofer ist ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hat ihn eingestellt?

Dkfm. Johann Zwettler: Der Vorstand! 2004 mittels Konsulentenvertrag! Ich weiß nicht, wann er in Pension gegangen ist: Können Sie es mir sagen? Wann ist er in Pension gegangen? (Abg. **Bucher:** 2003!) – Ja, aber am Jahresende. (Abg. Mag. **Trunk:** Am Anfang!) – Am Anfang? – Aber bitte schön, das kann man feststellen. Es gab ja ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für die Frage ist es ja egal, ob das am 1. 12. oder am 1. 9. war.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Die Frage ist: Wer hat Herrn Mayerhofer eingestellt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat das initiiert und ihn eingestellt?, ist ja eine ganz einfache Frage! – „Der Vorstand“? – Ich kann mir nicht vorstellen, dass da sieben Leute zusammenkommen.

Dkfm. Johann Zwettler: Es hat sich offensichtlich ergeben, dass er gesagt hat: Ich gehe in Pension, die haben ja auch Basel 2 ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Diplomkaufmann, das ist eine ganz einfache Frage. Wir brauchen die ganzen Geschichten gar nicht aufzuzeigen, Sie wollen ja eine Pause machen. (Dkfm. **Zwettler:** Nein, ich brauche keine Pause! Ich füge mich auch einer Nichtpause!) Wer hat Herrn Mayerhofer einen Vertrag gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Der Personalchef hat einen Konsulentenvertrag mit ihm gemacht, wie wir mehrere hatten. Im Vorstand wurde mitgeteilt, glaube ich, von Mag. Schatzer oder Mag. Nakowitz: Mayerhofer geht in Pension, er scheidet aus, wir sind sehr schwach in Basel II. Dann haben wir gefragt, ob er vielleicht einen Konsulenten machen würde. Dann hat jemand gesagt – ich weiß nicht, wer –, er hat sich in der Notenbank erkundigt, es steht nichts im Wege, wenn er ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also, die Personalabteilung ist an den Vorstand herangetreten, Herrn Mayerhofer einzustellen.

Dkfm. Johann Zwettler: Oder es war aus dem Bereich des Controllings, wobei Controlling sehr stark mit Basel II – Basel II war eine eigene Stabstelle, die dem Controlling mit unterstellt war. Und aus diesem Bereich ist es ... – Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Wir haben dann gesagt: Okay, das hilft uns weiter und erspart uns eine Menge Geld, wenn für zwei, drei Jahre hier ein Konsulentenvertrag abgeschlossen wird.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt unterbreche ich die Sitzung für 5 Minuten; die Vertrauensperson braucht eine Pause, wurde mir gesagt. (Vertrauensperson Dr. **Toifl:** Ich brauche auch keine Pause!)

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, wir brauchen keine Pause, Herr Vorsitzender!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann bitte ich um **ernsthafte Übermittlung**, sonst nimmt uns niemand mehr ernst! Ich mache mich ja hier nicht lächerlich!

Wenn man über den Verfahrensanwalt um eine Pause bei mir ersucht und ich mache diese, und danach sagt man, ich brauche die Pause nicht, ist das kein Spaß.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, aber weil ich den Eindruck gewinne, dass hier eigentlich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann machen wir eben **keine Pause!**

Kollege Bucher ist am Wort.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Diplomkaufmann, Sie waren am 5. Oktober 2000 bei einer Vorstandssitzung, die Herr Büttner, ein Vorstandskollege von Ihnen, als Krisensitzung tituliert hat. Diese Sitzung hatte unter anderem den Zweck – das wurde von Ihrem Kollegen Büttner in einem Aktenvermerk festgehalten –, dass der damalige Generaldirektor Elsner dem Vorstand mitgeteilt hat, dass er bei Frau Tumpel-Gugerell intervenieren will, dass im Prüfungsbericht der Österreichischen Nationalbank betreffend BAWAG ganz klar zum Ausdruck kommt, dass sämtliche Flöttl-Geschäfte eingestellt worden sind.

Sie haben dieses Ansinnen von Herrn Elsner unterstützt – laut Büttner waren nur Schwarzecker und Kreuch gegen diese Darstellung. – Können Sie sich daran erinnern?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, nein, nein. Das ist eine Aussage von Herrn Büttner in einem gerichtlichen Verfahren ... – Nein, wenn Herr Büttner sagt, ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich verstehe jetzt überhaupt nichts.

Dkfm. Johann Zwettler: Das ist eine Aussage des Herrn Büttner im Zusammenhang mit einem Verfahren, soweit ich informiert bin und das gelesen habe, und daher kann ich dazu überhaupt nichts sagen, weil wenn Sie sagen, ich habe das unterstützt, was ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber hinsichtlich der Bilanzierung des Jahres 2000 gab es unterschiedliche Vorstellungen.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber da äußere ich mich nur ganz kurz: Ein Unternehmen ist verpflichtet, einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht einmal, und dann hat es im Jahr 2000 leider ein Problem gegeben, wo klar war, dass der Wirtschaftsprüfer diesen ... Sie brauchen einen Abschluss, entweder ist etwas werthaltig oder nicht. Und wenn ich hier diese Bilanzstruktur möchte, weil sie für die Bankenkontinuität notwendig ist, dann war die Frage: Würde das der Wirtschaftsprüfer testieren. Herr Dr. Reiter hätte das nicht getestet. Einerseits ist eine Bilanz aufzustellen, das heißt jetzt noch nicht, dass die salviert ist. Und da haben die gesagt: Das geht ja nicht!, das ist richtig, aber durch die Garantie des ÖGB ist die Werthaltigkeit entstanden, und damit konnte die Bilanzstruktur, Jahresüberschuss, Rücklagenbildung, also genau, wie wir es brauchen, gestaltet werden, was ohne die Garantie des ÖGB nicht möglich gewesen wäre, weil der Wirtschaftsprüfer das nicht getestet hätte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber von einer Intervention und den Gesprächen sind Sie nicht ...

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Wenn Herr Büttner sagt, ich habe das befürwortet, also ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben das nicht mitbekommen?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Ich habe nur gelesen, dass Herr Büttner Tagebücher geschrieben hat, aber man kann niemanden hindern, Tagebücher zu schreiben. – Mehr weiß ich nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Büttner hat zumindest Aktenvermerke verfasst (**Dkfm. Zwettler: Ja!)**, die er notariell hinterlegen ließ.

Dkfm. Johann Zwettler: Notariell? Aha.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Flöttl ist dann ab dem Jahr 2000 nie mehr bei der BAWAG aus und ein gegangen? Ist das richtig? Oder gab es danach noch irgendwelche wesentlichen Kontakte, außer dass er ein Konto, glaube ich, bei der BAWAG gehabt hat.

Dkfm. Johann Zwettler: Das weiß ich nicht, ob er ein Konto gehabt hat, aber das waren die sogenannten Unibonds im Dezember. (*Abg. Bucher: Ja!*) – Ich versuche nur, zu rekapitulieren. Also, wie gesagt, ich habe, ich habe es eingangs auch schon gesagt, keinen Wert darauf gelegt, ihn auch nur körperlich zu sehen, aus meinem Umstand, 39 Jahre dort gearbeitet zu haben. Ich kann mir nicht vorstellen, was Herr Flöttl ... – Vielleicht hat er noch irgend etwas unterschrieben, aber Kontakte mit unserem Haus gab es nicht. Es gab natürlich sehr wohl, und das haben Elsner und Nakowitz gemacht, denn die Frage kam auch einmal, die Verwertung von Sachen. (*Abg. Bucher: Der Bilder?*) – Der Bilder und Liegenschaften. Weil Sie sagen, 2000 oder 2001: Ich habe mich geweigert – das hat Herr Elsner auch gewusst, und das habe ich auch dann gehalten –, weil ich mit ruhigem Gewissen – und ich habe mich dazu auch schon bei den Einvernahmen geäußert – Herrn Flöttl nicht gegenüberstehen möchte.

Da hat es die Kontakte wahrscheinlich sicherlich gegeben, Verwertung Bilder und so weiter, weil er eine gewisse, für die Optik Treuhandfunktion, er hat eine Liegenschaft gekauft, dann soll er sie auch nach außen hin verkaufen, denn das waren ja Liegenschaften, die nicht jeder hatte. Aber sonst Geschäftsbeziehungen ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hat diese Kontakte wahrgenommen von Seiten der BAWAG? (*Dkfm. Zwettler: Herr Elsner!*) – Herr Elsner hat seit 2000 keinen Kontakt mehr gehabt mit Flöttl, hat er heute ausgesagt. Er kann es nicht gewesen sein.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber mit Elsner, Nakowitz, denn die Bilder und die Liegenschaften wurden ja verkauft. Wenn Herr Elsner sagt, er hat keinen Kontakt gehabt, dann muss ich es glauben, aber es war dann Herr Nakowitz, weil irgendeiner hat ja gesprochen, weil Flöttl hat ja hier seine Vermögen verwertet, und das hat Herr Elsner wahrscheinlich schon gewusst, wenn er es aber ... – Ich habe es abgelehnt ab 2001, mit Flöttl zu sprechen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hatte dann von Seiten der BAWAG mit Flöttl Kontakt?

Dkfm. Johann Zwettler: Meiner Meinung nach Herr Elsner oder Herr Nakowitz. Und wenn Sie mir sagen, Herr Elsner sagt: Ich habe nicht mit Herrn Flöttl ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Nakowitz hat mit Flöttl nach 2000 ...

Dkfm. Johann Zwettler: Darüber gesprochen: Was ist jetzt mit dem Bild?, ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Über die Verwertung (*Dkfm. Zwettler: Ja!*) der Vermögen (*Dkfm. Zwettler: Ja!*), die noch bestanden haben.

Eine andere Frage: Sind Sie einmal für die ÖGB Beteiligungsgesellschaft beratend tätig gewesen, oder hatten Sie mit dieser irgendwelchen Kontakt?

Dkfm. Johann Zwettler: Mit welcher jetzt, bitte?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): ÖGB Beteiligungsges.m.b.H.?

Dkfm. Johann Zwettler: Das ist ja eine Gesellschaft, die das Vermögen des ÖGB verwaltet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, deswegen frage ich aber trotzdem, das ist ja kein Problem.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß nicht. Nein, was soll ich dort beraten? Nein, ich habe nicht beraten.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nicht beraten, kein Kontakt?

Dkfm. Johann Zwettler: Na ja, Kontakt? – Meines Wissens war Präsident Weninger dort. Und Kontakt mit Präsident Weninger kann ich nicht leugnen, denn der war ja unser Aufsichtsratspräsident. – Aber bei einer Beteiligungsgesellschaft weiß ich nichts.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Weninger hat ja auch die Stiftung Desana in Liechtenstein gegründet? (*Dkfm. Zwettler: Ja!*) – Das wissen Sie?

Dkfm. Johann Zwettler: Aber, wie gesagt, das ist alles. Da würde ich wirklich bitten, nachdem es da so viele Falschmeldungen gibt, und es sollte eine Klarstellung doch in einem Verfahren, wird sicherlich ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das heißt, punkto Refco wollen Sie uns heute nichts Aufklärendes mitteilen?

Dkfm. Johann Zwettler: Da mache ich vom Entschlagungsrecht Gebrauch. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Der Vorstand hat an ein Unternehmen – und das sind jetzt nur drei Sätze –, an ein Unternehmen, das 2004 einen Equity-Deal gemacht hat mit den größten Banken der Welt und Equity-Fonds, geprüft wurde, ein Unternehmen, das nach sechsmonatiger Prüfung an die New Yorker Börse ging und SEC beziehungsweise wieder die größten Banken der Welt die Einführung durchgeführt, diesem Unternehmen haben wir mit der dreifachen Überbesicherung einen Kredit gegeben. Das ist aber schon gestanden, und weitere Details (*Abg. Bucher: Na relativ zügig, ja!*) dürfte ich Sie wirklich bitten, an anderer Stelle äußern zu dürfen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Was dieses Beteiligungsmanagement und jetzt auch die Karibik-Geschäfte betrifft: Wer war der strategische Denker hinter diesem Kontrukt? (*Dkfm. Zwettler: Der Vorstand!*) – Alle gemeinsam?

Dkfm. Johann Zwettler: Alle gemeinsam. (*Abg. Bucher: Gleichermassen?*) – Gleichermassen. Weil zum Beispiel – das kann ich Ihnen ruhig sagen, ich sage ja nicht, wer es war, weil es ja auch wurscht ist – ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Den Vorstand kennen wir ja. Brauchen wir nur dividieren ...

Dkfm. Johann Zwettler: Der Vorstand ist ein Kollektiv. Nein, sage ich Ihnen nicht. Ich sage Ihnen nur eines: Die Idee, Stiftungen hier zu haben, ist nicht von mir gekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann sagen Sie uns, von wem es gekommen ist!

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, sage ich nicht. (*Obmann Dr. Graf: Warum nicht?*) – Weil der Vorstand ein Kollektiv ist, und wir in Summe dann gesagt haben: Das ist ein Ansatz, den man durchführen kann. – Alle!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir entnehmen Ihren Aussagen, dass Sie wissen, wer es vorgeschlagen hat, uns es aber nicht sagen wollen. (*Dkfm. Zwettler: Nein! Aber es hat sich ...!*) Da brauchen Sie einen gesetzlich anerkannten Grund, warum Sie uns diese Information vorenthalten. (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) Sie sind unter Wahrheitspflicht hier angetreten, und zur Wahrheitspflichterfüllung gehört auch eine **vollständige** Aussage – und dass man Fragen beantwortet. Wenn Sie gefragt werden, wer den Vorschlag im Vorstand eingebracht hat, ...

Dkfm. Johann Zwettler: Es waren keine Einzelpersonen. Sie müssen sich vorstellen, dass hier fünf Leute sitzen – auch Herr Büttner – und überlegen: Welche Möglichkeiten gibt es, nachdem uns zur Kenntnis gebracht wurde, es gibt Vermögenswerte, die man disponibel verwenden kann. Es ist die Frage einer Konsolidierung ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das sind technische Dinge, die sicher sehr spannend sind, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da lenken Sie jetzt ab. Wir wollen einfach den Namen hören! Sie haben gesagt, Sie kennen ihn, Sie werden ihn uns aber nicht sagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ganz konkret: Wer waren diese Vorstandsmitglieder? Wer hat diese Kreativität an den Tag gelegt?

Dkfm. Johann Zwettler: Die Erstidee ist nicht von mir gekommen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber die muss ja von irgendjemandem gekommen sein.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, was weiß ich! Da sitzen fünf Leute und denken nach. Und ich habe gesagt, diese Idee – das wollte ich zum Ausdruck bringen – der Stiftungen war eigentlich nicht mein gedankliches ..., das hat sich ergeben. Da sitzen fünf Leute, reden durcheinander. Bitte, der Verlust ist nicht ohne gewesen! Sie werden verstehen, jeder sagt irgendwas.

Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Erstidee nicht von mir gekommen ist. Ich habe das dann mit ausgreift und wir haben es mit überlegt und haben es dann auch gemacht, weil es nicht konsolidierungspflichtig war. (*Obmann Dr. Graf: Wann war das?*) – In den Tagen dann danach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nicht auf den Tag genau, zeitraummäßig: In welchem Jahr? (*Dkfm. Zwettler: 1998!*) – 1998 wurden die ersten Stiftungen auf die Welt gebracht, oder wie?

Dkfm. Johann Zwettler: Im Oktober oder November.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sagen, dass Sie es **nicht** waren. – Woher wissen Sie, dass Sie es nicht waren?

Dkfm. Johann Zwettler: Weil ich so viel Selbstbewusstsein habe bei allem, auch wenn man mir hier manchmal ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dkfm. Zwettler, ich sage es jetzt an dieser Stelle: Zuerst sagen Sie, Sie kennen den Namen nicht – und wir haben es im Protokoll! Sie nennen ihn uns nicht! Sie sagen, Sie waren es nicht. Auf die Frage, wer es war, gibt es einen längeren Disput. (*Dkfm. Zwettler: Na!*) Dann werden Sie an die Wahrheitspflicht verwiesen beziehungsweise noch einmal hingewiesen. Dann sagen Sie plötzlich, es war ein Durcheinander. – Wer soll Ihnen das glauben?! Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieser Vorstand eine Plauderstunde war.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): So ein Konzept kann nicht in einer Vorstandssitzung geboren werden. Das muss eine Vorgeschichte haben, eine Vorbereitung haben. Es können nicht fünf Herren aus einer Gruppendynamik heraus solche Entscheidungen treffen.

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn Sie erfahren, was hier passiert ist, da sitzen fünf Vorstände ... Es waren damals Elsner, Zwettler, Büttner, Kreuch (*Abg. Bucher: Kreuch! Fünf, ja!*), plus Herr Nakowitz als Generalsekretär. Diese fünf sitzen (*Abg. Bucher: Sitzen tun noch nicht alle fünf!*) – Ist das notwendig? (*Abg. Bucher: Entschuldigung!*) Ist das der Stil?! Seien Sie mir nicht böse, auch wenn Sie mich belehrt haben: Bei Abgeordneten muss man darüber hinwegsehen? Dieser Stil! Ich würde schon bitten!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich weiß nicht, was Sie beanstanden. Wir wollen eigentlich nur die Fragen beantwortet haben.

Dkfm. Johann Zwettler: „Es sitzen noch nicht alle!“ – Ist das eine korrekte Vorgangsweise oder Bemerkung?!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Entschuldigung, es war ein Zwischeneinwurf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist eine Kärntner Auseinandersetzung, die sich auf die Hypo Alpe Adria meistens bezieht, und Sie bekommen dann einen Wortfetzen mit. Das ist halt so. – Bitte, die Frage zu beantworten.

Dkfm. Johann Zwettler: Herr Vorsitzender, ich habe versucht, zu sagen: Es sitzen fünf Vorstände. Daraufhin hat der Herr Abgeordnete ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Erklären Sie das nicht, sondern beantworten Sie die Frage!

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, aber weil Sie mich fragen, das war die Kärntner Alpe Adria. – Ich habe gesagt, es sitzen fünf Vorstände, und er hat gesagt: Sie sitzen ja noch gar nicht alle!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich habe gesagt: Es sitzen **keine** fünf Vorstände.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Diskussion ist unnötig wie ein Kropf, sage ich dazu! (Abg. **Bucher:** Ich habe mich eh entschuldigt!)

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber bitte, warum muss ich mir alles gefallen lassen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit Ausnahme von Ihnen und zwei, drei anderen hat das niemand gehört, was sich da abspielt! Jetzt weiß es jeder. Das haben Sie erreicht.

Dkfm. Johann Zwettler: Das kann doch nicht der Sinn eines parlamentarischen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Sinn und Zweck dieses Ausschusses ist, dass die Auskunftspersonen uns die vollständige Wahrheit erzählen. Und jetzt sagen Sie uns bitte – wir wissen jetzt, wer diese fünf plus Generalsekretär waren ...

Dkfm. Johann Zwettler: Und ich habe meine Aussage ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie selber sagen, Ihre Idee und Ihr Vorschlag waren es nicht. Jetzt gibt es noch vier Vorstandsmitglieder plus einem Generalsekretär. (Dkfm. **Zwettler:** Ja, fünf Leute!) Jetzt machen wir das Spiel der zehn kleinen Negerlein. (Dkfm. **Zwettler:** Nein!) Wer war es weiters **nicht**, der den Vorschlag unterbreitet hat? Wir werden schon hinkommen. Wir erarbeiten es jetzt wie in der Vorstandssitzung. (Abg. **Krainer:** Bitte, wie schaut es mit der Fragezeit aus?) – Die Frage muss beantwortet werden!

Dkfm. Johann Zwettler: Ehrlich gesagt, Herr Vorsitzender, wenn Sie in der Situation, wo Ihnen kreidebleich der Schweiß auf der Stirne steht, und dort denken fünf Leute, sitzen fünf Leute plus ein Sechster: Wie können wir das lösen, gibt es eine Möglichkeit? Weil Elsner und Weninger, das wissen Sie ja, haben gesagt, wir müssen das lösen. Weninger hat die Verantwortung übernommen, den Sonderbericht des Vorstands entgegenzunehmen. Und dann sitzen die Leute dort und überlegen krampfhaft: Wie kann man das lösen, wie kann man hier hergehen bilanziell? Wir wollen auch eine bilanzielle Lösung haben, die der Wirtschaftsprüfer verträgt.

Da war notwendig, mit Dr. Reiter und seinem Team dann zu reden: Ist eine Stiftung konsolidierungspflichtig? – Nein, sie ist nicht konsolidierungspflichtig. Das ist nicht entstanden! Ich meine, diese Minuten damals oder diese Stunden danach möchte ich niemandem auf der Welt mehr wünschen, wenn man hier sagt, wir müssen es lösen.

Ich habe nur gesagt, ich wollte zum Ausdruck bringen – und nach vier Stunden, glaube ich, kann man das auch einmal akzeptieren –, dass ich es nicht war, weil ich habe dann sehr wohl mitgedacht, es hat sich gruppodynamisch ergeben. Ich kann nicht sagen: Der eine war es, der andere war es! – Es bringt auch nichts. Ich bekenne mich

dazu, dass der Vorstand beschlossen hat, drei Stiftungen oder vier Stiftungen zu machen. Mehr kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nur eine Nachfrage: Von außen ist aber kein Vorschlag hineingekommen in den Vorstand – von Dr. Reiter beispielsweise? Das schließen Sie aus.

Dkfm. Johann Zwettler: Dr. Reiter wurde meines Wissens – und wie gesagt, er ist ja auch angeklagt, er sitzt noch nicht – dann natürlich kontaktiert, weil er ja als Wirtschaftsprüfer auch die Konsolidierung ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber hinterher, nachdem man im Vorstand das Konzept ausgearbeitet hat, nicht im Vorfeld.

Dkfm. Johann Zwettler: Würde ich glauben, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nachdem wir Dr. Vranitzky für 9 Uhr geladen haben und er bereits seit viereinhalb Stunden wartet, haben wir keine weiteren Fragen. Wir werden Dr. Vranitzky hören wollen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dr. Vranitzky wird sicher länger als 10 oder 20 Minuten befragt werden, sage ich jetzt an dieser Stelle. Das halte ich für illusorisch. Um 14 Uhr ist der Ausschuss zu Ende. Ich nehme zur Kenntnis, dass es Einwendungen gegeben hat, die Auskunftspersonen nach Hause zu schicken. Um 14 Uhr werden wir diese Befragung heute beenden. Wenn Sie 5 Minuten länger dauert, soll es mir recht sein, aber um 14 Uhr wird das zu Ende sein. Und damit ergibt sich von selbst, dass die Leute nach Hause gehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich erlaube mir einen Zwischenruf für das Protokoll. Das Privileg der Unernsthaftigkeit in diesem Ausschuss obliegt offensichtlich nicht nur der ÖVP, sondern mittlerweile hat sich auch die SPÖ dem angeschlossen, denn: Wie man das ernsthaft wollen kann, in nicht einmal 20 Minuten Nettozeit Herrn Dr. Vranitzky hier zu befragen, ist nicht nur schleierhaft, sondern diesen Zwischenruf für das Protokoll wert. – Danke für Ihr Verständnis.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich muss zuerst die „Unernsthaftigkeit“ der ÖVP ganz energisch zurückweisen und bin aber auch der Meinung, dass ich im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit meine an sich früher angekündigten Fragen zum P.S.K.-Thema nicht mehr stellen werde.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Vielleicht noch einige Fragen im Zusammenhang mit der Verschmelzung der BAWAG und der P.S.K. Das war ein Vorgang, der sich über mehrere Jahre vollzogen hat, und die endgültige Fusion erfolgte ja dann erst im Jahr 2005. – Können Sie schildern, wie das vor sich gegangen ist?

Dkfm. Johann Zwettler: Beginnend zeitlich wann?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das Jahr 2005 sozusagen, insbesondere der Verschmelzungsvorgang als solcher und die Spaltungsbilanz und die Vorgänge rund um die Spaltungsbilanz, wer dafür verantwortlich war. Sie waren ja damals der Generaldirektor. Wie ist das abgelaufen?

Dkfm. Johann Zwettler: Der Vorstand der BAWAG hat der P.S.K. zugesagt für einen Zeitraum von etwa fünf Jahren – eins, zwei, drei, vier, fünf – keine Verschmelzung vorzunehmen. Es wurde auch keine vorgenommen. Es sind Spaltungen durchgeführt worden – was ich vorhin gesagt habe –: mit der Migration von 2 000 Leuten.

Im Jahr 2005 wurde im März, also unmittelbar vor der Hauptversammlung intern die Überlegung gefasst, im Hinblick auf die Lösung der Vergangenheit: Erstens einmal, die

fünf Jahre sind mehr oder weniger abgelaufen, zweitens, es ergibt sich eine Möglichkeit, hier durch entsprechende Aufwertungen rechtlich möglich, diese Verschmelzung dazu zu nützen, um den entscheidenden Teil der Verluste quasi zu beenden in sinnvoller Weise.

Und es wurde daher auf Basis der Bilanz 2005 zum 30.09., rückwirkend zum 31.12.2004 auf eine Tochterbank, die so genannte K & W-Bank ... – Zu diesem Team, das sich damit beschäftigt hat – aus der zweiten Ebene selbstverständlich –, haben gehört im Vorstand der Herr Nakowitz, der Herr Büttner, als Generaldirektor war ich, aber ich war nicht bei jeder Sitzung dabei – herangetragen auch an die KPMG, den Herrn Dr. Zöchling. Es wurde dann auch über diese Vorgangsweise, die ich Ihnen kurz jetzt schildern werde, logischerweise der Präsident Weninger informiert. Es war federführend in der zweiten Ebene unser Bilanzchef und der Controllingchef und der Beteiligungschef und das KPMG-Team. Wir haben eine kleine Tochterbank genommen, die K&W-Bank, und haben darauf die P.S.K. verschmolzen. Die P.S.K. und Tochterbank. Die BAWAG war hundertprozentiger Eigentümer der K&W-Bank und der P.S.K.-Bank. Da mussten wir einige Dinge noch mit Minderheitsanteilen und so weiter lösen aus steuerlichen Gründen.

Dann haben wir aus der BAWAG-alt den Bankbetrieb abgespalten auf K&W P.S.K., und dieses Bankvehikel – das eine war eine Verschmelzung, das andere war eine Spaltung – wurde dann BAWAG P.S.K. AG genannt und die BAWAG-alt, wo abgespalten wurde, war die sogenannte AVB Holding. Diese AVB Holding war nun hundertprozentiger Eigentümer der BAWAG P.S.K. Bank und es hat die AVB ihrerseits – zurzeit war die Bayerische Landesbank schon ausgeschieden mit 01. Juli 2004 – dem ÖGB, der ÖGB-Stiftung und der ÖGB-Beteiligungsgesellschaft gehört. Also diese drei Aktionäre aus dem Nahbereich des ÖGB hatten die 100 Prozent.

Mit dieser Lösung war es möglich, den entscheidenden Schritt zu setzen. Die BAWAG, und zwar das Ganze, die Verschmelzung und Spaltung wurde ja mit der FMA abgestimmt. Da gab es entsprechende Prüfungen und Zustimmungserklärungen. Und das hat auf Grund der Struktur Holdinggesellschaft und Bank ermöglicht, die Eigenkapitalquoten der BAWAG P.S.K. Bank AG deutlich zu verbessern – ganz korrekterweise – und im Zusammenhang mit der Verschmelzung über den Kapitalbereich eine Aufwertung durchzuführen, um diese Rest-„Verluste“ – in Anführungszeichen – Kapital-mäßig zu egalisieren. – Das war der Schritt. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Kogler übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben gesagt, die FMA hat Prüfungen vorgenommen im Zusammenhang mit der Verschmelzung einerseits und Spaltung andererseits. Welcher Art waren diese Prüfungen?

Dkfm. Johann Zwettler: Der FMA – es gibt erforderliche Dokumentation für all diese Schritte, wie Sie wissen – wurden diese ganzen Faszikel einschließlich Beilagen übermittelt, erläutert, diskutiert dann. Also, das war in dem Sinne keine Vorortprüfung, sondern die FMA hat die Unterlagen geprüft, die vorgelegt wurden.

Es gibt ein Modell, die Stockerauer Sparkasse – ich weiß ja nicht, wem das noch etwas sagt –, das war die Verschmelzung Bank Austria, also Länderbank und Z. Das wurde in einer ähnlichen Funktion durchgeführt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nun ist es so, dass Sie gesagt haben, diese Konstruktionen wurden gewählt, um diese Verlustsituation zu beenden.

Dkfm. Johann Zwettler: Sie wurde aus zwei Dingen gewählt: Man sollte die BAWAG P.S.K-Eigenmittel stärken, was international wichtig ist – und zwar auf ganz korrekte, legale Weise durch diese Holding-Konstruktion. Und das Zweite war, was

man am 1. Jänner 2001 begonnen hat: Quasi die Verluste aus der Vergangenheit des Herrn Dr. Wolfgang Flöttl faktisch im wesentlichen Teil zu egalisieren, denn es ist hier eigentlich auch eine Zero-Bond-Konstruktion gewählt worden, wo sich aus den Zinseszinsen der Veranlagung – es waren liquide Mittel da – innerhalb von einigen Jahren quasi auch die letzte Lücke in Ruhe in der AVB geschlossen hätte.

Das waren die zwei Dinge: Stärkung der Eigenmittelsituation und Egalisierung durch Aufwertung von Umlauf- und Anlagevermögen auf den wahren Wert und Egalisierung der Verluste.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Als Hebung stiller Reserven in welcher Größenordnung?

Dkfm. Johann Zwettler: Das waren, glaube ich, 400 Millionen. Aber da würde ich Sie bitten, mich nicht festzunageln. Ich kenne ein paar Zahlen, aber immerhin ist das jetzt ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wenn ich es richtig im Kopf habe, hat Herr Träßler von der FMA, glaube ich, von 550 Millionen € gesprochen.

Dkfm. Johann Zwettler: Herr Träßler der FMA hat dann die Unterlagen gehabt. Ich habe sie nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber was mich natürlich interessiert, ist schon sozusagen die BAWAG-alt, sprich die AVB. Diese Bilanz der AVB hat ja auf der Passivseite eine Verbindlichkeit in der Höhe von 1,5 Milliarden €. (**Dkfm. Zwettler: Ja!**) Das heißt, ein Kredit in Wirklichkeit, der hier gegeben worden ist. Und dieser Kredit hat doch eine beachtliche Höhe, wenn man denkt, dass auf der Aktivseite dem ein Anteil an den verbundenen Unternehmungen von einer ähnlichen Größenordnung, 1,364 Milliarden €, gegenüber steht. Das heißt also als Werthaltigkeit, dass das gegenüber steht, und auf der anderen Seite noch eine Position Wertpapiere in der Größenordnung von 670 Millionen €, von denen sich später herausgestellt hat, dass sie nicht werthaltig gewesen sind.

Dkfm. Johann Zwettler: Das stimmt nicht zu 100 Prozent, bitte. Ich habe vorhin erläutert ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wenn es nicht stimmt, dann berichtigen Sie mir bitte auf Grund Ihrer Wahrnehmungen.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe erläutert vorher, dass über einen Zerobond, der dahinterstand, auf Basis von üblichen Alternative Investments eine innerhalb von einigen Jahren ... – Zerobond heißt Nominalwert verglichen mit Barwert, und innerhalb x Jahren bei x Prozenten erreiche ich hier diesen Nominalwert. Und das war die Lücke, die ich vorhin erwähnt habe. Das heißt, es waren von diesen etwa 200 Millionen nicht werthaltig, oder, besser gesagt, es war ein Wert von 470 zu 670, also 200 Millionen. Und wenn Sie das jetzt über sieben, acht Jahre mit Alternative Investments ohne großen ... – Das machen alle Banken auf der ganzen Welt, Größenordnung, wir haben in der Bank selbst Alternative Investments von 10, 12 Prozent veranlagt, das sind verschiedene Baskets, Schichtungen, das ist auch nach der Risikotheorie ausgewogen, hätte sich diese Lücke innerhalb einiger Jahre geschlossen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): 1,5 Milliarden Euro?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, nicht 1,5 Milliarden, denn ich habe auf der Aktivseite, jetzt in runden Zahlen – im Detail habe ich das nicht vor mir liegen, Sie haben die Bilanz –, 1,4 Milliarden Beteiligungen, 600 Millionen Wertpapiere, 500 Millionen Eigenkapital und 1,5 Milliarden Verrechnungsverbindlichkeit. Diese Verrechnungsverbindlichkeit entstammte dem September 2001, im Zuge der

Abspaltung von Teilbetrieben der P.S.K in die BAWAG. Wir haben Bereiche hinübergegeben in die P.S.K, die P.S.K hat herübergegeben vor allem das Treasury, das habe ich vorhin erwähnt, habe ich lobend erwähnt, dass das sehr gut war.

Und aus dem Hin- und Hergeben – das ist im Zuge der Spaltungsbilanz ersichtlich, September 2001 – ergab sich eine Verrechnungsverbindlichkeit der BAWAG gegen die P.S.K. Darüber hinaus ist das Treasury der BAWAG um erhebliche Volumina gestiegen, weil die P.S.K hatte ja keines mehr. Die hat ihr Treasury, ihre ganzen Treasury, Geldhandel, Wertpapier und sonstige Depositenveranlagungen waren ja in der BAWAG. Der Verrechnungssaldo, den Sie in der P.S.K als Forderung sehen würden oder werden, wenn Sie sich alte Bilanzen anschauen, ergibt sich jetzt etwa 5, 6 Milliarden. Das heißt, die BAWAG hat Liquidität von der P.S.K bekommen, und in den 5, 6 Milliarden, hat geschwankt, sind die eineinhalb Milliarden drinnen gewesen.

Und mit den 1,5 Milliarden, wenn Sie fragen: Wo hat sich das Kapital verbessert in der BAWAG? Einerseits hat sich die Kapitalsituation verbessert in der BAWAG Bank AG, und andererseits konnten wir die Verluste egalisieren. Dann wenn Sie hernehmen die 1,5, die kamen hinauf. Die müssen Sie reduzieren um 500 Millionen Eigenkapital, die ohnedies in der AVB waren, also haben Sie eine Milliarde. Und dann hatten wir einen Firmenwert meines Wissens von 300 Millionen unter der getrennten Struktur, das heißt, die müssen Sie abziehen, das sind in etwa 750 Millionen Kapital der BAWAG Bank AG. Das macht natürlich schon etwas aus, aber das war völlig aus dieser Struktur heraus und hat nichts mit irgendwelchen Aufwertungen zu tun, sondern ich habe bewusst gesagt: 1,5 minus 500 Millionen und dann minus die 300 Firmenwert oder 250.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber insgesamt waren diese Verrechnungsverbindlichkeiten natürlich überlebensnotwendig für die BAWAG AG?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, die waren absolut nicht überlebensnotwendig. Die hat es gegeben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben selbst gesagt: zur Verbesserung der Eigenmittel.

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, aber wir sind damit in Quoten gekommen, die international schon in die gehobene Schicht gehören. Wir sind ja nach der Verschmelzung, nach dem Erwerb der P.S.K, es gibt eine handelsrechtliche Konzernbilanz und es gibt auch noch IFAS, nach den International Accounting Standards. Da gibt es das Kapital 1, da bezeichne ich es mit 4 Prozent, und das Kapital 2 mit 8 Prozent. Und wir sind gelegen bei fünf vorher, Kapital 1 und bei 8,5, darüber. Sonst hätte die FMA, wie gesagt, die hat das immer quartalsweise gemeldet bekommen.

Durch diese Maßnahme, wo ich versucht habe, zu erklären, warum das 750, also 700 sind, hat sich das von 5 Prozent, wo vier erforderlich sind, auf etwa sieben verbessert. Sie müssen ja die Risiko ... und so weiter dazunehmen, und das Kapital 2, Tear 2, ist gegangen von 8 auf, glaube ich, fast 11 Prozent. Das heißt, wir haben über sieben gehabt, vier braucht man, über elf, acht braucht man. Das heißt, das hat sehr wohl, und mit dem Kapital, da bemüht sich jede Bank, das ist etwas ganz Normales auf der Welt, und diese Maßnahme hat sich eben auch aus einem Brainstorming ergeben, wie kann man hier etwas tun.

Ich darf Ihnen sagen, sehr viele Menschen haben, wie ich gesagt habe, seit 1. Jänner 2001, auf mich kann ich es beziffern, Tag und Nacht mit nachgedacht, obwohl manche Ideen nicht von mir waren, wie kann man es zu einer Lösung bringen zum Wohle des Unternehmens. Diese Lösung war eine sehr konstruktive, die wir hier versucht haben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Andere, die hier im Ausschuss ausgesagt haben, haben gesagt, das war eine sehr innovative Lösung. Niemand hat aber darin eine Gefahr gesehen, dass in der Spaltungsbilanz auf der Passivseite doch Verbindlichkeiten in der Größenordnung von 1,5 Milliarden € gestanden sind.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, wenn Sie die Bilanz BAWAG/P.S.K hernehmen, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, da gab es einen Topf, wo ich gesagt habe, das Treasury wurde mit September 2001 von der P.S.K, die P.S.K war sehr passivlastig, also sehr viel Einlagengeschäft, etwas Positives, und wir waren sehr aktivlastig. Wir haben viel mehr Kredite gemacht als die. Und durch das Hinüberschieben des ganzen Treasurys sind die Einlagen, die P.S.K hat ja mit Bund, Ländern, Gemeinden und großen Firmen, also ist ja ein respektabler Geldhandelspartner, sind 5 Milliarden in der BAWAG gestanden Verbindlichkeiten an die P.S.K, und die haben sich, wo ich gesagt habe, fünf bis sechs vorhin, und da waren die 1,5 von damals drinnen. Die haben sich aufgebaut, weil das Treasury mehr wert war, sage ich jetzt bildlich, als den Bereich, den wir hinübergegeben haben. Und da war eine Verrechnungsgröße von 1,5, und die war noch ersichtlich, glaube ich, aus irgendwelchen alten Bilanz- und Wirtschaftsprüfungsunterlagen. Und das war mit ein Kickoff, zu sagen, das lösen wir so, wir helfen der Bank mit der Quote, wo ich versucht habe, das zu erklären, wo wir uns deutlich verbessern. Ich glaube, das war wirklich innovativ. Und diese 1,5 waren absolut keine Gefahr, denn die Bilanz der Holding, da gibt es andere Holdingbilanzen mit 1,4 Milliarden Beteiligung. Die BAWAG ist um 3,2 Milliarden verkauft worden. 0,6 Wertpapiere, 500 Millionen Kapital und 1,5 Kredit ist, glaube ich, für eine Holdingbilanz eine ganz passable und gute Holdingstruktur.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Niemand von den Beteiligten bei diesen Vorgängen hat darin irgendein Problem gesehen. – Ist das richtig so? (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Eine Lösung, die von allen mitgetragen worden ist, von der FMA über alle Vorstände bis hin sozusagen zum Aufsichtsrat und allen Aufsichtsratsmitgliedern. (**Dkfm. Zwettler:** Ja!) – Niemand hat da sozusagen ein Problem gesehen? (**Dkfm. Zwettler:** Nein!) – Und niemand hat hier auch etwa, wie Wagner dann gemeint hat, schon allerdings zu einem späteren Zeitpunkt, nicht, als dann andere Probleme bei der Bank aufgetaucht sind, gemeint, es wäre sozusagen notwendig gewesen, hier Alarm zu schlagen. Im Vorfeld hat es da überhaupt keine Bedenken gegeben?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, weil das war mit der KPMG, diese Struktur, die ich Ihnen gesagt habe, abgestimmt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Mit wem von der KPMG wurde das abgestimmt? Das war Zöchl, haben Sie vorher gesagt. – Ist das richtig so?

Dkfm. Johann Zwettler: Ja, Zöchl. Das hat der Aufsichtsratspräsident gewusst, es hat die zweite Ebene ... – Das war ja eine Menge Arbeit, bitte. Das ist jetzt relativ simpel dargestellt, aber verschmelzen Sie einmal zwei Banken dieser Größenordnung und spalten Sie es. Es hat niemand ein Problem gesehen, sondern es war zuträglich, diese Bilanzierung vorzunehmen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Der Einzige, der offensichtlich hier im Ausschuss ein Problem gesehen hat, war Herr Harwanegg, den kennen Sie doch, nehme ich an, der sozusagen gemeint hat, es wird eine gut florierende Bank mit einer weniger gut florierenden Bank zusammengefügt.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich schätze Betriebsräte wirklich, weil ich mein ganzes Leben Betriebsratsbetreuung durchgeführt und auch Konflikte mit Betriebsräten ausgetragen habe, aber das kann man mit denen ... – Ersparen Sie mir irgendwelche Äußerungen über den Herrn Harwanegg.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie soll ich das jetzt verstehen?

Dkfm. Johann Zwettler: Sie können hinübergehen und den Bürgermeister Häupl fragen. Der Herr Harwanegg ist ja Gemeinderat.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Häupl ist aber nicht hier als Auskunftsperson, sondern **Sie** sind hier als Auskunftsperson geladen.

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe die Erfahrung gemacht, und das tue ich jetzt trotzdem verallgemeinern, das klingt jetzt alles ganz wild, was ich Ihnen da .. – Die Konstruktion ... – Es gibt Betriebsräte, die **nicht** Vorbildung haben. Oder man kann ihnen das erklären, sie verstehen es, die internationale Stärke, und freuen sich darüber und sagen, so unnötig sind diese Buchhalter auch nicht. Und es gibt Menschen, die verstehen es ganz einfach **nicht**. Wenn etwas stundenlang erklärt wird, haben sie nach wie vor ein Problem der komplexen Zusammenfassung. Ja, weil es wollte niemand, wir haben 90 Millionen an die Post gezahlt, also für den Vertrieb der Finanzprodukte über die Postämter, den Postamtsvertrieb hier zu stören, hieß es. Wir wollten ganz einfach auch im Rating, was wieder in der Refinanzierung Vorteile bringt, wenn ich ein besseres Rating kriege ... – Aber das können Sie wahrscheinlich vielen Betriebsräten erklären, und die nehmen es erfreut zur Kenntnis. Der Herr Harwanegg hat es **nicht** erfreut zur Kenntnis genommen, und ich hege meine Zweifel, ob er die Gesamtsituation erkannt hat.

Es hat nämlich Herr Dr. Koren, Herr Mag. Legradi und Herr Bottermann, alles Vorstände der P.S.K. ... – Das wurde dann eben verschmolzen. Herr Harwanegg hat es in der Dimension **nicht** erkannt. Aber ich weiß nicht, was er hier gesagt hat. Auf alle Fälle hat sich Herr Harwanegg seit dem ersten Tag eigentlich ... – Er hat zwar gesagt, es ist klass, dass die BAWAG kommt und uns P.S.K kauft, weil die BAWAG gehört der Gewerkschaft, und das ist in Ordnung, aber er hat eine Vielzahl von Äußerungen gemacht in diesem Zusammenhang im Lauf der Jahre, wo man sich gefragt hat ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wenn das alles so toll gelaufen ist und Herr Harwanegg der Einzige gewesen ist, der offensichtlich nicht kapieren wollte, worum es dann da ging, stellt sich natürlich schon die Frage, warum die Bank dann später in einen Zustand gekommen ist, der eine Haftung seitens des Bundes notwendig gemacht hat, um das Überleben dieser Bank zu sichern. Das müssen Sie mir schon dann noch erklären.

Dkfm. Johann Zwettler: Das werde ich Ihnen sicher nicht erklären. Das ist der Punkt eines Verfahrens. Da könnte man viel dazu sagen, und da wird wahrscheinlich noch sehr, sehr viel gesagt werden. Aber Sie werden verstehen, ich habe es eingangs ... – Auch der Herr Vorsitzende hat mich aufmerksam gemacht auf gewisse Dinge, dass ich diese Frage der Bundeshaftung hier nicht beantworte, wobei ich auch noch sagen kann, die Bundeshaftung kam irgendwann im Mai 2006. Ich war also gar nicht in die Verhandlungen, als so etwas entstanden ist, involviert. Ich würde aber bitten, hier von einer Antwort Abstand nehmen zu können.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber da war schon Feuer am Dach; keine Minute, keine Sekunde später hätte sozusagen diese Haftung kommen dürfen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie wollen sich zum Themenkomplex **Bundeshaftung** und wie das zustande gekommen ist, entschlagen. – Habe ich das jetzt aus Ihren Äußerungen richtig verstanden?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich war sozusagen bei der Geburt der Bundeshaftung nicht dabei. Ich kann daher keine Aussagen treffen, welche Verhandlungen geführt wurden.

Ich war fünf Monate bereits oder vier Monate nicht mehr in der Bank tätig. Mir fehlt daher jedes Wissen. Ich habe nur das Wissen aus Tageszeitungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben keine eigenen Wahrnehmungen zum Thema Bundeshaftung. (*Dkfm. Zwettler: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zwei kurze Nachfragen noch. Herr Dr. Reiter von der KPMG hat mit dieser Reorganisation nichts zu tun – oder doch?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Das war nach seiner Ära. Das war der Zöchling und noch ein Zweiter. Ich weiß jetzt nicht, wie der Zweite heißt aus der KPMG.

Ich kann nur sagen, es war der Herr Dr. Zöchling. Der zweite Name ist nicht mehr erinnerlich.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine zweite und damit auch letzte kurze Nachfrage noch. Herr Koren hat hier davon gesprochen, dass das Ziel dieser Reorganisation gewesen sein soll, die BAWAG AG für den Verkauf herzurichten. – Ist da etwas dran?

Dkfm. Johann Zwettler: Ein Verkauf ist eine Eigentümersache, und da bin ich die völlig falsche Person. Ich war bis 31.12.2005 Vorstandsmitglied und Vorsitzender. Und wir haben expandiert, ich habe hier, glaube ich, recht eindrucksvoll gesagt, 20 Jahre keine Kapitalerhöhung. Das ist an und für sich ganz arg. Ob der ÖGB das verkauft hätte oder nicht, das müsste man Verzetsnitsch, Weninger fragen. Also wir haben gesagt, wir wollen die Bank, wir glauben an die Bank, wir kämpfen um die Bank, das ist das Wohl von allen, und wir setzen diese Maßnahmen!

Es ist uns leider in letzter Minute etwas dazwischengekommen, aber wäre der ÖGB bereit gewesen, normal Börsengang oder so zu machen, dann hätte man sicher das mit der Struktur, mit diesen Bilanzen machen können.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt also, Verkaufspläne waren Ihnen nicht bekannt?

Dkfm. Johann Zwettler: Verkaufspläne, weiß ich nicht, nein. Weil die haben erst von den Bayern die Anteile gekauft ein Jahr vorher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Zwettler, sagt Ihnen der Name *Michail Chernoy* etwas? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) – Wenn ich Ihnen sage, dass das der seinerzeitige Besitzer der MobilTel Bulgarien war, sagt Ihnen das jetzt etwas?

Dkfm. Johann Zwettler: Wie heißt der? (*Abg. Mag. Stadler: Michail Chernoy!*) – Aha. Das spricht man so aus. – Ja, der hat verkauft die bulgarische Gesellschaft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): MobilTel Bulgarien. Das sagt Ihnen jetzt etwas? (*Dkfm. Zwettler: Ja!*) – Stimmt es, dass der Vorstand der BAWAG den Herrn Wirtschaftspolizeichef Horngacher ersucht hat, Erhebungen über den Michail Chernoy zu tätigen?

Dkfm. Johann Zwettler: Der Vorstand der BAWAG ist mir nicht bekannt, dass das der Vorstand war. Ich habe das gelesen in den 18 Punkten, die Sie mir geschickt haben. Also ich habe den Herrn Horngacher nicht beauftragt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie persönlich haben ihn nicht beauftragt?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, weil ich habe mit der ... – Leider haben wir zwei immer ein Thema, wo ich nicht zuständig war, obwohl man es nicht glaubt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es genügt, wenn Sie einfach nur sagen, ich war es nicht. Fertig. – Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, ob es jemand anderer gemacht hat?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, hier ist ein Geschäft gewesen, die MobilTel zu übernehmen. Ich war nicht involviert, es war der Herr Elsner, der Herr Büttner, der Herr Nakowitz ... – Ich war nicht involviert. Es war ein gutes Geschäft, wir haben gut verdient, und es war gut besichert. Und es wurde im Aufsichtsrat beschlossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben keine Wahrnehmung gehabt, dass jemand aus dem Vorstand einen derartigen Auftrag an den Herrn ...? (**Dkfm. Zwettler: Nein!**) Herr Elsner wollte uns heute nämlich zu dem Thema auf einmal nichts mehr sagen, weil es um ein Strafverfahren ging. – Können Sie das nachvollziehen?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe damit überhaupt nichts tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir schließen daraus, dass Herr Elsner einen derartigen Auftrag an Herrn Horngacher gegeben hat.

Dkfm. Johann Zwettler: Wenn Sie „daraus schließen“, dann ist das Ihre Meinung. Ich habe gesagt, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte Ihnen nur auf die Sprünge helfen. Vielleicht hätten Sie Ihr Erinnerungsvermögen auch so schärfen können, dass Sie das dann doch noch in Erinnerung hätten rufen können, so wie das mit dem Namen des Michael Chernoy war. (**Dkfm. Zwettler: Das ist nur eine Frage der Aussprache! Ich glaube, das ist ein jüdischer Name!**)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Helfen Sie uns! – Wie sprechen Sie den Namen aus?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich weiß es nicht mehr, auf alle Fälle habe ich ihn phonetisch etwas anders im Ohr. Ich kenne den Herrn auch persönlich nicht, kann ihn daher auch nicht beschreiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir zurück zu dieser von Kollegem Bucher relevierten Sitzung des Vorstandes vom 5. Oktober 2000. Ich präzisiere: Ihr damaliges Vorstandsmitglied Dr. Büttner hat einen Aktenvermerk als Gedächtnisprotokoll verfasst, weil er ein sehr ungutes Gefühl hatte. Dieses Gedächtnisprotokoll hat er dann bei einem Notar für den Fall, dass irgendwann einmal ein Thema daraus wird, hinterlegt. Er hat zwar zugestimmt, hatte aber ein schlechtes Gefühl dabei. Er hat dann nach der Methode: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!, gesagt: Für den Fall, dass das irgendwann einmal explodiert, hinterlege ich meine Bedenken, die ich damals hatte, bei einem Anwalt!, obwohl er trotzdem unterschrieben hatte.

Es geht um folgenden Vorgang, und ich rufe Ihnen diesen in Erinnerung: Es geht darum, dass im Jahre 2000 Geschäfte und Vorstandbeschlüsse, die aus dem Jahre 1998 und 1999 stammen, rückdatiert wurden. Es geht um drei konkrete Geschäfte: um die **Bensor-Stiftung** um 530 Millionen Dollar, um die **Biamo-Stiftung** um 181 Millionen Dollar und um die **Treval-Stiftung** um 362 Millionen Dollar. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang der Rückdatierung?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich habe das im Protokoll gelesen, jetzt, hier in diesem Ausschuss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In diesem Gedächtnisprotokoll nennt er **Sie** und Herrn Nakowitz als federführende Verantwortliche für diese Transaktion. – Haben Sie eine Erinnerung daran?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, aber das habe ich bereits Ihrem Kollegen beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da frage ich jetzt nicht weiter, weil da würden Sie sich zurecht auf einen Entschlagungsgrund berufen können. – Es sei denn, Sie wollen dazu reden. Wenn Sie dazu reden wollen, werde ich Ihnen jetzt gerne die Gelegenheit dazu geben.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Sie haben das Kapitel beendet – also was wollen Sie jetzt noch wissen? Sie haben gesagt, ich war ein Initiator – und ich habe gesagt: Daran kann ich mich absolut nicht erinnern, dass ich ein Initiator gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege Ihnen das vor und lese es Ihnen auch vor, dann wird Ihnen das sehr viel leichter fallen. Ich mache mir aber nicht die Mühe – wir wollen Zeit sparen –, wenn Sie sagen: Nein, ich werde mich dazu entschlagen. Aber wenn Sie dazu reden wollen, dann halte ich es Ihnen im Detail vor. Das ist eine verfahrensrechtlich relevante Frage.

Dkfm. Johann Zwettler: Im Vorhinein ein Entschlagungsgrund? – Ehrlich gesagt, kenne ich mich jetzt nicht mehr aus, was Sie von mir wollen. (*Obmann Dr. Graf: Vielleicht können wir eine Frage formulieren, die dann beantwortet wird! – Abg. Mag. Stadler: Gut!*)

Ich habe gesagt, ich habe Ihrem Kollegen schon geantwortet. Er hat dieselbe Frage wie Sie gestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, hat er nicht. Ich habe sehr genau aufgepasst.

Gehen wir der Reihe nach vor! – Von Herrn Dr. Büttner wird hier Folgendes formuliert: Im Rahmen der bisherigen Geschäfte im Anschluss an die Problemfälle im Oktober 1998 wurde in Anbetracht einer Überprüfung der OeNB im November 2000 auf Anregung des Wirtschaftsprüfers Dr. Reiter am heutigen Tag die derzeitige Situation nochmals diskutiert, und aus formalrechtlicher Absicherung dieser Geschäfte wurden Vorstandsbeschlüsse gefasst und mit Oktober 1998 und 1999 datiert. – Zitatende.

Ist Ihnen diese Rückdatierung in Erinnerung?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. Es ist mir nur in Erinnerung, weil ich es im Protokoll gelesen habe, aber ob das stattgefunden hat, ob das so war, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zitiere weiter:

Die Transaktionen werden nunmehr als Asset-Deals dargestellt, wobei (XYZ: auf Anregung der BAWAG) Aktiva und Bonds in drei Stiftungen, domiziliert in Liechtenstein, eingebracht werden, die dann durch die BAWAG refinanziert werden. – Zitatende.

Es ist also ganz klar, worum es hier geht. (*Dkfm. Zwettler: Das ist auch 1998 erfolgt, was Sie sagen!*)

Weiters: Die Bonds sind insgesamt zirka 300 Millionen US-Dollar, die für die japanischen Yen-Optionen aufgewendet werden und zurzeit eher wertlos sind. Die Situation stellt sich wie folgt dar:

Erstens: Bensor-Stiftung: 530 Millionen US-Dollar, Kredit Asset: sechs Meisterwerke (verwahrt in MAT Securitas Zürich, Zugang angeblich durch BAWAG, VS und Nakowitz), Bonds mit japanischen Yen-Optionen (?)

Erinnern Sie sich an dieses Geschäft?

Dkfm. Johann Zwettler: Dieses Geschäft wurde im Oktober 1998 durchgeführt, realisiert, es gibt die entsprechenden Verträge darüber – all das, was Sie hier vorlesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Okay, ich wollte nur wissen, ob Sie sich daran erinnern.

Zweitens. Biamo-Stiftung: 181 Millionen US-Dollar, Kredit Asset: zwei Häuser in Bermuda, ein Haus in Bahamas, ein Haus in London, Eaton Square – Gesamtwert laut Gutachten zurzeit zirka 90 Millionen US-Dollar, im Kreditantrag mit 138 Millionen US-Dollar angegeben –, Bonds mit japanischen Yen-Optionen (?)

Erinnern Sie sich daran?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein. – Sie lesen hier eine Wahrnehmung von Herrn Büttner vor. Ich habe gesagt: Im Jahr 1998, im Oktober 1998, wurden diese Geschäfte, Gründung von drei Stiftungen, Refinanzierung von Assets, durchgeführt. – Daran kann ich mich erinnern. Zu dem, was Sie mir hier vorlesen, weiß ich nur, dass das 1998 durchgeführt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zum dritten Geschäft.: Treval-Stiftung: 362 Millionen US-Dollar, Kredit Asset: 17 weniger wertvolle Meisterwerke (Frage, ob ordnungsgemäß verpfändet) sowie 52 weitere Gemälde (mit einem durchschnittlichen Wert von 954 Millionen Schweizer Franken pro Bild).

Die Frage ist jedoch, ob die 52 Bilder, die erst „verspätet eingelangt sind“ – unter Anführungszeichen –, wirklich wirksam verpfändet wurden. Gehen wir daher der Reihe nach vor; zuerst das zweite Geschäft und dann das dritte.

Ist es tatsächlich so, dass der Gesamtwert dieser drei Häuser, die als Pfand gegeben wurden, laut Gutachten wesentlich geringer ist, nämlich in der Differenz zwischen 90 Millionen US-Dollar und 138 Millionen, mit denen sie im Kreditantrag bewertet wurden?

Dkfm. Johann Zwettler: Herr Stadler, dazu sage ich jetzt sicher nichts, denn das ist genau das, wo es Diskussionen im Verfahren geben wird. (*Abg. Mag. Stadler: Darum habe ich Sie ja gefragt!*) Wenn Sie ohnehin wissen, dass es dort Diskussionen geben wird ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Sie gefragt, Herr Zwettler, ob Sie dazu reden wollen, dann stelle ich Ihnen Fragen dazu. (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) Wenn Sie nicht dazu reden wollen, dann versteh ich das als Entschlagungsgrund und werde die Fragen dazu erst gar nicht formulieren. (*Dkfm. Zwettler: Ja!*) Das heißt, Sie wollen nicht dazu reden? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*)

Dann kommen wir zu einem anderen Aspekt, der nicht Gegenstand des Strafverfahrens ist. – Diesen Aktenvermerk, der eine zweifelsfreie Authenzität deswegen hat, weil er nachweislich im Oktober 2000 hinterlegt wurde – er konnte also später nicht angefertigt worden und dann rückdatiert hinterlegt worden sein; das ist nachvollziehbar –, haben wir bezeichnenderweise nicht von irgendjemandem bekommen, auch nicht von Herrn Büttner, sondern den haben wir von der Finanzmarktaufsicht bekommen, weil er sich mittlerweile beim Strafakt befindet.

In diesem Gedächtnisprotokoll kommt aber ein anderer Aspekt, auf den ich noch einmal zurückkommen möchte. Da steht nämlich dann bei den Anmerkungen:

Beim Durchgehen der Kreditanträge hört Elsner im Gegensatz zu sonst auch auf die Vorstandskollegen. Generell ist die Stimmung etwas gedrückt. Man versucht das jedoch, nach diesen Vorgaben und insbesondere gemäß den schon erfolgten Buchungen und Meldungen zu lösen. Elsner –

und jetzt kommt die zentrale Passage –

will Vizegouverneurin Gertrude Tumpel über das informieren, damit sie mit diesem Wissen die OeNB-Überprüfung steuern kann. Im Sommer hat er mit ihr schon besprochen, dass im Prüfungsbericht stehen sollte: Die Flöttl-Geschäfte sind beendet. Es soll ja nichts von Bildern et cetera drinstehen, da sonst der ÖGB in den Schlagzeilen stehen könnte (wozu braucht der ÖGB teure Bilder et cetera). – Zitatende.

Die Frage, die ich jetzt an Sie richte, ist: Haben Sie eine Erinnerung daran, dass Herr Elsner tatsächlich im Vorstand berichtet hat, dass er mit Frau Dr. Gertrude Tumpel (*Dkfm. Zwettler: Nein! Ich habe das dieser Unterlage, die im Protokoll von Herrn Büttner ist, entnommen!*) – ich darf meine Frage zu Ende formulieren, und Sie können dann antworten –, dass er tatsächlich mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell ein solches Gespräch geführt hat oder noch führen möchte? Er hat gesagt, er hat schon mit ihr gesprochen. – Hat er darüber berichtet?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, mir ist der Inhalt dieser drei Seiten, die Sie mir jetzt vorgelesen haben – die drei Stiftungen und so weiter –, nicht bewusst. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, ich rede jetzt nicht von den drei Stiftungen, ich rede jetzt davon, ob Herr Elsner ...!*) Ja, die letzte Frage zu dem, was Sie vorgelesen haben: Es ist mir nicht bewusst, dass er mit ihr gesprochen hat oder sprechen wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass die Nationalbank die Prüfung in eine bestimmte Richtung leiten wird, darüber ist Ihnen nichts in Erinnerung? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Moment, bleiben wir jetzt bitte genau bei dem, was Sie gesagt haben. Sie haben als Antwort gegeben, darüber ist Ihnen nichts bewusst. – Wortwörtlich. Was heißt das? – Dass Sie es ausschließen, dass das gesagt wurde, oder dass es möglich ist, dass das besprochen wurde?

Dkfm. Johann Zwettler: Ich kann es absolut nicht sagen, weil es für mich völlig neu war, dass Herr Büttner das niedergeschrieben hat. Als ich das gelesen habe, war das für mich völlig neu.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Büttner hat diese Niederschrift hier im Ausschuss auch bestätigt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dass es Ihnen neu ist, dass Herr Büttner das niedergeschrieben hat, ist mir verständlich. Die Frage ist: Es gab offensichtlich eine bewusste Vorstandssitzung, die ... (*Dkfm. Zwettler: Die ganze Vorstandssitzung ist ...!*) – Ist Ihnen in diesem Zusammenhang erinnerlich, dass Herr Elsner gesagt hat, er wird mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell ein Gespräch hinsichtlich der Nationalbank-Prüfung führen? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) – Das ist Ihnen nicht erinnerlich.

Herr Kollege Stadler, wir haben unsere 5 Minuten schon ziemlich überschritten. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe aber jede Menge weitere Fragen, wir müssen auf eine neuerliche Ladung bestehen!*) – Auch Kollege Kogler hat jede Menge Fragen. Es wird nicht ausbleiben, dass wir Herrn Zwettler noch einmal laden.

Ich habe – neben vielen anderen – noch eine kurze Frage: Wüstenrot-Generaldirektoren-Bestellung – waren Sie der Vertreter, haben Sie mitgewirkt an der Bestellung von Frau Dr. Susanne Riess-Passer?

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, weil wir bei Wüstenrot ausgeschieden gewesen sind. (*Obmann Dr. Graf: Wann?*) – Als wir unsere Bausparkasse von den Hypos gekauft haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die ist ein Flop gewesen, die haben Sie wieder eingestellt. Und bei Wüstenrot sind Sie damals wieder eingestiegen?

Dkfm. Johann Zwettler: Wir haben diese Bausparkasse bei Wüstenrot eingebracht – es gibt auch andere Bausparkassen, die damals Verluste hatten –, und da war Frau Dr. Riess-Passer schon Generaldirektorin bei Wüstenrot. Sie hat die Einbringung im Wesentlichen mit Dr. Koren verhandelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war meine erste kurze Frage. Die zweite: Wissen Sie, wer im MobilTel-Deal der Treugeber von Herrn Taus gewesen ist? (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) – Das wissen Sie nicht.

Ich habe vorerst auf Grund der vor5geschrittenen Zeit keine Fragen mehr.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Kurze Fragen – und zwar noch einmal zum Dezember 2000, von dem Herr Büttner uns gesagt hat ... (*Dkfm. Zwettler: Ich würde schon ganz gerne einmal eine Pause machen!* – *Obmann Dr. Graf: Wenn der Kollege fertig ist, werden wir unterbrechen!* – *Herr Kollege Bucher, bitte!*)

Noch einmal zum Dezember 2000, zu dem wir schon mehrere Fragen gestellt haben, zusammengefasst: Büttner und noch ein Vorstandskollege haben die Bilanz nicht unterzeichnen wollen, weil die Flöttl-Verluste erstmals zutage gefördert wurden. Und nur unter der Prämisse, dass der ÖGB die Haftung übernimmt ...

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, nicht unter der Prämisse, sondern es ging darum, dass die Bilanz aufgestellt war – Aktiva ist gleich Passiva, um es bildlich zu sagen –, dass aber Werthaltigkeiten, insbesondere dieser sogenannten Unibonds, nicht gegeben waren (*Abg. Bucher: Aber es geht um die ÖGB-Haftungen?*) Der Wirtschaftsprüfer hätte die Bilanz in der Form nicht testiert. (*Abg. Bucher: Ja!*)

Aus den Diskussionen im Vorstand, mit dem Wirtschaftsprüfer und auch mit Herrn Weninger, ging hervor, dass die Debitoren werthaltig sein müssten.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das haben wir schon. Das ist richtig. (*Dkfm. Zwettler: Aber das war jetzt nicht ...! Wenn da jetzt ...!*) Ich habe nur versucht, das noch einmal zusammengefasst darzustellen.

Dann komme ich auf eine andere Fragestellung, nämlich, was die Aussagen des Herrn Büttner betrifft: Wie haben Sie das damals miterlebt? – Herr Büttner hat nämlich gesagt, er stimmt der Bilanz zu, wenn der ÖGB die Garantien übernimmt. Und dann wurde er von Elsner unter Druck gesetzt und darauf hingewiesen, dass er schadenersatzpflichtig wäre, wenn er nicht die Bilanz unterschreibt. – Ist das so richtig?

Dkfm. Johann Zwettler: Schadenersatzpflichtig? – Ich weiß, dass es damals Diskussionen gegeben hat und dass Herr Büttner gesagt hat, ohne das unterschreibe ich das nicht. Aber, dass Herr Elsner Herrn Büttner schadenersatzpflichtig gemacht hat, wie Sie sagen, ist mir nicht bekannt. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war Ihre Frage: Ist es richtig, dass Herr Elsner Herrn Büttner gesagt hat: Wenn du die Bilanz nicht unterschreibst, ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ob Ihnen das bekannt ist, wollte ich wissen. (*Dkfm. Zwettler: Nein!*) – Also Ihnen ist das nicht bekannt? (*Dkfm. Zwettler: Dass er schadenersatzpflichtig dadurch wird!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nein, Entschuldigung, das ist, glaube ich, falsch. Es war so, dass er die Bayern seinerzeit informiert hat – und **da** hat ihm Elsner angedroht, wenn er das noch einmal macht, dass er die einzelnen Informationen an einzelne Eigentümer oder Aufsichtsräte untersagt, wird er ihn nach dem Aktienrecht haftbar machen. Da hat er ihn unter Druck gesetzt, und das hat sich auch dahin gehend ausgewirkt, dass er damals als einziges Vorstandsmitglied keine Prämie für das Geschäftsjahr bekommen hat. (*Abg. Bucher: Genau, das wollte ich jetzt nicht so ausführen!*)

Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

Dkfm. Johann Zwettler: Er ist mir grundsätzlich bekannt, nur glaube ich, dass das verschiedene Jahre sind. Weil mit den Bayern ist es im Jahr 1997 – da sind die Flöttl-Geschäfte, wenn ich sie so bezeichne, durchaus positiv gelaufen – um irgendetwas im Zusammenhang mit Salzburg, mit einem Salzburg-Besuch, gegangen. Im Zusammenhang mit der Prämie war es mir zwar nicht bewusst, aber Herr Büttner sagt, glaube ich, dass ihm Elsner, nur weil er gegen die Yen-Option gestimmt hat – in anderen Dingen hat er ja nicht dagegen gestimmt –, sein Bilanzgeld reduziert hätte. Das, glaube ich, habe ich irgendwo mitbekommen, weil ich zu ihm gesagt habe: Christian, beruhige dich, es wird auch das vorbeigehen, das bringt jetzt nichts, und so weiter. Ich glaube, das waren zwei Dinge: einmal 1997 und einmal der konkrete Fall, als er gegen die Yen-Option gestimmt hat.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich wollte eigentlich auf die Frage hinkommen, ob Ihnen dieser Druck von Seiten Elsners an Büttner bekannt war, weil Büttner das jetzt so zusammengefasst hat. (*Dkfm. Zwettler: In Zusammenhang mit der Bilanz, meinen Sie?*) – Genau. Er hat es so dargestellt, als ob das Eindruck auf die Vorstandsmitglieder gemacht hat, sich künftig gehöriger zu verhalten.

Dkfm. Johann Zwettler: Nein, nicht wirklich. Aber schauen Sie, es war völlig klar; und jetzt sage ich Ihnen, mir war auch klar, dass diese Bilanz eine Bilanz war, bei der die Werthaltigkeit für einen Teil gefehlt hat. Diese Bilanz hätte kein Wirtschaftsprüfer unterschrieben. Und wäre hier statt der Garantie, sage ich jetzt bildlich, eine Hypothek von jemandem angeboten worden, dann hätte das den gleichen Zweck erfüllt, wenn sie werthaltig ist wie eine Garantie. Darum ist es gegangen. Die Bilanz hätte Dr. Reiter damals nicht testiert. Das hat sich auch so in Gesprächen, die waren innerhalb von zwei, drei Wochen ... – Aber eine Bank hat nun einmal schon im Dezember eine Bilanz, in etwa, und das möchte sie dann auch umsetzen, weil Banken in dieser Form vorgehen. Es hat sich dann die Diskussion mit der Garantie Mitte Jänner oder, ich glaube, 20. Jänner – weiß ich nicht mehr genau – gelöst. Es wurde dann eine Garantie, es hätte auch etwas anderes Werthaltiges sein können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. – Da wir die ins Auge gefasste Zeit des Ausschusses jetzt schon um eine halbe Stunde überzogen haben und einige Ausschussmitglieder um 15 Uhr an anderen Ausschüssen teilnehmen oder zu den Fraktionsführerbesprechungen gehen müssen, beende ich die heutige Befragung des Herrn Dkfm. Zwettler.

Es wird wahrscheinlich so sein, dass Sie noch einmal geladen werden. Ihre Befragung für heute ist jedenfalls zu Ende.

(*Die Auskunftsperson Dkfm. Johann Zwettler verlässt den Sitzungssaal.*)
14.30

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht darum, dass seitens der Parlamentsdirektion den noch wartenden Auskunftspersonen mitgeteilt wird, dass sie an einem anderen Tag geladen werden und ***schließt*** die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 14.31 Uhr